

## 01) Péter Szijjártó: Wir wollen keinen neuen Kalten Krieg!

21. 05. 2021



Foto: Magyar Nemzet

- Neben der Coronavirus-Epidemie seien in letzter Zeit neue politische Konflikte entstanden, und die gegenseitigen Sanktionen und verbalen Zwischenfälle zwischen den Hauptakteuren der Weltwirtschaft seien besorgniserregend, sagte der Außenminister am Freitag beim Treffen des Europarats in Hamburg.

<https://unser-mittleuropa.com/peter-szijjarto-wir-wollen-keinen-neuen-kalten-krieg/>

In einem Video seiner Rede, das auf seiner Facebook-Seite hochgeladen wurde, sagte Péter Szijjártó, er repräsentiere ein mitteleuropäisches Land, in dem die Menschen wissen, dass „die Geografie die Hausnummern der Länder bestimmt, was unveränderlich ist“. Er fügte hinzu, dass die Ungarn die Lehren aus der Geschichte gezogen und die richtigen Schlüsse gezogen haben.

**- Und die vielleicht wichtigste Erkenntnis ist: Wenn ein Konflikt zwischen Ost und West ausbricht, verliert Mitteleuropa in der Regel.**

- „Wir wollen nicht mehr Verlierer sein“, sagte Szijjártó und betonte: „Für uns ist eine pragmatische Beziehung zwischen Ost und West, die auf Dialog basiert, wünschenswert.“

- Ich möchte klarstellen, dass wir überhaupt nicht an einem neuen Kalten Krieg interessiert sind, sagte Szijjártó und fügte hinzu, dass Organisationen wie der Europarat eine wichtige Rolle bei der Schaffung eines Dialogs zwischen Ost und West zu spielen haben. Der

Minister versprach, dass Ungarn sein Möglichstes tun werde, um dem Europarat zu helfen und ihn zu unterstützen. Er merkte an, dass die Pandemie eine Chance für den Dialog zwischen Ost und West sei, da es darum gehe, Menschenleben zu retten, und dies eine enge Zusammenarbeit erfordere.

Ungarn übernimmt heute von Deutschland die sechsmonatige rotierende Präsidentschaft des Ministerkomitees des Europarates. Die Prioritäten des ungarischen Ratsvorsitzes sind der effektive Schutz nationaler Minderheiten, die Unterstützung der nächsten Generation, der interreligiöse Dialog und die Umwelt sowie die Vorbereitung auf die Herausforderungen der Zukunft.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **02) Ayaan Hirsi Ali: Hört auf die Vernunft!**

01. 06. 2021



Ayaan Hirsi Ali · *Bildquelle: Magyar Nemzet*

### **Mitte-Links- und Linksaußen-Parteien sind auf die Stimmen der Einwanderer angewiesen**

- Es gibt viele europäische Staatsoberhäupter, die mit der Einwanderung einfach nicht zurechtkommen. Wir sprechen hier nicht nur von linken, sondern auch von Mitte-Rechts-Führern, sagte Ayaan Hirsi Ali in einem Interview mit [Magyar Nemzet](#). Laut der weltbekannten, in Somalia geborenen niederländisch-amerikanischen Schriftstellerin und Frauenrechtsaktivistin wird Europa wahrscheinlich mit immer mehr Flüchtlingswellen

konfrontiert werden, solange die Migration nicht richtig gesteuert wird, zumindest auf dem Kontinent. Ayaan Hirsi Ali sprach über die ungarische Einwanderungspolitik und sagte: ich glaube nicht, dass daran etwas Rechtsextremes ist, die Ungarn folgen nur ihrem gesunden Menschenverstand.“

**- In den letzten Wochen haben sich die Migrationsströme in Europa verstärkt. Sind Sie von den steigenden Zuwanderungszahlen überrascht?**

– Nein. Tatsächlich spreche ich seit dem Ausbruch des Arabischen Frühlings von der Gefahr von immer neuen Flüchtlingswellen! Wir sehen, dass die Pandemie die ohnehin schwache Wirtschaft der nordafrikanischen Länder belastet hat, so dass immer mehr Menschen die Region in Richtung Europa verlassen. Ich könnte aber nicht nur Nordafrika nennen, sondern auch Länder in der südlichen Sahelzone oder sogar im Nahen Osten.

***Auch die Balkan-Migrationsroute könnte in naher Zukunft stärker unter Druck geraten, so dass die Lektion auch für Ungarn gilt.***

Wir erleben neue Flüchtlingswellen, vor allem von jungen Männern, die nach Europa kommen. Neben der Aushöhlung der Frauenrechte in Europa möchte ich auch betonen, dass auch Homosexuelle und Juden durch die Masseneinwanderung stärker bedroht sind. Auch die europäische Arbeiterklasse, die unteren sozialen Schichten, leiden: Die Neuankömmlinge werden in ärmeren Vierteln untergebracht, und da die Masse der Einwanderer die Landessprache nicht spricht, wird sich die Qualität des Bildungs- und Gesundheitswesens bald verschlechtern. Das ist das Drama des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts in Europa. Eine Zeit lang lieferte die Corona-Krise für einige Führer eine bequeme Ausrede, um sich nicht mit der Einwanderung befassen zu müssen. Meine Vermutung ist, dass das Virus in ihrem Fall für immer ein politisches Wahlkampfthema bleiben könnte.

**- Der Arabische Frühling begann vor mehr als zehn Jahren. Warum haben Sie in diesem Jahr ein Buch über die negativen Folgen der Einwanderung auf die Rechte der Frauen in Europa veröffentlicht? In *Prey: Immigration, Islam and the erosion of women's rights* (Beute: Einwanderung, Islam und die Aushöhlung der Frauenrechte) schreiben Sie über die ungerechtfertigte Vernachlässigung von Belästigungen, die Einwanderern zugeschrieben werden.**

– Ich hielt es für sehr wichtig, das Buch jetzt zu veröffentlichen, da die Zahl der Fälle von Gewalt gegen Frauen in Europa Rekordhöhen erreicht. Ich behaupte nicht, dass das Phänomen mit der Migrationswelle von 2015 begonnen hat, aber die große Anzahl von zugewanderten Männern, die damals ankamen, hat die Situation jetzt spektakulär verschlimmert.

***Ein weiterer Aspekt war, dass ich lange Zeit dachte, dass die #metoo-Frauenrechtsbewegung, die in den USA verwurzelt ist, Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, weltweit helfen würde. Aber das tat es nicht. Fast niemand sprach sich gegen die Aktionen der Männer mit Migrationshintergrund aus.***

Es ist kein Geheimnis, woran das in Europa liegt: Die Haltung gegenüber den Angehörigen einer Minderheit, ihre Verantwortlichkeit, ist bei weitem nicht so ausgeprägt wie die der Mehrheit. Ich habe selbst lange Zeit in Europa gelebt und kenne die Situation der Minderheiten dort sehr gut, weshalb mir die Botschaft dieses Buches sehr wichtig ist.

- **Wie schwierig war es, die Daten zur Untermauerung dieser Behauptung zu sammeln? Westeuropäische Länder sagen immer wieder, dass sie Gewalttäter aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Religion nicht strafrechtlich verfolgen können.**

– Beim Sammeln der Daten bin auch ich gegen eine Mauer gestoßen, ebenso wie Journalisten und andere Forscher. Ich könnte Belgien, Deutschland, Schweden, die Niederlande oder Frankreich nennen. Tatsächlich gaben die Behörden in fast allen Fällen an, dass keine Daten auf der Grundlage des Herkunftslandes oder der Religion verfügbar waren. Also musste ich kreativ sein. Neben der Verarbeitung aller Daten, die ich von den europäischen Behörden erhalten habe, habe ich mit einer großen Anzahl von Korrespondenten und Journalisten gesprochen und auch die Opfer selbst kontaktiert. Ich befragte auch Regierungsbeamte und Vollzugsbeamte, die mit Migrantenvierteln vertraut waren. Wenn ich nur mit den Daten der Behörden arbeite, bekomme ich nur ein kleines, eher unbedeutendes Stück vom Kuchen ab.



Ayaan Hirsi Ali bei der Migrations-Konferenz des Mathias-Corvinus-Kollegs in Budapest · Foto: MCC

- **Sie sind einst aus Somalia nach Europa geflohen. Viele Menschen wissen von Ihrer schwierigen Reise. Gab es Interviewpartner, deren Geschichte Sie immer noch schockiert?**

– Diese Frage wird mir oft gestellt, und ich habe das Gefühl, dass ich einen brutalen Fall präsentieren soll, zum Beispiel eine Geschichte über eine Gruppenvergewaltigung. Das ist aber nicht der Fall.

***Für mich sind die einprägsamsten Interviewpartner diejenigen, die mir erzählen, wie die Masseneinwanderung ihr tägliches Leben verändert hat.***

Ich denke dabei meist an eine junge Frau in Deutschland, die mir erzählte, dass sie nicht mehr den Müll rausbringen oder ihr Kind in die Kita bringen kann, ohne von jungen, zugewanderten Männern beschimpft zu werden. Sie ist eine dieser europäischen Frauen, die ihre Rechte lange Zeit als selbstverständlich ansahen, und dann hat sich die Gegend, in der sie lebt, radikal verändert. Sie geht durch ihre eigene Straße und erhält sexuelle Annäherungsversuche von eingewanderten Männern, die ihr obszöne Worte zurufen. Diese junge Frau steht morgens auf und fragt sich, wie sie andere Wege finden kann, um ihr Kind in die Kita zu bringen oder dafür zu sorgen, dass ihr Mann jeden Morgen mit ihnen geht. Selbst letzteres ist keine Lösung: Während unseres Interviews sagte der Ehemann, dass seine Anwesenheit die Belästiger nicht abschreckt. Ihre Geschichte mag nicht krass erscheinen, aber stellen Sie sich vor, dass Hunderttausende von europäischen Frauen ähnliche Erfahrungen machen könnten. Übrigens zeigen meine Interviews mit weiblichen Polizisten ein ähnliches Phänomen.

***Viele weibliche Polizeibeamte im Westen haben mir von Tatorten erzählt, an denen sie von zugewanderten Männern praktisch ignoriert wurden.***

Und nach all dem erhielten sie ein Schulterklopfen von ihren Vorgesetzten oder sogar von Politikern, die ihnen sagten, sie sollten es nicht persönlich nehmen. Unerhört!

**- Eine wichtige Behauptung des Buches ist, dass die europäischen Politiker die Augen vor den Problemen der Migration und Integration verschließen. Ist es nur ein beruflicher Grund, das Thema nicht anzusprechen, oder ist es die Tatsache, dass Westeuropa inzwischen eine große Anzahl von Wählern mit Migrationshintergrund hat?**

– Alle diese Punkte sind richtig. Ich stimme voll und ganz mit der Behauptung überein, dass Mitte-Links- und Linksausßen-Parteien von den Stimmen der Einwanderer abhängig sind. Das gilt sogar in den Vereinigten Staaten, nicht nur in Europa. Diese Parteien reden nicht über die Verteidigung der Grenzen, über schwindende Ressourcen, sondern zeigen mit größter Leichtigkeit auf Kritiker und nennen sie rassistisch, fremdenfeindlich, intolerant.

***Und doch ist die Abhängigkeit der Linken von den Stimmen der Einwanderer vielleicht einer der wichtigsten und moralisch verwerflichsten Aspekte von allen. Denken Sie nur: Die derzeitige Situation ist nicht zugunsten der Einwanderer oder der Aufnahmeländer, sondern nur zugunsten einer engen Gruppe, die an der Macht bleiben will.***

Außerdem ist die erste Hälfte der Frage auch gültig. Es gibt viele europäische Führungspersönlichkeiten, die damit einfach nicht zurechtkommen. Dies führt zu einer institutionellen Krise. Ich spreche nicht nur von linken Führern, sondern auch von Mitte-Rechts-Führern. Sie sind diejenigen, die im Wahlkampf sagen, dass der Multikulturalismus auch seine Schattenseiten hat, und dann später die Hände in den Schoß legen, wenn es um die Gesetzgebung geht. Ich kann sehen, Sie können sehen, praktisch jeder kann sehen, dass die Zahl der Menschen, die auf diese Weise nach Europa kommen, in naher Zukunft nur zunehmen wird. Und hier komme ich wieder auf meinen ursprünglichen Gedanken zurück. Wer wird in Scharen aus Nordafrika, aus dem Nahen Osten auf den Kontinent kommen? Junge Männer, weil sie die gefährliche Reise machen können. Sie können sich die Daten ansehen, ich rede nicht um den heißen Brei herum. Achtzig Prozent der Neuankömmlinge sind Männer unter 30 Jahren.

**- Sie sprechen ständig von Europa, obwohl Westeuropa und Osteuropa fast völlig entgegengesetzte Ansichten zur Einwanderung haben.**

– Natürlich bin ich mir der Unterschiede innerhalb Europas bewusst. Und ich halte Ungarn für eines der nüchternsten Länder, wenn es um die Einwanderung geht. Es ist nicht möglich, die Tür für jeden zu öffnen, besonders nicht für ein Land, das die dunkle Seite der Unterdrückung kennt. Wenn Sie in historischer Perspektive denken, ist die Wende noch gar nicht so lange her.

***Ungarn ist jetzt wirtschaftlich, politisch und institutionell auf dem richtigen Weg. Ich habe die andere Seite gesehen, daher habe ich Grund zu sagen, dass man diesem Beispiel nicht folgen soll.***

Ich denke, die ungarische Regierung wägt die Vorteile der EU-Mitgliedschaft mit der Sicherheit der ungarischen Bürger ab. Ich glaube nicht, dass daran etwas Rechtsextremes ist, sie folgen nur ihrem gesunden Menschenverstand.

**- Sehen Sie in Westeuropa ein gutes Beispiel dafür, wie man mit Zuwanderung umgeht? Der französische Präsident Emmanuel Macron zum Beispiel vertritt bereits eine härtere Haltung als in der Vergangenheit zu diesem Thema.**

– In Frankreich steht Präsident Macron wegen der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen unter Druck, und es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass er die Wahl verlieren wird. Er nimmt seinerseits eine harte Haltung gegenüber dem Islam ein. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen könnte Marine Le Pens Nationale Rallye leicht den ersten oder zweiten Platz erreichen, was eine dramatische Veränderung in der französischen Politik bedeuten würde.

***Es besteht kein Zweifel daran, dass der Präsident, wenn die Präsidentschaftswahlen nicht unmittelbar bevorstünden, das Thema Einwanderung und Islam lieber unter den Teppich kehren würde.***

Ansonsten halte ich die Migrationspolitik Dänemarks und Österreichs für die zukunftsweisendsten unter den westlichen Ländern: Auch bei ihnen sehe ich eine klare Hinwendung zu dem, was die Wähler wollen. Gleichzeitig schließen Kopenhagen und Wien ihre Grenzen nicht hundertprozentig, sondern denken über Mechanismen und Integrationsprogramme nach, die auf ihre eigenen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Mein Buch führte eine Zeit lang die Beliebtheitscharts in Dänemark an, und es wird auch im deutschsprachigen Europa viel gelesen. Auch in den Niederlanden und Belgien war das Interesse der Presse groß. Für mich ist das auch aufschlussreich. Ich bekomme jetzt die gleichen Fragen von westlichen Reportern, wie ich sie zum Beispiel von Ihnen, einem ungarischen Journalisten, bekomme.

***Vor zehn Jahren fragten mich die gleichen westlichen Journalisten nur, warum ich ein Bastard für die extreme Rechte sei. Aber jetzt kann man sich nirgends mehr verstecken, die Probleme sind da.***

Ich bin in ständigem Kontakt mit französischen Denkern, die alle sagen, dass sie sich im Wesentlichen auf einen Bürgerkrieg vorbereiten. Können Sie sich das vorstellen?

**Ayaan Hirsi Ali** (1969) In Somalia geborene amerikanisch-niederländische Schriftstellerin, Aktivistin, Politikerin. 1992 erhielt er Asyl in den Niederlanden, wohin er aus Afrika geflohen war. Als Mädchen wurde sie einer Genitalverstümmelung unterzogen, als Jugendliche war

sie Anhängerin der Muslimbruderschaft. Heute lebt sie als renommierte Kritikerin des Islams und der Masseneinwanderung im Westen in den Vereinigten Staaten. Mit Sitz in New York gründete sie ihre eigene Organisation, die AHA Foundation, die sich für die Rechte der Frauen einsetzt.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **03) Ceuta: Marokkanische Eltern wollen ihre Kinder nicht zurück**

01. 06. 2021



*Bildquelle: Fdesouche*

***Nach der illegalen Einreise von 2.000 unbegleiteten Minderjährigen erklären 92% der befragten marokkanischen Familien, dass ihre Kinder in Spanien bleiben sollen***

Das Problem der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (MUFL) in Ceuta spitzte sich in der vergangenen Woche deutlich zu: mehr als tausend marokkanische MUFL halten sich seit der Migrationskrise, die das Nachbarland am 17. Mai ausgelöst hatte, dort auf.

Es genügt, fast überall in der Stadt, von Benítez bis Santa Catalina, spazieren zu gehen, um zu sehen, dass es immer noch Hunderte solcher Jugendlicher auf der Straße gibt. Die lokale Verwaltung hat bereits 1.125 von ihnen aufgenommen, einschließlich der 238, die im Heim „La Esperanza“ untergebracht sind, und von denen einige bald von den verschiedenen autonomen Regionen Spaniens in Form eines „beispiellosen“ Solidaritätsmechanismus verteilt werden sollen.

Von den Neuankömmlingen hat die Stadt 920 polizeilich registriert. In Piniars gibt es 171 Jungen und 67 Mädchen. Im Sportzentrum Santa Amelia 245 männliche Jugendliche und in den Lagerhallen von Tarajal weitere 364.

Die gewissenhafte Prozedur, die das spanische Gesetz vorschreibt und die der Kinderschutzdienst unter der Leitung von Toñi Palomo „buchstabengetreu“ befolgt, hat damit begonnen, in einem Screening-Prozess voranzukommen, indem im Krankenhaus Altersbestimmungstests für diejenigen durchgeführt werden, deren Alter zweifelhaft ist. Diesen Freitag wurden die ersten zehn Tests durchgeführt und die NGO *Save The Children* hat bereits mehr als 150 persönliche Interviews mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt.

Sie erhielten Dokumente, die unnötige radiologische Untersuchungen vermeiden und die Verfahren in etwas mehr als der Hälfte der Fälle beschleunigen sollen. Ferner wurden Kontakte mit 79 Familien der Jugendlichen hergestellt. Das Ergebnis dieser Gespräche war „niederschmetternd“.

Unabhängig davon, ob sie getäuscht wurden oder nicht, zogen es 92,5 % der Eltern vor, dass ihre Kinder in Spanien bleiben sollen, und zwar „aus sozioökonomischen Gründen, familiären Gründen, Geldmangel, Armut, Erhöhung der Medikamentenkosten...“ usw. Nur in sechs Fällen wurde eine positive Antwort zur Rückkehr der Kinder gefunden. Jetzt geht es darum, sich mit der Position des Nachbarlandes auseinanderzusetzen, um die Wiedervereinigung der Familien zu erleichtern.

„Bei Wiedervereinigungsverfahren ist es nicht nur notwendig, die Abstammung zu überprüfen, sondern auch die Risiken des Kontakts zu bewerten. Die Durchführbarkeit der Rückkehr und die Zustimmung der Eltern und der Minderjährigen machen uns verantwortlich für diese Minderjährigen. Wir können sie nicht einfach der Polizei anvertrauen, geschweige denn den Grenzschutz, die ihnen vor zwei Wochen die Türen geöffnet haben, damit sie ihr Land verlassen konnten“, argumentiert der Leiter des Bereichs.

Quelle: [El Faro de Ceuta](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **04) Marokko ermöglicht Migrantenansturm auf spanische Exklave Ceuta**

19. 05. 2021



Grenzzaun in Ceuta- *Foto: Wikipedia/Mario Sánchez Bueno, CC BY-SA 2.0]*

### **Das nordafrikanische Königreich erhält jährlich EU-Hilfen in Millionenhöhe**

Die in Nordafrika gelegene spanische Exklave Ceuta wird von Migranten geradezu gestürmt. Binnen 24 Stunden kamen rund 5.000 illegale Einwanderer aus Marokko. Laut spanischen Medienberichten schwammen die Migranten von der marokkanischen Stadt Fnideq aus durch das Mittelmeer oder liefen bei Ebbe auch am Strand entlang.

Möglich wurde der Migrantenansturm auf Ceuta, weil Marokko offenbar seine Grenzkontrollen zuder 85.000 Einwohner zählenden spanischen Stadt und damit zur EU eingestellt hat. Das nordafrikanische Königreich ist verärgert, weil Spanien die medizinische Behandlung des Chefs der Unabhängigkeitsbewegung Polisario für Westsahara erlaubt hat. Marokko wiederum erhebt Ansprüche auf die Westsahara.

Das Verhalten Marokkos kann als Affront gegenüber der gesamten Europäischen Union gewertet werden. Schließlich hat der nordafrikanische Staat mit der EU ein Assoziierungsabkommen sowie ein vertieftes und umfassendes Freihandelsabkommen (DCFTA) abgeschlossen. Außerdem profitiert Marokko vom Europäischen Nachbarschaftsinstrument. Allein aus diesem Programm erhielt Marokko 2017 satte 189,5 Millionen Euro an europäischem Steuergeld. Aber Dankbarkeit ist bekanntlich keine politische Kategorie, und so scheint Rabat Brüssel zu zeigen, wer am längeren Ast sitzt.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **05) Zivilisation und Souveränität gründen auf Grenzen**

Von José Papparelli

27. 05. 2021



Die Invasion von Ceuta · Foto: El Correo de España

In der heutigen immerwährenden und global grenzenlosen Gegenwart scheinen Grenzen ihre Daseinsberechtigung verloren zu haben. Die Grenzen des gesunden Menschenverstands einer ganzen Zivilisation fallen lautlos vor den verblendeten Augen ihrer Bürger. Der Diskurs der politischen Korrektheit über die Aufhebung von Grenzen, das Einreißen von Mauern und Grenzen, nicht nur nationaler, sondern aller Art – als ob es ein heiliges Mantra wäre – wird mit absoluter Normalität in der Kultur des Westens installiert. Auf der anderen Seite der Grenze ist die Barbarei.

Die Zivilisation gründet auf der Grenze, der Grenze des Territoriums, die das Eigene vom Fremden abgrenzt. Erinnern wir uns an die Gründung Roms mit der von Romulus geöffneten Furche, der nicht zögerte, sie gegen die Herausforderung von Remus, seinem eigenen Bruder, zu verteidigen. Die Grenze, die Begrenzung ist nicht nur territorial, sondern auch kulturell, natürlich, und wird in der Kontinuität der Tradition aufrechterhalten, die im Ursprung eines Volkes begründet ist.

Daher muss die Kultur der Annullierung und die No-Border-Globalisten die Grenzen abschaffen. Wenn Grenzen wegfallen, gehen die Regeln, die Gesetze, die das Zusammenleben, die Freiheit und die Sicherheit regeln, verloren. Alles ist verloren, wenn souveräne Staaten abgeschafft werden. Wenn Chaos herrscht, verschwinden die Grenzen zwischen Gut und Böse, und ohne Regeln gibt es keine Unterschiede; und ohne sie gibt es keine Identität, keine Würde, keine Souveränität, keine Freiheit, keine Zivilisation. Der Fall von Grenzen bedeutet den Verlust der Freiheit und macht Platz für Anarchie, Tyrannei oder Despotismus. Ohne Grenzen gibt es keine Zivilisation.

Die Medien und die Unterhaltung sowie die Bildung in all ihren Bereichen haben den einheitlichen globalen Gedanken als neue Ideologie der Aufhebung von Identitäten, Souveränitäten, Heimatländern und Nationen vermittelt, an deren Stelle die sogenannten offenen Gesellschaften getreten sind. Dieser Gedanke ist der neue tolerante Katechismus, der weltweit von Intellektuellen, Künstlern, Medienpersönlichkeiten und sogar vom Papst von Rom selbst verkündet wird. Kurzum, es ist das erlösende Aufkommen der Welt von John Lennons „Imagine“, als das wahr gewordene globale Modell des Weltverbesserertums. Die Werbung des Roten Kreuzes mit dem „marianischen“ Bild der weißen Freiwilligen, die den „christlichen“ schwarzen Migranten im Arm hält, ist ein Beispiel für die manipulative Perversion der Verwendung von Bildern für zweifelhafte philanthropische Zwecke.



*Bildquelle: El Correo de España*

Wir sehen in den Nachrichten die Bilder des unaufhaltsamen massenhaften Grenzangriffs und der folgenlosen Verletzung der Staatsgrenze. Das Besorgniserregende ist, dass dies nicht als Gefahr, als Bedrohung der Freiheit, als vollwertige Invasion mit allem, was dazugehört, wahrgenommen wurde, sondern als eine migratorische, humanitäre oder diplomatische Krise, die mit der Begrüßung derjenigen behandelt werden muss, die ohne

Erlaubnis und mit Gewalt einreisen, derjenigen, die es wagen, die heilige Furche des Romulus zu überqueren.

Diese Erzählung ist die der globalistischen grenzenlosen Ideologie, ein Erbe des aufgeklärten und freimaurerischen Kosmopolitismus, des marxistischen Internationalismus, des postkonziliaren Katholizismus, der aus dem in Italien so genannten Katokommunismus stammt, und des ultraliberalen Finanzmarktkapitalismus in den Händen staatenloser Eliten. Die Welt ohne Grenzen ist die grüne, nachhaltige, widerstandsfähige und ökopazifistische Utopie der Enkelkinder von '68, auf Befehl des techno-finanziellen Netzwerks der globalen Elite. Ein grausames Paradoxon der Geschichte, in der die Gegenkultur zur dominanten Kultur wurde.

Ohne Grenzen gibt es keinen religiösen und metaphysischen Sinn des Lebens, keine Ahnengeographie, keine Familienbande. Ohne Grenzen, Schutzmauern, Begrenzungen gibt es keine Transzendenz, kein Recht, keine Heimat, keine Ordnung, keine Kultur, keine Familie, keine Tradition, keine Identität, keine Freiheit, keine Souveränität, keine Würde. Wenn es all das nicht gibt, gibt es keine Menschlichkeit, weder als Mann noch als Frau, weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart noch in der Zukunft, und ohne sie gibt es nur die transhumane Dystopie, die uns im Austausch dafür angeboten wird, dass wir aufhören zu sein, wer wir sind.

Grenzen schützen, pflegen und retten Zivilisationen. Sie sind das Bollwerk und die souveräne Stütze der Völker und haben dazu gedient, den anderen anzuerkennen, den Dialog oder die Konfrontation zu führen und die Identität zu bekräftigen. Wenn Grenzen verletzt werden, werden sie überfallen. Wenn dies geschieht, gewinnt oder verliert man, eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Das Überleben oder Verschwinden von Zivilisation, Souveränität, Freiheit und Leben stehen bei der Verteidigung von Grenzen und kulturellen Grenzen auf dem Spiel. Nicht mehr und nicht weniger.



José Papparelli

Italienisch-argentinischer Journalist und Liebhaber der europäischen Identität, Spaniens und der Hispanidad. Ausgebildet in Kommunikationswissenschaften und Kulturmanagement, ist er ein Analytiker des politischen, sozialen und kulturellen Lebens.

Er arbeitet mit Radio Ya und ist spezialisiert auf die historische Untersuchung des hispanischen Erbes in Amerika.

## El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

### 06) After Democracy – Deutscher Dokumentarfilm enthüllt US-Einfluss in Europa

25. 05. 2021



Bildquelle: Les Observateurs

Diese deutsche Dokumentation wird von Uwe Sauermaun präsentiert, der für seine Reportagen aus Kriegsgebieten wie Irak und Afghanistan bekannt ist. In diesem Video spricht er mit verschiedenen Politikern, Schriftstellern, Analysten und anderen Experten über den schädlichen kulturellen, politischen und militärischen Einfluss der USA in Europa.

Uwe Sauermaun ist ein bekannter Journalist, der zusammen mit seinem Team aus Kriegsgebieten in aller Welt berichtet hat. Oft – fast immer – waren die Vereinigten Staaten eine Partei in dem Konflikt.

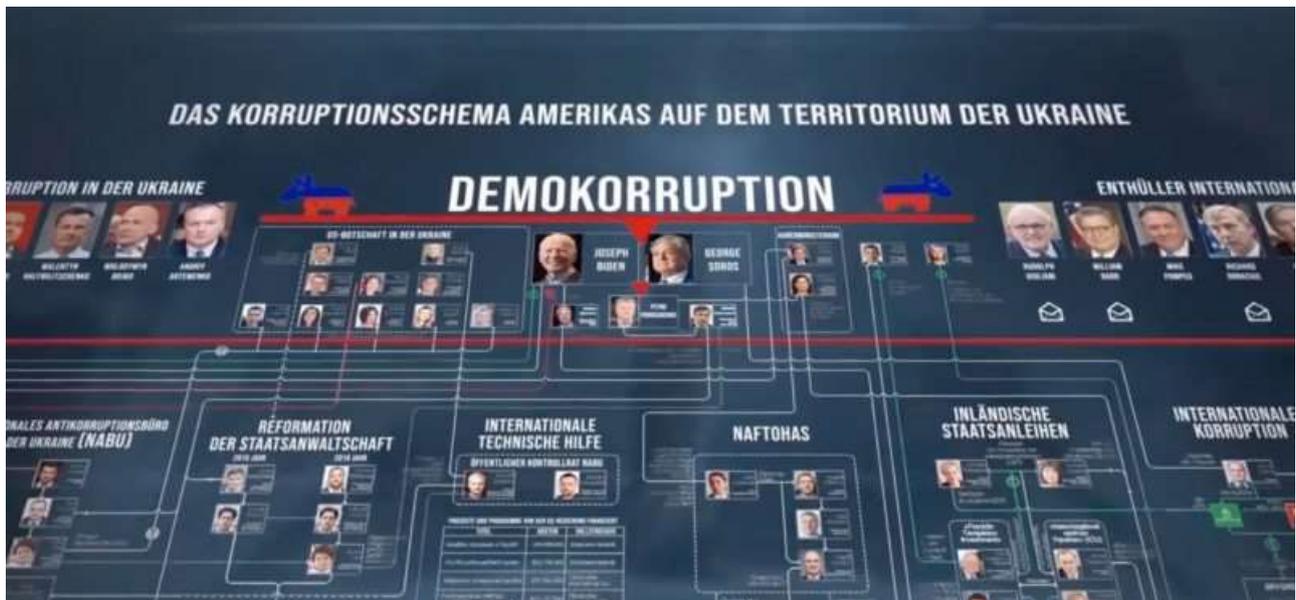
Der Konflikt wiederum wirkte sich auf sein Heimatland Deutschland, aber auch auf das übrige Europa, in vielfältiger Weise aus. Hauptsächlich durch erhöhten Migrationsdruck aus Kriegsgebieten, aber auch direkt durch die USA, die die Konflikte als Argument dafür nutzen, dass Europa ihren „Schutz“ und ihre Soldaten auf europäischem Boden braucht.

In dieser Dokumentation werden mehrere Persönlichkeiten über das Ausmaß des amerikanischen Einflusses befragt.

**Steffen Kotré**, Bundestagsabgeordneter der Alternativen für Deutschland, hat sich mit Fragen im Zusammenhang mit deutschen Energieimporten und dem Projekt Nord Stream 2 beschäftigt, ein Projekt, das die USA gerne torpedieren würden.

**Johannes Hübner**, ehemaliger Außenpolitiker der österreichischen FPÖ, gilt als Experte für internationale Beziehungen. Er wies darauf hin, dass das amerikanische Argument, Europa brauche seinen eigenen Schutz vor Russland, ziemlich absurd ist, wenn man bedenkt, dass Deutschland, Frankreich und Großbritannien Verteidigungsbudgets von jeweils rund 50 Milliarden Dollar haben, vergleichbar mit Russlands 65 Milliarden Dollar. Der US-Verteidigungshaushalt beträgt etwa 732 Milliarden Dollar pro Jahr.

**Michael Springmann**, ehemaliger amerikanischer Diplomat, Autor des Buches: *Goodbye, Europe? Hallo, Chaos? Merks Migrationsbombe*, spricht über die persönlichen Interessen verschiedener US-Politiker in Konflikten, an denen die USA beteiligt sind, einschließlich der wirtschaftlichen Interessen der Familie Biden in der Ukraine. Er nennt den Sohn von Präsident Hunter Biden einen „Kriminellen“.



Grafik, die die weit verbreitete Korruption zwischen US-Präsident Joe Biden und führenden ukrainischen Politikern und Oligarchen zeigt.

Unterdessen enthüllte das russische Comedy-Duo Vovan und Lexus in einem neuen Hoax, dass die US-Organisation National Endowment of Democracy (NED) das US-Werkzeug zur Unterstützung der Protestbewegung in Weißrussland war, die im Herbst 2020 den Sturz von Präsident Alexander Lukaschenko angestrebt hat, berichtete der Nachrichtensender RT.

Indem sie sich als Führer der vom Westen unterstützten Opposition in Weißrussland ausgaben, gelang es den beiden Komikern, ein Gespräch mit Mitgliedern der NED-Spitze zu beginnen.

Carl Gerschman, CEO, und Nina Ognianova, Leiterin der NED-Arbeit in Belarus und Russland, verriet, dass sie in beiden Ländern einen Regimewechsel herbeiführen wollen.

Quelle: [LesObservateurs.ch](https://lesobservateurs.ch)

<https://unser-mittleuropa.com/after-democracy-deutscher-dokumentarfilm-enthuehlt-us-einfluss-in-europa/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

**07) EU will Meinungsäußerung im Internet kriminalisieren, Bedrohung für Konservative und Kritiker der Massenmigration?**

30. 05. 2021



Bildquelle: Remix News

**Der Vorstoß der EU, die freie Meinungsäußerung einzuschränken, kommt zur gleichen Zeit, in der Deutschland die Rede der politischen Opposition im Internet ins Visier genommen hat**

Die Europäische Union bereitet sich darauf vor, ihre Liste potenzieller Sprachverbrechen zu erweitern und Hassreden, die sich auf verschiedenen Internetplattformen verbreiten, einzuschließen, doch was die EU tatsächlich als Hassrede definiert, könnte dazu führen, Aussagen zu kriminalisieren, die sich kritisch über Massenmigration und Multikulturalismus äußern.



Didier Reynders · Foto: Wikimedia

EU-Justizkommissar Didier Reynders kündigte diese Woche an, dass die Kommission bald einen Vorschlag zur Vereinheitlichung der Gesetzgebung in Bezug auf Belästigung und Hass im Internet innerhalb des gesamten Blocks vorlegen werde. Bis jetzt waren diese Angelegenheiten in der Verantwortung der einzelnen Staaten.

Wie die Kommission letztes Jahr sagte, sollte das Gesetz Sanktionen für alle vermeintlich hasserfüllten Nachrichten im Web vorsehen, nicht nur solche, die Terrorismus unterstützen, sondern auch Aussagen, die sich auf Rasse, Religion oder sexuelle Orientierung beziehen.

Die EU-Politiker glauben, dass dieser Schritt das Umfeld von Internetdiskussionen entgiften und „verletzliche“ Minderheiten schützen wird.

Kritiker sind jedoch besorgt um die Meinungsfreiheit, vor allem solange nicht klar ist, wer als Schiedsrichter die Schädlichkeit der Beiträge beurteilen wird. Die Eurokraten behaupteten zwar, dass die Freiheit der Meinungsäußerung unantastbar bleiben wird, aber angesichts der Vorgehensweise der europäischen Polizeibehörde Europol bei der [Verhaftung von Privatpersonen wegen überhaupt nicht bedrohlicher Kommentare](#), die sie online gemacht haben, gibt es Bedenken, dass die EU ihre enorme Macht missbrauchen könnte.

Die Demokratie könnte durch den neuen Vorstoß zur Sprachregulierung ebenfalls bedroht sein, da er als wichtiges Instrument gegen europäische politische Parteien dienen könnte, die Einwanderung und Multikulturalismus kritisch gegenüberstehen. Bereits jetzt haben Mitgliedsstaaten wie Deutschland eine [Massenüberwachung von Mitgliedern der Partei Alternative für Deutschland \(AfD\)](#) gestartet und eine [Hausdurchsuchung bei einem der Parteiführer](#) durchgeführt, weil er sich online kritisch über Einwanderung geäußert hatte.

Solche Aktionen, die in totalitären Staaten auf der ganzen Welt gang und gäbe sind, könnten auch in der EU gang und gäbe werden, wenn sie darauf drängt, Sprache zu kriminalisieren. Angesichts der Tatsache, dass die AfD die größte Oppositionspartei in Deutschland ist und die Bundestagswahlen schnell näher rücken, sind Kritiker besorgt, dass Deutschland einen autoritären Maßnahmenkatalog entwickeln könnte, der wiederum zu einer Vorlage für den Rest der EU werden könnte, wenn es um rechtsgerichtete Parteien im gesamten Block geht.

### **Was ist Hassrede?**

Es ist klar, dass der Vorstoß der EU zur Verschärfung der Hassrede ein langjähriges Ziel von George Soros und seiner Open Society Foundation war. Er hielt bereits vor fast einem

Jahrzehnt Reden über die Notwendigkeit, Hassreden zu regulieren, und [sein Einfluss in Brüssel ist groß](#).

<https://www.youtube.com/watch?v=iKrt0ykPbkc>

Soros ist ein eifriger Gegner von einwanderungskritischen Regierungen wie [Ungarn und Polen](#) und hat seinen Einfluss genutzt, um [europäische Institutionen umzugestalten](#). In jüngster Zeit hat er auch direkt Social-Media-Plattformen dazu aufgerufen, die [Aussagen von Usern weiter zu regulieren](#).

Die Einschätzung, was als öffentlich diskutierbar gilt und was in die Kategorie „Hassrede“ fällt, variiert jedoch auch von EU-Land zu EU-Land. Obwohl dies theoretisch eine Herausforderung für den Versuch der EU darstellt, zu einer gemeinsamen Definition zu gelangen, scheint sich Brüssel nicht um die Meinungsvielfalt zu diesem Thema zu kümmern.

Während einige Nationen klare Regelungen gegen bestimmte Arten von Äußerungen haben, wie z.B. das Posten von Nazi-Symbolen, bleiben Maßnahmen zur Verfolgung und Überwachung von Internetnutzern, die solche Inhalte posten, umstritten.

Letztes Jahr reagierte Deutschland beispielsweise auf einen Bericht über wachsenden Antisemitismus und Feindseligkeit gegenüber Minderheiten, indem es ein Gesetz verabschiedete, das soziale Netzwerke dazu verpflichtet, Hasskommentare, Todesdrohungen und Nazi-Propaganda innerhalb von 24 Stunden zu melden. Außerdem müssen die Betreiber die IP-Adresse des Geräts angeben, von dem aus der Beitrag erstellt wurde. In Deutschland fand eine hitzige Debatte statt, die auf die möglichen Gefahren hinwies, die eine solche „Rückverfolgung“ mit sich bringen könnte, die im Grunde eine punktgenaue Überwachung einläutet, zu der die deutschen Nazi- und kommunistischen Stasi-Regime nie die Macht hatten, um die sie aber sicherlich beneidet worden wären.

Laut Kommissar Reynders ist es jedoch notwendig, die Gesetzgebung zu vereinheitlichen, um eine europäische Definition von Verbrechen zu schaffen. Auch die Vizepräsidentin der Kommission, Věra Jourová, sagte vor einiger Zeit, dass die einzelnen Staaten nicht im Alleingang vorgehen sollten.

### **EU zeigt Anzeichen, dass sie Kritik an Migration zensieren könnte**

Eine anspruchsvolle Debatte wird sicherlich folgen. Die Annahme des Vorschlags erfordert die einstimmige Zustimmung aller 27 Staaten.

Laut einer Umfrage der Europäischen Kommission betreffen viele problematische Beiträge die Migrationskrise. Zwei Fünftel aller Online-Hassreden erwähnen Migranten oder in Europa lebende Muslime. Jeder zehnte Beitrag ist antisemitisch. Die Umfrage ist ein Hinweis darauf, worauf die EU ihre Zensur konzentrieren könnte.

Im Kampf gegen diese „toxische“ Debatte versucht Brüssel auch, große Internetunternehmen wie Facebook, Twitter und Google zu kontrollieren. Bereits 2018 verpflichteten sich diese Unternehmen, fremdenfeindliche Inhalte sowie Fehlinformationen zu bekämpfen, was nach Ansicht von Kritikern einer Massenzensur gleichkommt. Unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Hass haben diese Unternehmen zunehmend konservative Inhalte zensiert, einschließlich der Massenzensur konservativer Publikationen und Politiker in [Polen](#), [Ungarn](#), [Spanien](#), [sonstigen EU-Staaten](#) und den [Vereinigten Staaten](#).

Diese Unternehmen beschäftigen mittlerweile ganze Armeen von Mitarbeitern, die 24 Stunden am Tag als unangemessen markierte Beiträge löschen. Und obwohl es wirklich schädliche Inhalte gibt, wie die Förderung von Terrorismus und Pädophilie, bedeutet die ideologische Ausrichtung dieser Unternehmen, dass zunehmend auch Konservative ins Visier genommen werden.

Laut Brüssel ist es nun an der Zeit, von solchen freiwilligen Verpflichtungen zu einer strengeren Durchsetzung und zu Sanktionen bei Regelverstößen überzugehen. Brüssel schlägt vor, bei Regelverstößen Bußgelder von bis zu sechs Prozent des Plattformumsatzes zu verhängen.

Quelle: [Remix News](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

## 08) Baldige Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2: ein Schlag für Polen und die Ostflanke der NATO?

Von Olivier Bault

29. 05. 2021



Bildquelle: Visegrád Post

Mit der Aufhebung der US-Sanktionen gegen die Unternehmen, die am Bau der Nord-Stream-Gaspipeline beteiligt sind, die Russland und Deutschland über die Ostsee verbindet, ist die bevorstehende Fertigstellung dieser neuen Verbindung nun eine ausgemachte Sache. Diese Aufhebung der Sanktionen, die [letzte Woche in den Medien angekündigt](#) wurde, scheint von nun an sehr wahrscheinlich zu sein, da Joe Biden seine Beziehungen zu Deutschland verbessern möchte. Berlin seinerseits hat umso mehr Grund, schnell zu handeln, da die neue Gasleitung ursprünglich 2019 fertig werden sollte, die Grünen gegen dieses Gasprojekt sind und einige jüngste Umfragen zeigen, dass sie

durchaus die nächsten Wahlen gewinnen und der Mehrheitspartner in einer Koalition mit der CDU-CSU sein könnten. Das grüne Licht der Amerikaner kommt zu einem entscheidenden Zeitpunkt, denn Anfang des Jahres waren auf deutscher Seite nur noch 160 km Pipelines zu verlegen, von insgesamt 1.230 km Länge. In Deutschland wurden die letzten Hürden bereits im April mit der Ablehnung von Einsprüchen der Umweltverbände beseitigt. Der Bau dieser Pipeline wird zur Hälfte von Gazprom und zur Hälfte von den europäischen Unternehmen Uniper, Wintershall-Dea, Royal Dutch Shell, OMV und Engie (ehemals GDF Suez) finanziert.

*Als 2018 die ersten US-Sanktionen eingeführt wurden, bezeichnete deshalb beispielsweise der Vorstandsvorsitzende von Engie eine solche Einmischung der USA in den europäischen Energiemarkt als skandalös.*

Der Konflikt um die Nord Stream 2-Pipeline besteht seit vielen Jahren und ist derselbe, der auch den Bau der ersten Nord Stream-Pipeline begleitet hatte. Die baltischen Länder, Polen und die Ukraine sind gegen den Bau, weil Russland mit der Verdoppelung der direkten Gasverbindung zwischen Russland und Deutschland auf Pipelines durch die Ukraine bzw. über Weißrussland und Polen verzichten kann, um den gesamten Bedarf Deutschlands und anderer westeuropäischer Länder zu decken.

*Das bedeutet, dass Moskau die Möglichkeit haben wird, die Lieferungen an bestimmte Länder seiner Wahl in Mittel- und Osteuropa abzuschneiden oder zu reduzieren, um z.B. wirtschaftlichen oder politischen Druck auszuüben.*

Das wäre nicht das erste Mal, aber bisher war die Gaswaffe, die den Russen zur Verfügung stand, zweischneidig: Die anvisierten Länder wurden des Gases beraubt, aber Russland brachte all seine europäischen Kunden gegen sich auf und schnitt sich selbst von einer seiner Haupteinnahmequellen für den Export ab.

*Die Befürworter der Nord Stream 2-Pipeline hingegen glauben, dass das eigentliche Ziel der Amerikaner darin bestand, ihre eigenen Verkäufe von Flüssigerdgas (LNG) an europäische Länder zu steigern.*

Im Gegensatz zu Donald Trump will Joe Biden jedoch nicht die Kohlenwasserstoffproduktion und insbesondere das Schiefergas, die Hauptquelle für amerikanisches LNG, ausbauen. Dies könnte daher eine zweite Motivation für die Entscheidung sein, die 2018 eingeführten und 2020 verlängerten Sanktionen aufzuheben.

Deutschland wird so von sichereren und günstigeren Gaslieferungen profitieren und kann als Drehscheibe für russisches Gas in andere Länder dienen. Russland seinerseits wird theoretisch in der Lage sein, wirtschaftliche und politische Erpressung gegenüber seinen ehemaligen Satellitenländern oder ehemaligen Territorien auszuüben.

*Dennoch ist die Situation heute nicht mehr dieselbe wie vor einigen Jahren, denn die Länder der Drei-Meere-Initiative, angeführt von Polen, haben große Anstrengungen unternommen, ihre Gasversorgung zu diversifizieren, auch wenn noch viel zu tun ist.*

2020 machten die LNG-Importe über das Ende 2015 in Betrieb genommene Gasterminal Swinemünde (*Świnoujście*) an der Ostseeküste somit ein Viertel der polnischen Gasimporte aus. LNG-Quellen sind diversifiziert und flexibel. Im Jahr 2020 waren dies die USA, Katar, Nigeria, Trinidad und Tobago. Der Anteil des russischen Gases an den Importen sank von 90% 2015 auf etwa 60%. Der Rest der Importe 2020 kam aus dem Süden

und Westen Polens, über bestehende Pipelines. Darüber hinaus wird im Hafen von Danzig ein zweites, schwimmendes Gasterminal zur Aufnahme und Regasifizierung von importiertem LNG fertiggestellt.

Der Rückgang des Anteils des russischen Gases an den Importen wird jedoch durch die Existenz eines vor zehn Jahren von der Regierung Donald Tusks unterzeichneten Vertrags gebremst, der bis Ende 2022 gilt. Dieser Vertrag verpflichtet die polnische Gasgesellschaft PGNiG, die vertraglich vereinbarten Mengen zu bezahlen, unabhängig davon, ob sie importiert werden oder nicht.

*Aber nach 2022 wird PGNiG in der Lage sein, seine LNG-Importe über die Terminals in Swinemünde und Danzig weiter zu erhöhen und norwegisches Erdgas über die im Bau befindliche Baltic Pipe einzubringen, was den Anteil des russischen Gases an den polnischen Importen weitgehend reduzieren wird.*

Die Idee, überhaupt kein russisches Gas zu importieren, scheint jedoch zugunsten eines vernünftigeren Wunsches, den Wettbewerb ins Spiel zu bringen, [aufgegeben worden zu sein](#).

Vorbei sind die Zeiten, in denen Polen für sein russisches Gas viel mehr bezahlen musste als andere europäische Länder und keine andere Wahl hatte, als sich den Bedingungen Moskaus zu beugen.

*Um Sanktionen der Europäischen Kommission zu vermeiden, musste sich Gazprom 2018 verpflichten, seine monopolistischen Praktiken gegenüber acht Ländern an der Ostflanke der EU aufzugeben: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Bulgarien.*

Alle diese Länder mussten deutlich höhere Preise zahlen als die Kunden von Gazprom in Westeuropa. Dies galt nicht für Rumänien, das über eigene Gasfelder verfügt. Auch in Polen und Bulgarien hatte das russische Unternehmen seine marktbeherrschende Stellung genutzt, um seine Bedingungen für die Gastransportinfrastruktur durchzusetzen.

Aber mit der Inbetriebnahme der *Baltic Pipe*, die die LNG-Terminals in Polen, Litauen und Kroatien ergänzen wird, und mit der Entwicklung von Gasverbindungen in der Nord-Süd-Achse zwischen der Ostsee, dem Schwarzen Meer und der Adria (die drei Meere der gleichnamigen Initiative)

*wird Russland sicherlich in der Lage sein, die Lieferungen an diese Länder abzuschneiden, aber sie werden dann in der Lage sein, sie anderswo zu beziehen.*

Russlands traditionelle Waffe Gas wird also trotz der Nord Stream 2-Pipeline ein zweiseitiges Schwert bleiben.



**Olivier Bault** ist Franzose und lebt seit dem Anfang der 1990er Jahre in Polen; er ist der Korrespondent in Polen für die Visegrád Post und die französische Tageszeitung Présent. Als freiberuflicher Journalist, der das Geschehen in Polen und Europa aufmerksam verfolgt, veröffentlicht er auch auf Polnisch in der polnischen Wochenzeitung Do Rzeczy und auf Englisch auf dem Portal Remix News.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### 09) Auf dem Weg zu einem föderalen einheitlichen Europa mit dem „Rechtsstaatlichkeitsmechanismus“

25. 05. 2021



*Foto: Facebook / European Commission*

Polnische Medien berichteten diese Woche, dass das Europaparlament den EU-Gerichtshof gebeten habe, die Prüfung der [Berufung Polens und Ungarns](#) gegen den auf dem EU-Gipfel im Dezember beschlossenen Rechtsstaatlichkeitsmechanismus zu beschleunigen. Besagter Mechanismus soll die Auszahlung von EU-Geldern aus dem Mehrjahresbudget 2021–2027 und dem EU-Konjunkturprogramm der nächsten Generation davon abhängig

machen, dass die Europäische Kommission die Einhaltung der „europäischen Werte“ und der „Rechtsstaatlichkeit“ durch die Mitgliedsländer bewerte. Der Europaabgeordnete Patryk Jaki erklärte am Donnerstag, dass eine solche Anfrage vom Europäischen Parlament an den EuGH geschickt worden sei.

### **Ausdehnung des Konzepts der Rechtsstaatlichkeit auf gesellschaftliche Fragen – ungeachtet der Verträge**

Bereits im März hatte das Europaparlament eine Resolution verabschiedet, in der die Europäische Kommission aufgefordert wurde, diesen Konditionalitätsmechanismus umzusetzen. Die Entschließung [gab der Kommission bis zum 1. Juni Zeit](#), andernfalls würde das Parlament die Kommission vor den EUGH bringen.

Seit Anfang des Jahres hat das Europaparlament jedoch mehrere Entschließungen verabschiedet, die das Konzept der Rechtsstaatlichkeit und der europäischen Werte, die in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union erwähnt werden, auf das sich der vom Europäischen Rat im Dezember angenommene Mechanismus bezieht, [nachdem Polen und Ungarn ihr Veto zurückgezogen](#) haben, erweitern.

So wurde die Europäische Union von einer Mehrheit der Abgeordneten in einer Resolution, die insbesondere Polen mehrfach kritisierte, [zur „Zone der Freiheit für LGBTIQ-Menschen“ dekretiert](#). Außerdem hat das Europaparlament seit dem Urteil des polnischen Verfassungsgerichts vom letzten Oktober, das eugenische Abtreibungen verbietet, mehrere Diskussionen geführt und über [mehrere Entschließungen](#) und [Entschließungsentwürfe](#) abgestimmt, in denen es behauptet, Abtreibung als Grundrecht und europäischen Wert anzuerkennen.

Während gesellschaftliche Fragen – wie u.a. die Abtreibungsfrage – nach den europäischen Verträgen in die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, ist heute klar, dass das Europaparlament beabsichtigt, die Anwendung des „Rechtsstaatlichkeitsmechanismus“ auf diese Fragen auszuweiten, wie es in seiner [Entschließung vom September 2020](#) zugunsten des Sanktionsverfahrens gegen Polen nach Artikel 7 offen befürwortete. Der Wunsch, den Geltungsbereich europäischer Sanktionen auf gesellschaftliche Fragen auszudehnen, wurde auch von Mitgliedern der derzeitigen Europäischen Kommission wiederholt geäußert.

Der Aktivismus des Europaparlaments und der Europäischen Kommission seit Anfang des Jahres, aber auch die bisherige Erfahrung eines EU-Gerichtshofs, der [stets bereit ist, die Kompetenzen der Union auszudehnen](#), ohne einen neuen Vertrag (der im Rahmen eines demokratischen Prozesses wahrscheinlich abgelehnt würde) abzuschließen, lassen wenig Zweifel an der bevorstehenden Umsetzung und der sehr breiten Anwendung dieses Mechanismus zu ideologischen Erpressungszwecken, den die polnische und ungarische Führung schließlich akzeptiert hat, indem sie sich mit einer gemeinsamen Erklärung der 27 begnügte, die sie beruhigen sollte.

### **Erklärung des Europäischen Rates vom Dezember ohne großen Wert**

Es trifft zu, dass der Europäische Rat in dieser Erklärung feststellte, dass die [Verordnung des Europaparlaments und des Rates über ein allgemeines System der Konditionalität zum Schutz des Unionshaushalts](#) „unter uneingeschränkter Achtung des Artikels 4 Absatz 2 EUV, insbesondere der nationalen Identität der Mitgliedstaaten, die in deren grundlegender politischer und verfassungsrechtlicher Struktur zum Ausdruck kommt, des Grundsatzes der Zurechnung sowie der Grundsätze der Objektivität, der Nichtdiskriminierung und der

*Gleichbehandlung der Mitgliedstaaten angewandt werden muss.“ Ferner versicherte er, dass „der Kausalzusammenhang zwischen solchen Verstößen und den negativen Folgen für die finanziellen Interessen der Union hinreichend direkt und ordnungsgemäß nachgewiesen werden muss“, und betonte, dass „es sich bei der Verordnung nicht um weit verbreitete Versäumnisse handelt“.*

Das Problem ist aber, dass eine Erklärung des Europäischen Rates kein europäischer Rechtstext ist, eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates hingegen schon. Die Definition des Begriffs „Rechtsstaatlichkeit“ in dieser „Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein allgemeines System der Konditionalität zum Schutz des Unionshaushalts“ ist übermäßig weit gefasst und offen für Interpretationen. Die EU-Institutionen werden vor solch weiten Auslegungen nicht zurückschrecken, wie die bereits gegen Polen und Ungarn eingeleiteten Sanktionsverfahren nach Artikel 7 zeigen. Gemäß der vom Europäischen Rat im Dezember gebilligten Verordnung wird der Konditionalitätsmechanismus alle Grundsätze und Werte abdecken, die in allgemeiner Form in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union aufgeführt sind, der wie folgt lautet

*„Die Union gründet sich auf die Werte der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind den Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichstellung von Frauen und Männern auszeichnet.“*

Es wird Aufgabe der Kommission sein, die Einhaltung dieser allgemeinen Grundsätze zu bewerten, u.a. im Lichte ihrer neuen „[Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ in der EU](#)“.

### **Nationale Justizwesen bald dem Konditionalitätsmechanismus ausgeliefert**

Die neue Verordnung, die einen Konditionalitätsmechanismus für die Auszahlung von EU-Geldern einführt, besagt außerdem, dass:

*„Rechtsstaatlichkeit erfordert, dass alle öffentlichen Behörden innerhalb der gesetzlich festgelegten Grenzen, im Einklang mit den Werten der Demokratie und der Achtung der Grundrechte, wie sie in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden ‚Charta‘) und anderen einschlägigen Instrumenten verankert sind, und unter der Aufsicht unabhängiger und unparteiischer Gerichte handeln. Insbesondere wird gefordert, dass die Prinzipien der Legalität, die das Vorhandensein eines transparenten, rechenschaftspflichtigen, demokratischen und pluralistischen Gesetzgebungsprozesses, Rechtssicherheit, das Verbot willkürlichen Handelns der Exekutive, ein wirksamer gerichtlicher Schutz, einschließlich des Zugangs zur Justiz, durch unabhängige und unparteiische Gerichte und die Gewaltenteilung beinhalten, beachtet werden.“*

Im Klartext: Die Kommission kann die Auszahlung von Geldern an Polen aussetzen, wenn dieses sich weiterhin weigert, seine Justizreformen rückgängig zu machen, die nach Ansicht Brüssels gegen das Prinzip der unabhängigen und unparteiischen Gerichtsbarkeit und der Gewaltenteilung verstoßen.

Wenn es eine Mehrheit im EU-Rat gibt, die die Kommission unterstützt, kann also Polen die Milliarden von der EU abschreiben, wenn es nicht allen Forderungen der Kommission nachgibt. Wäre die obige Passage nicht genug, wird in der Verordnung weiter ausgeführt, dass „bei der Ausführung des Haushaltsplans der Union durch die Mitgliedstaaten“ (...) „die

*Achtung der Rechtsstaatlichkeit eine wesentliche Voraussetzung für die Einhaltung der Grundsätze der wirtschaftlichen Haushaltsführung ist*“, und es wird weiter ausgeführt, dass die Überwachung der Einhaltung dieser Grundsätze der wirtschaftlichen Haushaltsführung ohne eine unabhängige Justiz nicht gewährleistet werden kann. Die Verordnung geht sogar noch weiter, indem sie die Bedingungen auflistet, unter denen man von der Unabhängigkeit der Justiz sprechen kann, obwohl die Organisation der nationalen Justizorgane nicht zu den Zuständigkeiten gehört, die der EU durch die Verträge übertragen wurden.

Wenn heute Polen und Ungarn besonders ins Visier genommen werden, weil sie von Konservativen regiert werden, die für ein Europa der Nationen sind und der Gender-Ideologie feindlich gegenüberstehen, wird natürlich bald jedes EU-Land der Erpressung durch die Europäische Kommission ausgesetzt sein, auch wenn die Nettoempfänger des europäischen Haushalts, also vor allem die ehemaligen osteuropäischen Länder, dem stärker ausgesetzt sein werden als die anderen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **10) „Die EU ist heute ein unrechtmäßiges Gebilde“**

23. 05. 2021



Bildungsminister Przemysław Czarnek · Fotoquelle: Remix News

***Die Schüler werden diese Tatsache im Geschichtsunterricht lernen, sagt der polnische Bildungsminister Przemysław Czarnek***

Minister Czarnek betonte, dass die polnische Geschichte im Geschichtsunterricht wahrheitsgemäß dargestellt werden muss.

Polen wird seinen Schülern nun beibringen, dass die Europäische Union als rechtmäßiges Gebilde begann, sich nun aber in ein unrechtmäßiges verwandelt hat, weil sie ihre eigenen Verträge und rechtlichen Rahmenbedingungen verletzt.

Laut einem Bericht von wnp.pl erfolgte dieser Schritt im Zuge der Bestrebung von Polens Bildungsminister Przemysław Czarnek, das Bildungssystem des Landes zu erneuern, um sich mehr auf den Nationalstolz zu konzentrieren, anstatt eine „Kultur der Schande“ zu kultivieren.

„Wir haben Europa als Polen und in vielen Bereichen viel gegeben. Das Wissen über dieses Thema ist begrenzt, und es scheint, dass es weiter verbreitet sein sollte, damit wir stolz sein können, Polen zu sein. Wir können nicht stolz sein, wenn wir unsere eigene Geschichte nicht kennen“, sagte der polnische Bildungsminister Przemysław Czarnek in einem Radio-Interview.

Als Teil des neuen Lehrplans werden die Schüler über die wichtigsten Ereignisse lernen, die das Schicksal des modernen polnischen Staates geprägt haben. Dazu gehören: Polens Beitritt zur EU, der Vertrag von Lissabon, Polens Funktionieren als Teil der EU und die Entwicklung der EU „von einer rechtmäßigen zu einer unrechtmäßigen Einheit“.

„Die EU ist heute ein unrechtmäßiges Gebilde, das sich nicht an seine eigenen rechtlichen Rahmenbedingungen hält. Das können wir deutlich sehen. Die Studenten werden darüber lernen, weil sie die Situation verstehen müssen, in der wir uns derzeit befinden“, erklärte Czarnek.

„Wir sollen die Pädagogik der Schande endgültig beenden und endlich eine Pädagogik des Stolzes aufbauen, so wie es jedes normale Land in Europa und der Welt getan hat.“

Der Minister sagte, dass die Geschichte wahrheitsgetreu dargestellt werden sollte, unter Einbeziehung aller Elemente der Geschichte der polnischen Nation, die nicht nur für die Polen, sondern für ganz Europa wichtig ist.

„Jedes normale Land und jede normale Nation ist stolz auf ihre Vorfahren und ihre Errungenschaften, und das müssen auch die Polen sein. Wir müssen die Pädagogik der Schande endgültig beenden und endlich eine Pädagogik des Stolzes aufbauen, so wie es jedes normale Land in Europa und der Welt getan hat“, sagte Czarnek.

Der Minister fügte hinzu, dass Polen ein Phänomen sei, da es eines der wenigen Länder sei, das 20 Jahre lang unter dem Diktat der liberalen Gazeta Wyborcza auf eine Pädagogik der Schande gesetzt habe. Er erklärte, dass es bei der Pädagogik des Stolzes darum geht, das Schöne in der polnischen Geschichte zu zeigen und dabei das Hässliche nicht zu vergessen. Dennoch dürfe das Hässliche nicht hervorgehoben und zu einem Merkmal der polnischen Nation gemacht werden, betonte er.

Quelle: [Remix News](#) (Autor: Grzegorz Adamczyk)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 11) EU will mehr legale Kanäle öffnen, um mehr Arbeitsmigranten aufzunehmen

22. 05. 2021



- Legale Migrationskanäle würden dazu beitragen, irreguläre Migrationsströme zu reduzieren und Schmuggler und Menschenhändler zu untergraben
- Bewältigung des Arbeitsmarktmangels und der alternden Bevölkerung in Europa
- Schaffung eines europäischen Talentpools, um Arbeitgeber mit potenziellen Arbeitnehmern zusammenzubringen

Ein EU-Rahmen für legale Migration würde eine geordnetere Zuwanderung fördern, benötigte Arbeitskräfte anlocken, Menschenschmuggel untergraben und die Integration fördern.

In einem Bericht, der mit 495 zu 163 Stimmen bei 32 Enthaltungen angenommen wurde, weist das Europäische Parlament darauf hin, dass die legale Migration in der Migrationspolitik der Union seit 2015 fast vollständig ignoriert wurde. Er weist darauf hin, dass der [neue Pakt zu Migration und Asyl](#) keine spezifischen Vorschläge in diesem Bereich enthält.

„Die EU und die nationalen Politiken zur legalen Migration sollten zuerst auf den Arbeitskräfte- und Qualifikationsmangel auf dem Arbeitsmarkt reagieren“, sagen die Abgeordneten und verweisen auf die alternde Bevölkerung und die schrumpfende Erwerbsbevölkerung. Sie fordern eine Überarbeitung der bestehenden Gesetzgebung und eine Ausweitung ihres Geltungsbereichs, da sie derzeit hauptsächlich hochqualifizierte oder gut bezahlte Arbeitnehmer und multinationale Unternehmen abdeckt, während nur die Richtlinie über Saisonarbeiter die Migration zu niedrigeren Löhnen abdeckt.

Der Text hebt die wichtige Rolle von Geldüberweisungen und die Vorteile einer sicheren, regelmäßigen und geordneten Migration sowohl für die Entsende- als auch für die Aufnahmeländer hervor. In Anbetracht des Risikos der „Abwanderung von Fachkräften“ schlagen die Abgeordneten vor, die zirkuläre Migration zu fördern, bei der der Migrant nach einer bestimmten Zeit in sein Herkunftsland zurückkehrt und aus beruflichen Gründen wieder ausreisen kann. Zu diesem Zweck sollte die Kommission den von anderen Ländern

angewandten Ansatz analysieren, z. B. punktbasierte Systeme. Darüber hinaus schlagen sie vor, ausländischen Arbeitnehmern längere Aufenthalte außerhalb ihres Gastlandes zu ermöglichen, damit sie leichter in ihr Herkunftsland zurückkehren können.

### **Ein EU-Talentpool für Arbeitnehmer aus Drittstaaten**

Um besser auf den Arbeitskräftebedarf oder -mangel auf den nationalen Märkten reagieren zu können, schlagen die Abgeordneten vor, einen EU-weiten Talentpool und eine Matching-Plattform zu entwickeln, die alle Sektoren und Beschäftigungsebenen abdeckt und als zentrale Anlaufstelle für Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Ländern, EU-Arbeitgeber und nationale Verwaltungen dienen würde.

Darüber hinaus empfiehlt der Bericht, die Bewertung und Anerkennung von Diplomen, Zertifikaten und anderen beruflichen Qualifikationen zu erleichtern und zu beschleunigen. Dies würde die Mobilität innerhalb der EU erhöhen, was wiederum zu Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt und zum allgemeinen Wirtschaftswachstum in den Mitgliedstaaten beitragen kann.

### **Zitat**



Sylvie Guillaume ·

*Foto: Martin Rulsch, Wikimedia Commons*

Während der Plenardebatte am Mittwochnachmittag sagte die Berichterstatterin [Sylvie Guillaume](#) (S&D, FR): „Ich möchte eine positive Botschaft zur Migration senden und ihre positiven Auswirkungen betonen, anstatt sich in fremdenfeindlicher Rhetorik zu verlieren. Migration ist eine demografische, wirtschaftliche und menschliche Realität, die Europa angesichts seiner alternden Bevölkerung und des Arbeitskräftemangels in mehreren Schlüsselsektoren braucht. Wir müssen bedenken, dass weniger legale Wege zur Migration zu mehr illegaler Migration führen, und die einzigen, die davon profitieren, sind die Menschenschmuggler.“

Quelle: [www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 12) Dr. Curio Analyse: Fachkommission möchte 40.000 Migranten nach Deutschland umsiedeln

30. 05. 2021

Die ‚Fachkommission Fluchtursachen‘ hat im Rahmen einer Bundespressekonferenz ihren Bericht vorgestellt, welcher mit zahlreichen Handlungsvorschlägen für diese, aber ausdrücklich auch für die kommende Bundesregierung aufwartet. Zentrales Motto ist dabei offenbar, die illegale Migration nach Deutschland zu verringern, indem man sie schlicht legalisiert.

<https://www.youtube.com/watch?v=b9csPm1y7f0&t=48s>

(Transkript des Videos:)

**Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU): „Die Flüchtlingskrise ist nicht vorbei. Ein total wertvoller Bericht mit klaren Analysen und Vorschlägen für die politischen Weichenstellungen für die kommenden Monate, aber insbesondere auch für die nächste Regierung.“**

Dr. Gottfried Curio: Die dortigen Forderungen und Handlungsempfehlungen lesen sich wie das Programm einer linksextremen Zuwanderer-Partei und übertreffen in ihren Forderungen sogar noch das Wahlprogramm der Grünen. Hier mal einige Punkte:

Erstens wird empfohlen, dass Deutschland mehr Flüchtlinge über Resettlement aufnehmen soll. Als Zielmarke wird null komma null fünf Prozent der eigenen Bevölkerung vorgeschlagen. Das hieße über 40 000 Umsiedlungen nach Deutschland im Jahr. Aktuell sind es fünfeinhalb Tausend. Bewusst verschleiern wird auf der Pressekonferenz immer wieder diese Größe null komma null fünf Prozent genannt, als wäre das wenig. Tatsächlich sind das über 5 Prozent eines Geburtenjahrganges in Deutschland und die ganzen anderen Zuwanderungswege kommen ja noch obendrauf mit akkumulierendem Effekt.

**Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der Fachkommission: „Und viertens schlagen wir eine internationale Resettlement-Allianz vor, um besonders schützenswerte Personen auf geordneten und legalem Weg aufzunehmen.“**

Dr. Gottfried Curio: Mitgliedsstaaten dieser Allianz sollen jedes Jahr ein bestimmtes Kontingent an anerkannten Flüchtlingen dauerhaft aufnehmen. Explizit wird auf die Globalen Pakte für Migration bzw. Flüchtlinge von 2018 verwiesen, deren Verpflichtungen unzureichend nachgekommen würde. Man höre und staune: diese angeblich unverbindlichen Pakte werden schon heute als Argumentationsanker benutzt, um eine Überfremdungs-Allianz in Europa durchzusetzen. Man sieht da 120 000 Resettlement-Zusagen pro Jahr durch eine solche Koalition als mittelfristig erreichbar. Offensichtlich hat man sich für einen deutschen Sonderweg entschieden. In Frankreich etwa stimmen laut Umfrage 58 Prozent dem Brandbrief der Generäle zu, die vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen warnen. Aber sicher wird Deutschland dann wieder für alle Unwilligen einspringen.

Zudem wird bemängelt, dass insbesondere Menschen mit geringen oder nicht formalen Qualifikationen kaum Möglichkeiten haben, auf legalem Wege zu migrieren. Es gelte, zusätzliche Möglichkeiten der Einreise für geringer qualifizierte Personen zu schaffen.

Warum Deutschland diesen Leuten überhaupt zur Migration verhelfen soll, bleibt schleierhaft. Hinter dieser offenbar vernunftfreien Politik verbirgt sich anscheinend die Maxime, grundsätzlich jeden Menschen auf dem Planeten, der vielleicht irgendwie Lust drauf hat, nach Deutschland zu holen und hier zu versorgen. Es wird erst eine moralische Verpflichtung konstruiert, um es dann als Missstand auffassen zu können, dass noch immer nicht allen Erdenbewohnern Einwanderungsmöglichkeiten nach Deutschland unterbreitet wurden.

Die von der Politik sonst immer angeführten wirtschaftlichen Gründe – Fachkräftemangel, Überalterung, Probleme, die mit internen Mitteln behoben werden könnten –, sind also anscheinend vorgeschoben, um im Schlepptau das eigentliche Ziel – mehr Einwanderung um jeden Preis – durchzusetzen. Und wie sollen die alle herkommen? Nun, im Bericht heißt es: Darüber hinaus sollte die Bundesregierung die Erteilung humanitärer Visa ausweiten, um Menschen in akuten Krisensituationen rasch zu helfen. Hier will man die Bürger mit Katastrophenbildern moralisch erpressen. Dabei ist Akuthilfe vor Ort weit einfacher zu organisieren als der Aufwand, den deutschen Sozial- und Verwaltungsapparat für die Folgen solcher Helicopter-Visa umzufunktionieren.

Und weiter. „Zudem sollte die Bundesregierung Möglichkeiten der Asylantragsteller in Drittstaaten außerhalb der EU prüfen.“ Motto lautet hier: Wenn es irgendwo auf der Welt Missstände gibt, soll Deutschland gleich mit Visa wedeln und die Last der ganzen Welt auf sich laden. In Eritrea freut sich dann irgendein Diktator auf Deviseneinnahmen durch Rücküberweisungen aus deutschen Sozialleistungen und hat natürlich kein Interesse daran, die humanitäre Lage vor Ort zu verbessern.

**Gerd Müller: „Die Bundesregierung sollte mit relevanten Herkunftsländern substantielle Migrationspartnerschaften abschließen, um auch sichere Wege der Migration zu schaffen.“**

Dr. Gottfried Curio: Regierungen sollen für politische Missstände und Misswirtschaft also auch noch belohnt werden. Welchen Nutzen bitte haben die Deutschen von solchen angeblichen Partnerschaften, die einzig bezwecken, immer noch mehr Zugangswege nach Deutschland zu schaffen?

Im Bericht heißt es weiter: „Angesichts der weltweit zunehmenden Zahlen Schutzsuchender sollte die Bundesregierung ihre Vorbehalte gegenüber einem Engagement von Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme überdenken. In Zusammenarbeit mit den über 220 deutschen Gemeinden, die eine Aufnahme von Flüchtlingen angeboten haben, sollte sie nach Wegen suchen, dieses Engagement zu würdigen und zu nutzen.“

Statt dieses staatsfernen Angebot am bestehenden Ausländerrecht vorbei als Engagement zu preisen, gehört es bloßgestellt als das, was es ist: Als linke Schaufensterpolitik auf Kosten der eigenen Bevölkerung, Selbstbeweihräucherung linker Provinzfürsten, die sich um die Folgen nicht kümmern wollen, explodierende Mieten, soziale Spannungen, kultureller Heimatverlust.

Weiter: „Die Bundesregierung sollte Geduldeten, die absehbar nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können, sichere Bleibeperspektive bieten und damit die Zahl ausreisepflichtiger Personen reduzieren. Wer illegal – denn Geduldete haben kein Bleiberecht – nach legal umetikettiert, senkt vielleicht die Illegalität auf dem Papier, sodass die Union von legal und geordnet herumschwadronieren kann. Das ist aber nur Planerfüllung nach dem Prinzip Augenwischerei: Gesetz weg, Gesetzesbruch weg. Es ändert nämlich gar nichts am zugrundeliegenden Problem, sondern verschärft es noch, dass

man sich ein Aufenthaltsrecht nämlich de facto ersitzen kann. Ein wesentlicher Pull-Faktor für illegale Zuwanderung. Dieselbe Fehlkonstruktion, die auch hinter dem sogenannten Spurwechsel steckt.

**Gerd Müller: „Aber es ist zu wenig, wenn Brüssel nur den Außengrenzschutz aufbaut und, was ich für fatal halte, die Seenotrettung ausschaltet und wir nicht mehr sehen, dass das Mittelmeer das Meer des Todes auch heute nach wie vor ist.“**

Dr. Gottfried Curio: Hierzu fordert der Bericht Deutschland sollte sich für eine europaweite Entkriminalisierung der Seenotrettung einsetzen. Bezeichnenderweise sieht man die Illegalität nicht aufseiten der Schlepper und ihrer Helfer. – das sind offenbar die Partner und Verbündeten der Bundesregierung, nicht Frontex und EU-Grenzländer. Dabei würde, wie in Australien, durch sofortige Rückführung die Zahl der Bootsmigranten schnell gegen Null tendieren und das Seenotrettungs-Gesetz schreibt Verschiffung schlicht in den nächsten sicheren Hafen vor.

**Gerda Hasselfeldt: „Wir schlagen drittens vor, Aufnahmeländer von Flüchtlingen und Migranten längerfristig und planbar durch neue mehrjährige Pakte zu unterstützen, mit dem Ziel, erstens Weiterwanderung zu verhindern und zum zweiten, dass die Flüchtlinge nach spätestens 10 Jahren keine öffentliche Hilfe mehr brauchen.“**

Dr. Gottfried Curio: Das heißt, Deutschland soll Migranten und sogenannte Flüchtlinge aus aller Welt und in aller Welt 10 Jahre lang versorgen, wo immer sie sitzen. Dass im Falle diese dann immer noch nicht Selbstversorger sind – nach den 10 Jahren – die soziale Unterstützung danach trotzdem weitergeht, bleibt natürlich klar.

Und welche Gründe sind denn nun fürs Migrieren nach Deutschland anzuerkennen?

**Gerda Hasselfeldt: „Die Hauptursachen sind Krieg, Verfolgung, Not, Perspektivlosigkeit. Dazu kommen aber zunehmend auch Konsequenzen aus dem Klimawandel, Umweltzerstörung, aber auch der demographische Druck oder schlechte Regierungsführung.“**

Dr. Gottfried Curio: Wenn man den letzten Grund hier hört – schlechte Regierung -, können Deutsche im Rahmen der Entwicklungs-Partnerschaft also auch bald anderswo auswärtig aufgenommen werden? Und Deutschland passt flächenmäßig 85 mal in Afrika hinein. Die Bevölkerungsdichte ist fünfmal höher. Warum sollte sich der demografische Druck in Afrika dann bitte nach Deutschland entladen dürfen?

**Gerd Müller: „Und es ist Corona. Diese Corona Pandemie hat 115 Millionen Menschen in absurde Armut zurückgeworfen.“**

Dr. Gottfried Curio: Hier weihnachtet es sehr und Müller will endlich die Gaben austeilen für migrationswillige Afrikaner. Um das den Deutschen schmackhaft zu machen, sucht er wie jeder gute Bauernfänger nach einem Anknüpfungspunkt aus der alltäglichen Erfahrung, um Vertrautheit zu suggerieren und daraus Scheinkonsequenzen zu ziehen. Dafür will er das absehbare Ende der Pandemie nicht abwarten, sondern permanente Zugangswege für eine temporäre Lage schaffen. Motto: Wie kann man Deutschland so schnell wie irgend möglich überfremden? Was ist ein universaler Grund, den praktisch jeder vorweisen könnte? Corona. Wer in diesen September also glaubt, CDU oder FDP wählen zu müssen, um Rot-Rot-Grün zu verhindern, der wird ein böses Erwachen erleben. Wohlgermerkt: Dieses Programm wurde von Urgesteinen wie Gerd Müller und Gerda Hasselfeldt aus dem angeblich stramm konservativen Unionsteil der CSU vorgestellt. In Wahrheit hat man sich

ideologisch längst den Grünen angeglichen und ist nicht einmal mehr bereit, auch nur hinhaltenden Widerstand zu leisten, ergeht sich vielmehr geradezu in einem Überbietungswettbewerb. Der angeblich unverbindliche Migrationspakt wird mit der Pedanterie eines Multi-Kulti-Musterschülers Punkt für Punkt umgesetzt. Es wird ausdrücklich betont, dass die Empfehlung in die Verhandlungen zur Regierungsbildung einfließen sollte, um schon in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt zu werden. Die Grünen werden bei den Koalitionsverhandlungen hinter diesen von der Union selbst vorgelegten Diskussionsstand nicht zurück gehen wollen. Wer CDU-CSU wählt, wählt Links-Grün.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **13) Paweł Jabłoński: Es geht um Prinzipien, nicht um aktuelle politische Vorteile**

Von Bogdan Sajovic

21. 05. 2021



Paweł Jabłoński · Foto: V4NA

*Wir sprachen mit Paweł Jabłoński, Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium, unter anderem über die Drei-Meere-Initiative (3SI), bilaterale Zusammenarbeit, die Pandemie und die Zukunft der Europäischen Union.*

**In der polnischen Regierung sind Sie unter anderem Regierungsbevollmächtigter für die Drei-Meere-Initiative. Was beinhaltet Ihre Arbeit?**

Kurz gesagt geht es um die ressortübergreifende Koordination der nationalen Politik gegenüber der Drei-Meeres-Initiative. Neben dem Außenministerium sind viele andere Institutionen involviert – angefangen bei der Präsidentenkanzlei, der BGK Entwicklungsbank, anderen Ministern in der Regierung, dem Parlamentsausschuss, Think Tanks und NGOs. Meine Aufgabe ist es, sie alle zusammenzubringen und die Kontakte zu meinen Amtskollegen in anderen Ländern zu pflegen.

**Können Sie die wichtigsten Erfolge aufzählen, die im Rahmen dieser Initiative bisher erzielt wurden?**

Ich würde zwei nennen. Erstens – das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer stärkeren regionalen Zusammenarbeit ist deutlich gestiegen. Vor 2015 konzentrierten sich viele der MOE-Länder hauptsächlich auf eine bessere Integration mit unseren westlichen Nachbarn. Und das ist keine schlechte Sache, denn diese Integration ist auch sehr wichtig. Aber wir müssen auch als Mitglieder, Partner und Freunde in Mitteleuropa viel enger zusammenarbeiten. Das macht jeden einzelnen von uns viel stärker. Und wir haben es bereits geschafft, von politischen Diskussionen zu praktischen, operativen Schritten überzugehen. Bisher haben wir fast 80 vorrangige Infrastrukturprojekte ausgewählt, die wir umsetzen wollen – viele davon sind bereits in einem fortgeschrittenen Stadium.

Die zweite große Errungenschaft ist die Schaffung und weitere Vergrößerung des 3SI-Investitionsfonds. Es ist ein Instrument, das bereits die Entwicklung von Infrastrukturprojekten in der Region ankurbelt. Ich bin sehr froh, dass Slowenien der zweitgrößte Beitragszahler des Fonds ist – es ist ein großartiges Beispiel für andere Mitglieder und zieht auch externe Investoren an.

**Was sind die Hauptkomplifikationen bei der Entwicklung der Drei-Meere-Initiative?**

Am Anfang gab es einige Verdächtigungen, ob dieses Projekt als eine Art Alternative für die Europäische Union organisiert würde oder sogar gegen die EU selbst gerichtet wäre. Das war natürlich völliger Unsinn, aber wir mussten gegen diese falschen Narrative ankämpfen. Ich denke, inzwischen ist jedem klar, dass eine stärkere regionale Integration tatsächlich die Ziele der europäischen Integration unterstützt, da sie den Zusammenhalt erhöht und viele wirtschaftliche Möglichkeiten bietet. Tatsächlich werden viele der Drei-Meere-Infrastrukturprojekte aus dem EU-Budget und dem NextGenEU-Instrument finanziert – zusammen mit nationalen Budgets und privaten Investitionen wird dies eine Synergie für eine stärkere Entwicklung in allen unseren Ländern schaffen.

Die Reise von Polen nach Slowenien, ob mit dem Auto oder dem Zug, dauert immer noch länger als sie sollte. Noch schlechter sieht es bei den Verbindungen in die baltischen Staaten oder nach Rumänien, Bulgarien und Griechenland aus. Das müssen wir verbessern, mit allen möglichen Mitteln – das ist eine Notwendigkeit.

**Wie beurteilen Sie die bisherige Teilnahme Sloweniens an dieser Initiative?**

Slowenien gehört von Anfang an zu den Führern der 3SI, und vor allem nach dem Ljubljana-Gipfel 2019 ist jedem klar, welche große Rolle Ihr Land zu spielen hat. Damals nahm die Idee für den Investitionsfonds ihre endgültige Form an, und später war es Slowenien, das sich entschied, dem Fonds mit dem größten Beitrag nach Polen beizutreten – und damit viele größere Volkswirtschaften übertraf. Wenn wir mit anderen Mitgliedern über die Intensität ihres Engagements in der Initiative diskutieren, verweisen wir sehr oft auf Slowenien als ein Beispiel, dem man folgen sollte.

**Wie ist die Haltung anderer EU-Mitglieder, insbesondere Deutschlands und Frankreichs, gegenüber der Drei-Meere-Initiative?**

Die Initiative hat in letzter Zeit viel an Zugkraft gewonnen, vor allem nach den Gipfeltreffen 2019 in Ljubljana und 2020 in Tallin. Deutschland ist bereits ein strategischer Partner, andere EU-Länder, darunter Frankreich, bekunden Interesse an gemeinsamen Investitionsprojekten, vor allem in den Bereichen Energie und digitale Infrastruktur. Auch

andere Länder engagieren sich stärker – zum Beispiel Japan, das seine wirtschaftliche Präsenz nach dem Brexit in Europa diversifizieren möchte. Wir sehen das sehr positiv – nach anfänglichen Zweifeln, was wir in Mitteleuropa schaffen, wird deutlich, dass unsere Region als Ganzes ein sehr attraktiver Investitionsstandort sein kann, auch dank der 3SI.

### **Wie ist die Haltung der Großmächte – USA, Russland, China – zu dieser Initiative?**

Die Vereinigten Staaten waren von Anfang an sehr unterstützend. Tatsächlich haben einige unserer Gegner die Initiative als ein amerikanisches Projekt abgestempelt. Sie ist zwar nicht amerikanisch, sondern mitteleuropäisch, aber wir genießen die Partnerschaft mit den USA – es ist sehr wichtig, sich daran zu erinnern, welche große Bedeutung auch die infrastrukturelle Entwicklung für die Sicherheit hat. Die Amerikaner verstehen das sehr gut, sie sehen die Zusammenarbeit mit dem 3SI auch als eine große Chance für ihren Wirtschaftssektor – daher die starke Unterstützung. Es ist erwähnenswert, dass diese Unterstützung parteiübergreifend ist – nach einer sehr starken Ermutigung durch Präsident Trump, genießen wir nun die gleiche Unterstützung von der Biden-Administration und auch vom US-Kongress. Im November wurde eine Resolution 672 zur Unterstützung von 3SI, die von demokratischen und republikanischen Gesetzgebern mitgetragen wurde, im Repräsentantenhaus einstimmig angenommen. Das ist eine starke Botschaft der Unterstützung für unsere Bemühungen.

Russland und China sind schwierigere Partner, aber ich möchte sehr deutlich sein – 3SI ist nicht als Werkzeug gegen irgendjemanden gedacht. Wir wollen in der Region zusammenarbeiten – und wir sind offen für die Zusammenarbeit mit verlässlichen externen Partnern.

Aber ich möchte auch sehr deutlich die Position Polens zur Politik von Herrn Putin darlegen. Seine Aktionen gegen die Ukraine, seine Versuche, politische Gegner zu töten, müssen verurteilt werden. Wir können sie nicht hinnehmen und so tun, als sei nichts geschehen. Sonst würden diese kriminellen Handlungen ihre beabsichtigte Wirkung erreichen.

### **Können Sie uns einige zukünftige Projekte innerhalb der Initiative verraten?**

Unser Hauptziel ist es, stärkere Verbindungen zwischen den Ländern unserer Region zu schaffen – in den Bereichen Transport, Energie und digitale Infrastruktur. Wir planen den Bau eines umfangreichen Eisenbahn- und Autobahnnetzes, das die baltischen Staaten über Polen mit der Adria und dem Schwarzen Meer verbindet. Wir sind froh, dass Slowenien viele solcher Projekte vorgeschlagen hat, darunter den Baltisch-Adriatischen TEN-T-Kernnetzkorridor, Schlüsselprojekte, die den Hafen von Koper mit den Schienen- und Straßennetzen der Region verbinden, neue Gas- und Energieverbindungen, die Slowenien mit Ungarn und Italien (HUSIIT), mit Ungarn, Rumänien, der Slowakei und Österreich (ROHU) und mit Kroatien (SINCRO.GRID) verbinden.

Bei der digitalen Infrastruktur werden wir uns auf 5G und Glasfasernetze konzentrieren, aber es gibt auch einen entscheidenden Aspekt – die Cybersicherheit. Unsere Region weiß aus erster Hand, wie wichtig es ist, widerstandsfähig gegen Cyberattacken zu sein – zwischen den Drei Meeren können wir ein Cybersecurity-Hub schaffen, das die Entwicklung von Software- und Hardware-Lösungen vorantreiben wird, die weltweit angewendet werden können.

Und schließlich die Förderung der Energiesicherheit durch die Diversifizierung der Gaslieferungen in unsere Region. Das ist immer noch eine enorm wichtige Aufgabe, aber gleichzeitig müssen wir über die Einführung von mehr kohlenstoffneutralen Energiequellen

nachdenken. Deshalb schlagen wir vor, Aktionen zu starten, die darauf abzielen, neue grenzüberschreitende Projekte im Bereich der Produktion, Verteilung und Nutzung von grünem Wasserstoff in unserer Region zu generieren.

**Wie würden Sie die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Slowenien und Polen bewerten?**

Ich kann mich an keine Zeit in der Geschichte erinnern, in der diese Beziehungen besser gewesen wären. Ich arbeite eng mit Premierminister Morawiecki zusammen und ich kann Ihnen sagen, dass er Premierminister Janša als einen der engsten Partner betrachtet. Der sehr fruchtbare jüngste Besuch von Herrn Janša in Warschau war ein weiterer Beweis dafür, ich weiß, dass unser Premierminister mit den Gesprächen sehr zufrieden war.

Aber nicht nur politisch – auch wirtschaftlich und gesellschaftlich verstehen sich unsere Länder sehr gut. Vor der Pandemie stieg die Zahl der polnischen Touristen, die Slowenien besuchten, stark an, und ich bin überzeugt, dass wir bald zu diesem Trend zurückkehren werden. Wenn es die Situation erlaubt, plane ich sogar, einen Teil meines diesjährigen Urlaubs in Slowenien zu verbringen.

**Ist für die Zukunft ein größeres bilaterales Projekt zwischen unseren beiden Ländern geplant?**

Während meines Besuchs habe ich viele solcher Projekte besprochen. Ich glaube, dass wir viel Potenzial haben, vor allem in der Logistik. Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen dem Hafen von Koper und den Häfen an der Ostsee kann für unsere beiden Länder von Vorteil sein, ebenso wie die Kooperation im Eisenbahnsektor. Auch im Bereich der Fluggesellschaften; LOT Polish Airlines, unsere nationale Fluggesellschaft, blickt mit großem Interesse auf den slowenischen Markt, und ich glaube, dass es, wenn die Erholung nach der Pandemie es zulässt, bald einen Markt für mehr Lot-Flüge aus Ljubljana geben könnte, und nicht nur nach Polen.

Wir schätzen die Zusammenarbeit im Bereich des Transports entlang des TEN-T Baltisch-Adriatischen Korridors sehr. Unser nationales Frachtunternehmen PKP Cargo ist in Slowenien durch seinen Vermittler Primol-Rail präsent.

Polen ist auch offen für slowenische Investoren. Der regulatorische Rahmen für wirtschaftliche Aktivitäten wurde mit der Einführung der Verfassung für Unternehmen und dem qualitativen System zur Unterstützung ausländischer Direktinvestitionen „Polnische Investitionszone“ gestrafft. Wir bieten großzügige Steuererleichterungen für Qualitätsinvestitionen, die sich auf Forschung und Entwicklung und die nachhaltige Schaffung von Arbeitsplätzen konzentrieren.

**Letztes Jahr nahmen Polen und Slowenien an den Verhandlungen über den Europäischen Konjunkturfonds und das EU-Budget teil. Können Sie uns mehr über diese Zusammenarbeit erzählen?**

Wir schätzen die slowenische Beteiligung an diesem Prozess sehr, insbesondere Premierminister Janša als entscheidende Stimme der Vernunft, seinen wichtigen Brief, in dem er auf die Notwendigkeit von Kompromissen hinwies, und dann seine Konsequenz während der Verhandlungen. Diese waren sehr hart, wahrscheinlich die schwierigsten in der Geschichte der EU. Dank einer solidarischen Herangehensweise Sloweniens, Polens und anderer Länder der Gruppe „Freunde der Kohäsion“ ist es uns gelungen, sogenannte

„sparsame“ Ideen zu überwinden, die den Haushalt kürzen, die Erholung nach der Pandemie behindern und einfach schädlich für die europäische Integration sein würden.

Die Haushaltsverhandlungen für 2020 sind der beste Beweis dafür, dass es sich lohnt, sich in unserer Region stärker zu integrieren. Trotz einiger Unterschiede, die man sich natürlich zwischen zwei Ländern aussuchen kann, eint uns so viel mehr. In Mitteleuropa teilen wir ähnliche Werte, und wir alle haben einen ähnlichen Hintergrund, sowohl in der alten als auch in der jüngsten Geschichte. Nachdem wir die kommunistische Herrschaft überwunden und erfolgreich die freie Marktwirtschaft aufgebaut haben, haben wir in den letzten drei Jahrzehnten Außergewöhnliches geleistet – aber wir brauchen noch mehr Zusammenhalt, um den Entwicklungsstand unserer westlichen und nördlichen Nachbarn aufzuholen. Und es ist gut, dass wir in der Lage waren, das zu verstehen und erfolgreich zusammenzuarbeiten, zum Wohle unserer Menschen.

### **Wie ist die Situation in Polen aufgrund der Pandemie? Was sind einige der größten Herausforderungen, denen sich Polen während der Pandemie stellen muss?**

Wie die meisten EU-Länder stehen wir vor großen Herausforderungen, sowohl im Bereich der öffentlichen Gesundheit als auch in der Wirtschaft. Im Moment sind wir viel optimistischer – die Impfung verläuft reibungslos (trotz geringerer als erwarteter Lieferungen seitens der Lieferanten), wir haben mittlerweile 15 Millionen Impfungen erreicht und bis zum Ende des Sommers sollten wir in der Lage sein, alle zu impfen.

Wirtschaftlich gesehen haben wir beschlossen, den größten öffentlichen Unterstützungsplan der Geschichte umzusetzen, um Arbeitsplätze und Unternehmen zu schützen. In den letzten 14 Monaten haben wir etwa 50 Milliarden Euro in das Programm „Anti-Krisen-Schutzschild“ gesteckt. Im März 2020 schätzten Experten, dass wir landesweit bis zu 5–6 Millionen Arbeitsplätze verlieren könnten. Das ist nicht nur nicht passiert, sondern wir haben es geschafft, die niedrigste Arbeitslosigkeit in der EU zu halten. Natürlich hat die Pandemie viele Unternehmen und Arbeitnehmer betroffen, aber ich bin überzeugt, dass wir nach der Rückkehr zur Normalität auch eine starke wirtschaftliche Erholung erleben werden.

### **Was sind die Pläne Polens für die Erholung von der Coronavirus-Pandemie? Auf welche Bereiche werden Sie sich besonders konzentrieren?**

Wir wollen nicht nur wieder aufbauen, was verloren wurde, sondern auch in neue, innovative Bereiche der Wirtschaft investieren, die uns zusätzliche Vorteile verschaffen. So schrecklich die Pandemie auch war, sie bietet auch Chancen, viele Wirtschaftszweige neu zu entwickeln. Wir werden in die Infrastruktur, intelligente Mobilität, den grünen Energiesektor und die digitale Transformation investieren. Wir wollen unsere Wirtschaft modernisieren und Arbeitsplätze schaffen. Auf der anderen Seite müssen wir den Lebensstandard unserer Gesellschaft verbessern. Um diese Ziele zu erreichen, werden wir private und öffentliche Investitionen mobilisieren, die Standards des öffentlichen Gesundheitssektors verbessern und in Hightech-Lösungen investieren.

Unsere Ziele gehen einher mit den Prioritäten der Drei Meere: Wir wollen uns auf eine stärkere Digitalisierung konzentrieren – wir haben bereits eine der am besten digitalisierten öffentlichen Verwaltungen und medizinischen Dienste. Eine weitere große Herausforderung ist die Energiewende. In den letzten zwei Jahren gab es einen großen Zuwachs bei der Solarenergie, wir wollen diesen Weg weitergehen und auch in andere emissionsarme Quellen investieren. Und schließlich ein sauberer und effizienter Transport. Mein Land ist bereits eine Drehscheibe für Elektromobilität, mit einem der größten Batteriehersteller in unserem Land – und das ist erst der Anfang.

**Globalisten und die Brüsseler Eurokratie greifen Polen seit einigen Jahren an und werfen Ihrem Land vor, europäische Prinzipien in den Bereichen Justiz, Medien und Migration zu verletzen... Wie stehen Sie zu diesen Vorwürfen?**

Die Gründe für diese Angriffe sind rein politisch. Den liberalen und linken Politikern gefällt es offensichtlich nicht, dass ihre Verbündeten in Polen die Macht verloren haben.

Wir haben die Wahl 2015 gewonnen, mit einem konservativen, aber auch reformorientierten Mandat. Dieses Mandat wurde 2019 erneuert, ganz zu schweigen von der Präsidentschaftswahl im letzten Jahr und einigen anderen Wahlen auf dem Weg dorthin. Das polnische Volk hat für eine umfassende Reform des Staates gestimmt, einschließlich des Justizsystems, das seit 25 Jahren nicht angerührt wurde. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus sollten die zuvor von der kommunistischen Regierung ernannten Richter – von denen viele an der Verfolgung von Mitgliedern der demokratischen Opposition beteiligt waren – plötzlich als unabhängige Hüter der Rechtsstaatlichkeit gelten. Eine magische Transformation, könnte man sagen. Obwohl sie offensichtlich nicht stattgefunden hat. Während viele Richter einfach nur ihre Pflichten erfüllten, gab es eine beträchtliche Anzahl korrupter Beamter – und das führte zu einem korrupten System. Wir haben begonnen, das zu ändern, und es wird immer noch sehr stark protestiert. Aber wir werden nicht nachgeben, denn wir müssen ein gesundes Justizsystem im Interesse unseres Volkes schaffen, nicht im Interesse der Eliten, die den Status quo unterstützen.

Wenn es um Migration geht, sind wir der Meinung, dass das Prinzip der Solidarität eine Zwangsumsiedlung nicht rechtfertigt – sie würde sogar weitere Anreize für illegale Migration und Menschenschmuggel schaffen. Ich bin froh, dass Polen und Slowenien diesen Ansatz teilen.

**Die gleichen Gruppen, die Polen seit Jahren angreifen, haben in letzter Zeit auch Slowenien angegriffen und unter Druck gesetzt. Kooperieren Slowenien und Polen bei der Zurückweisung dieses Drucks?**

Wir unterstützen jedes Land, das in seinem nationalen Interesse Reformen durchführen will, sehr. Das ist die Grundlage des vereinten Europas – das Streben nach Integration, aber mit Respekt vor der nationalen Identität und Souveränität. Polen wird Slowenien in diesen Belangen immer unterstützen, und wir sind froh, dass Slowenien uns in vielen Fragen zur Seite steht.

Unsere beiden Regierungen haben viele Gemeinsamkeiten, aber eine ist entscheidend: Werte, die tief in unserem demokratischen System verwurzelt sind, und die Sorge um unser Volk. Die polnisch-slowenische Zusammenarbeit ist in dieser Hinsicht äußerst wertvoll. Schließlich geht es hier um Prinzipien, nicht um aktuelle politische Vorteile, mit Blick auf die Zukunft Polens und Sloweniens. Die Würde des Menschen, das Recht auf Leben, der Schutz der Familien, die Freiheit der Rede, der Meinungsäußerung und des Glaubens – all das sind die axiologischen Grundlagen unserer europäischen Zivilisation. Es ist wichtig, dass Polen und Slowenen sie gleichermaßen verteidigen wollen.

**Könnten Sie uns abschließend Ihre Vision für die Zukunft Europas anvertrauen?**

Ich glaube, dass der Haupterfolg der europäischen Integration – die Verhinderung von Krieg auf dem Kontinent durch wirtschaftlichen Zusammenhalt – immer noch das Leuchtfeuer ist, nach dem wir alle streben. Europa muss sich auf die Zusammenarbeit im Handel konzentrieren und Barrieren einreißen, die den freien Wettbewerb behindern. Der gemeinsame Markt ist eine der größten Errungenschaften der EU. Er hat das

Wirtschaftswachstum auf dem gesamten Kontinent angekurbelt. Unser offener Markt mit 500 Millionen recht wohlhabenden Verbrauchern ist das, was manche als unser „passives Druckmittel“ im wirtschaftlichen Wettbewerb mit China, aber auch mit den Vereinigten Staaten bezeichnen. Wir sollten ihn stärker nutzen. Allerdings ist sein Potenzial noch nicht voll ausgeschöpft – vor allem in den Bereichen Dienstleistungen und Digitalisierung. Deren Bedeutung in der Weltwirtschaft nimmt (auch aufgrund der Pandemie) weiter zu, und die EU muss in diesem Bereich noch erhebliche Fortschritte erzielen. Der Abbau von Barrieren – auch von protektionistischem Verhalten innerhalb der EU – liegt im Interesse aller Mitgliedstaaten.

Leider gibt es in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten viele Ideen, sich auf die politische Integration statt auf die wirtschaftliche zu konzentrieren – und unsere Union in Richtung Föderalisierung oder sogar eines europäischen Superstaates zu drängen. Polen lehnt dies entschieden ab, da wir an die nationale Souveränität und die Bedeutung jedes einzelnen Staates als gleichberechtigtes Mitglied der Union glauben. Gerade jetzt beginnen wir eine Debatte über die Zukunft Europas. Ich glaube, dass nicht nur Polen und Slowenien, sondern auch viele andere in der Region eine starke Stimme in dieser Debatte haben müssen. Die Europäische Union wird von all ihren Mitgliedern geformt, und wir sind alle gleich – da wir bereits seit 17 Jahren in der EU sind, müssen wir lauter und deutlicher sagen, wie wir wollen, dass sie aussieht.

**DEMOKRACIJA**

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**14) Ausländische Journalisten zu den Angriffen der europäischen Linken auf Polen, Ungarn und Slowenien**

20. 05. 2021



Álvaro Peñas, Peter Tase, Cvetin Chilimanov, Mariann Óry - Foto: Twitter, Facebook, YouTube, persönliches Archiv

Wir haben Journalisten ausländischer Medien gefragt, warum die europäischen Mainstream-Medien Polen, Ungarn und Slowenien mit Galle attackieren und wer ihrer Meinung nach wirklich hinter diesen Angriffen steckt. So etwa wird Sloweniens Premierminister Janez Janša allein für die Verteidigung konservativer Werte angegriffen, und seine Politik wird als extrem abgestempelt...

**Alvaro Peñas, El Correo de España (Spanien):**

*„Wie Viktor Orbán sagt, hat die europäische Politik die Mitte nach links verschoben, so dass eine Regierung, die eine rechte oder konservative Politik formuliert, sofort als extrem abgestempelt wird. Aufgrund der Politik der Visegrad-Gruppe in Bezug auf die illegale Einwanderung, die auch Slowenien unterstützt, hat die Linke all diese Länder nach Belieben vereinnahmt und ihre gesamte Politik wird in Frage gestellt. Die Medien haben Polen als ein ultrakatholisches Regime dargestellt, das Homosexuelle verfolgt, und Ungarn als Diktatur. Der slowenische Premierminister Janez Janša wird wegen der Verteidigung konservativer Werte und seiner Freundschaft mit Orbán angegriffen, was die Medien als Beweis für Radikalität sehen. Die Wahrheit ist, dass diese Fake-News-Geschichten darauf abzielen, die Glaubwürdigkeit dieser Regierungen zu untergraben und die Wähler in ihren Ländern negativ zu beeinflussen.“*



Alvaro Peñas, El Correo de España - Foto: persönliches Archiv

*„Wenn man sich die verschiedenen Kampagnen anschaut, die gegen diese Länder durchgeführt wurden, findet man immer das gleiche Muster. Beschwerden von linken NGOs, Unterstützung dieser Beschwerden durch die Medien und eine Resolution, die den Bruch der Rechtsstaatlichkeit in der EU verurteilt. Die Frage ist also, wer diese NGOs, diese „zivilgesellschaftlichen“ Gruppen anführt, die dann die Medien beeinflussen und letztlich eine politische Reaktion in den Brüsseler Büros provozieren. Das ist es, was George Soros tut. Sein Geld finanziert Hunderte von NGOs, kauft die Medien, stellt Kandidaten für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte auf und fördert Politiker in der Europäischen Kommission. Seine Konfrontation mit Viktor Orban, der Soros‘ Open Society aus Ungarn vertrieben hat, und seine totalitäre globalistische Agenda sind die treibende Kraft hinter allen Initiativen gegen Länder, die nicht bereit sind, ihre Werte und nationale Souveränität zu verkaufen.“*

**Mariann Öry, Senior Editor und Redakteurin für Außenpolitik bei Magyar Hírlap (Ungarn):**

*„Es ist klar, dass Länder mit konservativen Regierungen, die eine souveräne Politik verfolgen und sich um ihre nationalen Interessen kümmern, oft von den sog. liberalen Eliten der EU und ihren Medien ins Visier genommen werden. Ihre wahren Motive verbergen sich oft hinter juristischen Erklärungen, aber sie haben eindeutig politische, ideologische Gründe oder verschiedene wirtschaftliche Interessen. Wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht, messen sie mit zweierlei Maß, und aufgrund des politischen Drucks auf einige Länder werden ihnen genau die gleichen Bedenken vorgeworfen, die bei den „alten“ Mitgliedstaaten völlig ignoriert werden.“*



Mariann Öry, Magyar Hírlap - Foto: Twitter

*„Es gibt ein Netzwerk von NGOs, Think Tanks und anderen Lobbygruppen, die ideologische Ziele verfolgen. In vielen Fällen setzen sie sich für die Interessen des Großkapitals ein.“*

**Peter Tase, freiberuflicher Journalist und Spezialist für internationale Beziehungen (USA):**

*„Der Einfluss der russischen Spionageabwehr und der wachsende Nationalismus der EU führen zu einer Verschiebung, die drei mitteleuropäische Länder (Slowenien, Ungarn und Polen) künstlich vom Rest Europas trennt. Die EU hat die Dinge weiter verkompliziert, weil sie weiß, dass die Regeln des Binnenmarktes nicht durchgesetzt werden, und die Eindämmung der chinesischen Viruspandemie war ein kontinentweites Fiasko. Auf der anderen Seite haben Polen, Ungarn und Slowenien wunderbare Arbeit geleistet, indem sie ihre Bevölkerung geimpft haben und ihre Politik zur Förderung des Wirtschaftswachstums fortgesetzt haben.“*



Peter Tase, freiberuflicher Journalist und Spezialist für internationale Beziehungen (USA):

*„Schädliche Strömungen wie die Bilderberg-Treffen und der amerikanische Milliardär George Soros sind negative Einflussquellen in den europäischen Medien und üben großen Druck aus, um ein negatives Bild von Slowenien, Polen und Ungarn in den internationalen Medien und europäischen Zeitungen zu fördern.“*

**Cvetin Chilimanov, mazedonischer Journalist:**

*„Ungarn, Polen, Slowenien und andere osteuropäische Länder sind Beispiele für andere europäische Länder, dass es einen anderen Weg gibt. Dass ein Land industrielle Regionen nicht dem Verfall und der Arbeitslosigkeit überlassen muss. Dass Stadtzentren keine polizeilichen No-Go-Areas sein sollten, in denen man sich nachts oder für den größten Teil des Tages nicht sicher bewegen kann. Dass es möglich ist, Grenzen durchzusetzen (Ungarn, Slowenien) oder ein starkes Einwanderungsprogramm aufzustellen (für Ukrainer in Polen und bis zu einem gewissen Grad für Einwanderer aus dem Balkan in Slowenien), von dem das Zielland trotzdem profitiert, weil die Einwanderer gut integriert sind und sich selbst Arbeit suchen und ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen – und nicht von Sozialprogrammen leben. Einfach gesagt: Budapest, Ljubljana und Warschau haben Brüssel, Washington, London und Berlin beschämt, weil sie sicher sind, weil ihre Wirtschaft dynamisch ist und weil die Öffentlichkeit patriotisch bleibt.*

*Aufgrund ihrer tragischen Erfahrung mit dem Kommunismus sind diese Länder von einer starken Skepsis gegenüber Ideologien geprägt, die ihnen von einem weit entfernten radikalen Zentrum aufgezwungen werden. Deshalb widersetzen sie sich der Einführung grüner Politiken oder Experimenten im Bildungssystem, die von Bürokraten ins Leben gerufen wurden, die die Kindererziehung verstaatlichen oder ganze Kulturen umdefinieren wollen, die Familienwerte und die Kirche untergraben und Bauern, Arbeiter und Geschäftsleute in Kabinenbewohner oder Couch-Surfer verwandeln. Obwohl der Westen immer noch reicher ist als der Osten, ist es klar, dass die Länder des Westens viel von ihrem Stolz und ihrem Zugehörigkeitsgefühl verloren haben. Politiker in westlichen Ländern kommen gelegentlich heraus und wollen den Niedergang abtun und verweisen stolz auf die Beispiele östlicher Länder, um zu zeigen, dass sich die Dinge ändern können und der Niedergang umkehrbar ist. Das führt dazu, dass sich die linken politischen Kräfte bedroht fühlen und gegen jedes Land reagieren, das zeigt, dass ein anderer Weg möglich ist.“*



Cvetin Chilimanov, mazedonischer Journalist - Foto: YouTube

*„Es ist eine seltsame Wendung in der Geschichte, dass eine radikale, schädliche Politik, die einst von Moskau ausging, nun von Brüssel und, in der Zeit demokratischer Präsidenten, von Washington offengelegt wird. Genau diese Machtzentren liegen offenbar in den Händen nicht gewählter Bürokraten – auch wenn der nominell Verantwortliche aus einer rechten Partei kommt –, die Medienkampagnen gegen rechtsgerichtete Länder wie Ungarn, Polen und Slowenien organisieren.*

*Der Plan für diese Kritik ist oft derselbe – die Führer dieser Länder werden nach demselben Muster angegriffen, die Nachrichten sind so identisch, dass man, wenn man die Namen des „autokratischen rechten Führers“ und des „charismatischen und modernen Oppositionellen“ weglässt, das Gefühl hat, immer wieder denselben Artikel zu lesen.*

*Die Geschichte hat die kleinen Länder Osteuropas die Gefahren ausländischer Zentren gelehrt, insbesondere Zentren mit antihumanistischen Agenden und Entwürfen, und hat sie gelehrt, ihre Souveränität und ihre Fähigkeit, sich selbst zu schützen, zu schätzen. Es ist offensichtlich, dass die Linke (oder ihre aktuelle Inkarnation in der rot-grün-grünen Regenbogenfarbe, die sie Liberalismus genannt haben) es ernst meint mit dem Ergreifen, Ergreifen und Festhalten an der Macht. Und sie glauben, dass jedes Land, das ihnen nicht blindlings folgt, ein rechtmäßiges Ziel für einen Regimewechsel und eine Farbrevolution ist, die durch voreingenommene Nachrichten eines kleinen Kreises von aktivistischen „Journalisten“ aus einer kleinen Gruppe von Nachrichtenmedien angeheizt wird. Nach dem ideologisch motivierten diplomatischen Druck kommen Geschäftsleute, die, obwohl ideologisch motiviert, auch einfache zukünftige Gewinne in den Ländern sehen, in denen sie die Regierung kontrollieren und einen Teil der Finanzierung für Proteste, parteiische Artikel und allgemeine Regimewechseloperationen bereitstellen. Auf Kosten ihres beträchtlichen Reichtums müssen einige aktivistische Milliardäre einen Gott-Komplex entwickelt haben, nachdem sie Jahrzehnte damit verbracht haben, sich mit nichts als Kumpanen und Diplomaten zu umgeben, die bereit sind, ganze Länder zu ihrem eigenen Profit und Vergnügen zu zerschlagen. Aber wie jeder ähnliche große Plan, diesen Teil Europas in der Vergangenheit zu verändern, wird auch dieser mit Sicherheit scheitern, und es bleibt die Frage, wie viel Schaden die Zielländer in der Zwischenzeit erleiden werden, während sie versuchen, ihre Unabhängigkeit zu bewahren und politische Unruhen, wirtschaftliche und politische Krisen und die Verbreitung schädlicher, radikaler Ideologien zu vermeiden.“*

**DEMOKRACIJA**

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) „Das Europäische Parlament ist das Opfer eines Besetzungsfehlers“

21. 05. 2021



Europäisches Parlament · Foto: Visegrád Post

***Enikő Győri: Am Ende müssen sich der gesunde Menschenverstand und das Gemeinwohl durchsetzen***

Ohne überhaupt darauf zu warten, im Besitz aller Konjunkturpläne der Mitgliedsstaaten zu sein, fordert das Europäische Parlament bereits das Recht, die Bewertung dieser Pläne zu ändern. – ***„Aus rechtlicher Sicht ist es für das EP unmöglich, über sein Überprüfungsrecht hinaus in dieses Verfahren einzugreifen. Und doch wird das Plenum, das diese Woche begonnen hat, Beschlüsse fassen, die zu einem Ausufern dieser Vorrechte führen werden. Letztes Jahr hat die Debatte über den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus ein ähnliches Spektakel hervorgebracht, als das Europaparlament versucht hat, die Verteilung der EU-Gelder zu politisieren“*** – so Enikő Győri gegenüber *Magyar Nemzet* nach der gestrigen Debatte im Europaparlament über die nationalen Konjunkturpläne. Die Fidesz-Europaabgeordnete äußert sich zu den Fake News rund um die laufenden Konsultationen zwischen Ungarn und der EU, zu den Besonderheiten des ungarischen Konjunkturprogramms sowie zur möglichen Rückkehr des Streits um die Rechtsstaatlichkeit.

– Mehrere Fraktionsvorsitzende des Europaparlaments (EP) wollen, dass diese Institution eine Rolle bei der Bewertung der von den Mitgliedsstaaten vorgelegten Konjunkturpläne erhalte: Laut dem EVP-Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber ist es notwendig, neben den bürokratischen Kriterien der Kommission auch politische Elemente zu berücksichtigen, während der liberale Dacian Cioloș während der gestrigen Debatte nicht zögerte, unverblümt zu erklären, dass er besonders an den

**Plänen Ungarns und Polens interessiert sei. Ist es nach dem letztjährigen Gerangel um die Rechtsstaatlichkeit wirklich eine gute Idee, weiterhin zu versuchen, die Frage des Wiederaufbaufonds zu politisieren?**

– Meiner Meinung nach ist das Europäische Parlament das Opfer eines Besetzungsfehlers – worauf ich in meinem schriftlichen Beitrag hingewiesen habe. Das Europaparlament will immer mehr: Es will immer Vorrechte in Bereichen erhalten, die es laut den Verträgen gar nichts angehen. Der Gesetzestext, aus dem der Wiederaufbaufonds hervorging, legt auch die Rechte des Parlaments in diesem Bereich klar fest: Gemäß dem Grundsatz der Transparenz hat das Europaparlament ein Kontrollrecht über die nationalen Pläne und muss von der Kommission über den Fortgang des Bewertungsverfahrens informiert werden. Auf der anderen Seite ist es die Europäische Kommission, die als Exekutivorgan in den nächsten zwei Monaten für die Bewertung der nationalen Pläne zuständig ist, die dann dem Europäischen Rat vorgelegt werden.

*Aus rechtlicher Sicht ist es daher unmöglich, dass das Europaparlament über sein Kontrollrecht hinaus in dieses Verfahren eingreift oder dass die Abgeordneten Zugang zu internen Dokumenten haben, zum Beispiel zu noch nicht endgültigen Bewertungen. Trotzdem ist das Plenum, das diese Woche begonnen hat, dabei, Beschlüsse zu fassen, die zu einem Ausufern dieser Vorrechte führen werden.*

Bei der letztjährigen Debatte über den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus kam es zu einem ähnlichen Spektakel, als das Europaparlament versuchte, die Verteilung von EU-Geldern zu politisieren. Und hier sind sie wieder und verfolgen ein ähnliches Ziel: Mitgliedsstaaten, die sie nicht mögen, aufgrund ideologischer Überzeugungen an den Pranger zu stellen. Aus der Debatte vom Dienstag habe ich jedenfalls den Eindruck, dass sich die Kommissare an den von den Verträgen vorgegebenen Rahmen halten und ihre Arbeit machen.

**– In den letzten Wochen, so berichten verschiedene der ungarischen Opposition nahestehende journalistische Quellen, gab es Streit bei den Konsultationen zwischen Ungarn und der Kommission über den ungarischen Konjunkturplan. Wie viel Wahrheit steckt in diesen Gerüchten?**

– Seit einigen Monaten gibt es einen ständigen Dialog zwischen unserer Regierung und der Kommission, und der Plan wurde im Lichte dieser Konsultationen entworfen. Meiner Meinung nach ist dies ein natürlicher Prozess, und

*es war nie die Rede davon, dass Brüssel in irgendeinem Bereich Nein zu uns gesagt hätte.*

Es gab nicht einmal eine wirkliche Verspätung: Die Kommission selbst hatte gesagt, dass das Datum des 30. April als Richtwert zu betrachten sei. Es lag auch im Interesse der Kommission, dass die Mitgliedsstaaten möglichst gute und damit umso leichter zu bewertende und zu akzeptierende Pläne vorlegen, damit sie so schnell wie möglich grünes Licht für die Mittelvergabe geben kann. Außerdem hatten in Ungarn mehrere hundert Organisationen die Möglichkeit, ihre Meinung zu dem Dokument abzugeben: Parallel zu den Verhandlungen mit der Europäischen Kommission haben wir auch die Sozial- und Regionalpartner konsultiert. Wir sollten auch nicht vergessen, dass dies eine neue Übung ist; die EU-Gesetzgebung zum Wiederaufbaufonds selbst enthält mehrere Dutzend Anforderungen für die Darstellung von Wiederaufbau- und Resilienzplänen. Es versteht sich von selbst, dass der Inhalt des Plans Änderungen erfahren hat, aber es gibt keinen Grund, sich vorzustellen, dass der Anschein solcher Änderungen etwas Skandalöses wäre.

*Es ist die ungarische Linke, die ohne jede Grundlage begonnen hat, zu heulen, zu versuchen, unseren Ruf zu beflecken und eine Kürzung der uns zustehenden Mittel zu bewirken.*

**– Verschiedene EU-Länder haben beschlossen, die nicht rückzahlbare Finanzierung des Konjunkturprogramms zu akzeptieren, jedoch ohne die Kredite aufzunehmen, die die andere Hälfte des Plans ausmachen. Im Fall von Ungarn, was war der Grund für diese Entscheidung?**

– Nach den Informationen, die wir im Moment haben, würde die Zahl der Länder, die auch den Kreditteil des Konjunkturpakets in Anspruch nehmen würden, höchstens sechs bis acht betragen. Die Niederlande zum Beispiel werden nicht einmal einen Sanierungsplan vorlegen, was auch kein Problem ist, da es auf EU-Ebene keine ausdrückliche Verpflichtung dazu gibt. In Ungarn sind wir nach sorgfältiger Abwägung der Marktgegebenheiten zu dem Schluss gekommen, dass wir auf diese Kredite nicht zurückgreifen müssen, da der Markt bei der Erreichung unserer Entwicklungsziele auf sich allein gestellt sein kann –

*und dass wir auf diese Weise freier arbeiten können, indem wir die ungarischen Bedürfnisse berücksichtigen. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist die Frage der Infrastrukturinvestitionen, die nicht immer den grünen Kriterien Brüssels entsprechen, die Ungarn aber – aufgrund seiner Rückständigkeit durch die kommunistische Vergangenheit – immer noch sehr braucht.*

Hier ist anzumerken, dass das Europaparlament die Kommission hätte auffordern können, bei der Bewertung der nationalen Pläne flexibel zu sein und die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu berücksichtigen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Kommission in Richtung Flexibilität und Berücksichtigung der Bedürfnisse der Mitgliedstaaten gedrängt werden sollte.

Ich denke, es ist auch wichtig zu betonen, dass die ungarische Regierung nicht plant, von ihrem Steuersenkungspfad abzuweichen. Die Krise hat das Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung des Landes etwas erhöht, aber unsere Leistung ist immer noch besser als der EU-Durchschnitt. Im Jahr 2019 – dem letzten Jahr vor der Krise – war die Wirtschaft in guter Verfassung, was ein lobenswertes Ergebnis ist.

*Es gibt allen Grund zu der Annahme, dass es für uns leichter sein wird als für die Mehrheit der Mitgliedsstaaten, auf den Weg zum Wachstum vor der Krise zurückzukehren.*

Wie Szabolcs Ágotházy, der Staatssekretär für die Investitionen der Europäischen Union, kürzlich erklärte, werden wir unseren Aufschwung unverzüglich mit unseren eigenen Haushaltsmitteln beginnen, ohne auf das grüne Licht aus Brüssel zu warten, denn das Wichtigste ist, dass das Geld so schnell wie möglich in die Wirtschaft fließt. Brüssel muss uns nur noch die notwendigen Mittel zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stellen.

**– Eine der Bedingungen des europäischen Wiederaufbaufonds ist die Ratifizierung des Eigenmittelverfahrens durch die Mitgliedsstaaten. In Ungarn bezieht sich der Text, der derzeit vom Parlament geprüft wird, unter anderem auf den im vergangenen Dezember von den Staats- und Regierungschefs verabschiedeten Kompromiss zur Rechtsstaatlichkeit. Warum war das notwendig?**

– Wir dürfen uns in dieser Frage keine Illusionen machen, insbesondere nach dem Kampf auf Leben und Tod, den das Europäische Parlament im letzten Jahr um den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus geführt hat. Der von den Staats- und Regierungschefs

verabschiedete Text ist sehr eindeutig, und es ist nicht möglich, die Entscheidungen der obersten Organe der EU zu ignorieren. Seitdem hat das Europaparlament jedoch innerhalb weniger Monate bereits zwei Entschlüsse angenommen, die diesem Text zuwiderlaufen, womit es seine Vorrechte missbraucht und das Machtgleichgewicht zwischen den europäischen Institutionen gefährdet hat. Da das Europaparlament ein politisches Gremium ist, wäre es in gewisser Weise falsch, davon überrascht zu sein.

*Aber am Ende muss sich der gesunde Menschenverstand und das Gemeinwohl durchsetzen.*

Von der Kommission kann man nur hoffen, dass sie sich nicht auf diese politischen Spiele einlässt – weder bei der Bewertung der nationalen Pläne noch beim Rechtsstaatlichkeitsmechanismus.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR NEMZET](#) (Autorin: Tamara Judi) und in deutscher Übersetzung bei [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**16) Linke Programme für eine „grüne Zukunft“ sind Programme für die Afrikanisierung Europas**

Von Jože Biščak

27. 05. 2021



Das Lake Turkana Wind Power Project im Loiyangalani District, Marsabit County, Kenia. Es liegt 600 km von Nairobi entfernt und ist in 12 Stunden mit dem Auto zu erreichen · Foto: [ltwp.co.ke](http://ltwp.co.ke)

Der Turkana-See befindet sich im Norden Kenias. Er ist der größte Wüstensee der Welt. Entlang der Küste, wo der Wind zwischen den Bergen Kulal und Nyiru immer stark ist, hat Kenya Power mit einem Konsortium aus afrikanischen und europäischen Unternehmen einen Korridor von 310 Megawatt Windkraftanlagen gebaut. Progressive Anhänger der grünen Agenda feierten in aller Welt orgasmisch. Das sei billige und saubere Energie, verkündeten sie.



Die Wahrheit ist, dass Kenya Power inzwischen mit einer Milliarde Dollar verschuldet ist und die Betriebskosten weiter steigen. Windparks in Kombination mit anderen erneuerbaren Energien (Geothermie und Solar) haben die Erwartungen nicht erfüllt. Und das, obwohl die Lobby der Erneuerbare-Energien-Theorie (hauptsächlich Grüne und Progressive aus europäischen Ländern) sagt, dass Kenia auf dem richtigen Weg ist. Die Wahrheit ist, dass sich alle (auch die Linkspartei, die auf ihrem kommenden Kongress den ökosozialistischen „Weg in eine grüne Zukunft“ debattieren wird) wenig um die Umwelt, geschweige denn um das Klima kümmern. Die Agenda für die Afrikanisierung Europas, bzw. der westlichen Welt insgesamt, wird immer deutlicher.



In Afrika leben 1,3 Milliarden Menschen, ein Fünftel der Weltbevölkerung. Aber Afrika verbraucht nur 4 % des gesamten Stromverbrauchs der Welt und etwa 600 Millionen Afrikaner haben keinen Strom. Das bedeutet nicht nur, dass der schwarze Kontinent keine Aussicht auf wirtschaftlichen Fortschritt hat, sondern auch, dass das Leben schlecht ist. Die Lösung liegt nicht in teuren Projekten der grünen Agenda, die Lösung liegt in billigen fossilen Brennstoffen. Dies wird durch Progressive aus aller Welt behindert, die erneuerbare Energien aus Afrika fordern (fast alle afrikanischen Länder sind Unterzeichner des schädlichen Pariser Klimaabkommens). So finanzieren die größten Bankinstitute und Finanzorganisationen keine Projekte mit fossilen Brennstoffen mehr, und einzelne europäische Länder haben aufgehört, kohle- und ölbasierte Pläne finanziell zu unterstützen.

Die Globalisten halten Afrika also absichtlich als armen Kontinent, was bedeutet, dass noch mehr Afrikaner versuchen werden, illegal nach Europa zu kommen und den alten Kontinent noch schneller zu afrikanisieren. Und die Progressiven wissen das sehr gut. Programme wie der „Weg in eine grüne Zukunft“ der Linken sind keine Programme zur Erhaltung der Umwelt und zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen, sondern ein Programm zur Afrikanisierung Europas.



Jože Biščak · Foto: Demokracija

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 17) Energie aus der Wüste?

Von Redaktion

25. 05. 2021



Solarpanele in der Wüste.

In regelmäßigen Abständen wird in den Mainstreammedien die Idee aufgegriffen, Sonnenenergie in der Sahara oder anderen Wüstengebieten zu ernten.

([www.spiegel.de/wissenschaft/technik/desertec-was-wurde-aus-den-solkraftwerken-in-nordafrika-a-1196664.html](http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/desertec-was-wurde-aus-den-solkraftwerken-in-nordafrika-a-1196664.html)).

Unter allen anderen Ideen die Sonnenenergie zu gewinnen, erscheint dieses Konzept auf den ersten Blick am sinnvollsten: Es gibt in der Sahara nahe am Äquator kaum einen Jahresgang der Sonneneinstrahlung. Wolken und Niederschläge sind in dieser Weltgegend auch selten. Es gilt letztlich nur den Tagesgang der vorhersehbaren Sonneneinstrahlung zu glätten, was wesentlich einfacher erscheint, als der fluktuierende Ertrag von Windrädern (siehe [klimaschwindel.net/Anzahl\\_Windrad/Windraddaten.html](http://klimaschwindel.net/Anzahl_Windrad/Windraddaten.html)), die unter Umständen tagelang still stehen können. Die Gebiete sind kaum bewohnt und irgendwelche Umweltschäden sind auch nicht zu erwarten. Lediglich das Klima könnte sich ändern, da sich z.B. Photovoltaikmodule wegen der vollständigen Absorption der Sonnenenergie stärker aufheizen als ihre Umgebung. Im „schlimmsten“ Fall könnte durch diese stärkere Erwärmung die Konvektion der Luft verstärkt werden und mehr Bewegung in der Atmosphäre der Wüste und somit mehr Niederschlag kommen.

Um diese Idee auf Schiene zu bringen wurde 2009 die Desertec Foundation gegründet, mit dem Ziel der Überprüfung der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität eines derartigen Unterfangens.

Dazu [Wikipedia](#):

*„Am 22. Mai 2015 begann die Desertec Foundation gemeinsam mit ihrem neuen Kuratoriumsvorsitzenden [Roland Berger](#) die nächste Phase der Realisierung der globalen Vision. Nachdem die GmbH die Machbarkeit der Vision aus Industrieperspektive in mehreren Reports bestätigte, sieht die Stiftung die Vision nun in der Implementierungsphase. Berger schloss hierfür am 22. Mai 2015 einen Generationenvertrag mit Jugendlichen aus aller Welt mit der Zielsetzung einerseits Wüstenstrom für den lokalen Verbrauch zu produzieren, andererseits dafür Bewusstsein zu schaffen, dass Wüstenstrom auch Industrienationen helfen kann, deren nationale Energiewende zu beschleunigen.“*

Dieses Zitat ist wohl das Eingeständnis, dass der ganze Plan komplett gescheitert ist. Das ganze Projekt ist das Ergebnis von irgendwelchen Traumtäncern, ohne Bezug zu irgendeiner Realität. Mit ein paar einfachen Überlegungen kann sich jeder selbst überzeugen, wieso dieses Projekt nicht durchführbar ist:

### **Angenommen der Energiebedarf Europas soll durch die Sonnenenergie in der Sahara gedeckt werden. Wie groß müssten die Flächen der PV-Module sein?**

Der jährliche [Energiebedarf Europas](#) beträgt derzeit 1551,9 Millionen Tonnen Rohöläquivalent. Dies entspricht  $18 \cdot 10^{12}$  KWh.

Die Solarkonstante beträgt  $1.367 \text{ /KWm}^2$ . Ein Quadratmeter Sonneneinstrahlung liefert somit  $1.367 \cdot 24 \cdot 365 = 11.975 \cdot 10^3 \text{ KWh}$  pro Jahr. Es werden somit rein theoretisch  $1.5 \cdot 10^9 \text{ m}^2$  oder  $1.500 \text{ Km}^2$  Fläche benötigt.

Bei dieser Flächenberechnung ist allerdings der Tagesgang der Sonne noch unberücksichtigt. Da die Kugeloberfläche viermal so groß ist wie die Querschnittsfläche, muss noch dieser Geometriefaktor vier bei starr montierten Solarpanelen berücksichtigt werden. Werden beweglich montierte PV-Paneele verwendet, so reduziert sich der Geometriefaktor um den Faktor 2. Allerdings erhöhen sich auch die Kosten für die Anordnung. Es werden daher bei starr montierten Paneelen  $6.000 \text{ Km}^2$  Fläche benötigt. Hier ist allerdings der Wirkungsgrad der Paneele selbst noch unberücksichtigt. Dieser beträgt z.B. 15%. Damit erhöht sich jetzt der Flächenbedarf auf  $40.000 \text{ Km}^2$ . Will man jetzt statt ein tageszeitlich alternierendes Stromangebot ein annähernd konstantes Stromangebot, so muss der Strom zwischengespeichert werden. Dafür kommt derzeit nur Wasserstoff in Frage, der erst durch Elektrolyse gewonnen wird und danach über Brennstoffzellen wieder in Strom gewandelt werden muss.

Der Wirkungsgrad dieses Prozesses beträgt etwa 40% Prozent. Dazu kommen noch Verluste durch die notwendige Verdichtung des Gases (12 Prozent). Es ergibt sich also ein Wirkungsgrad von 35 Prozent. Die notwendige Fläche steigt auf  $113.600 \text{ Km}^2$ . Hinzu kommen dann noch Übertragungsverluste. Diese betragen für die in Frage kommenden Entfernungen, im günstigsten Falle bei Übertragung mit einer Hochspannungs-Gleichstrom-Leitung ([de.wikipedia.org/wiki/Hochspannungs-Gleichstrom-%C3%9Cbertragung](http://de.wikipedia.org/wiki/Hochspannungs-Gleichstrom-%C3%9Cbertragung)) 14%. Die notwendige Fläche von PV-Modulen steigt somit weiter auf  $132.000 \text{ Km}^2$ !

### **Ist Solarthermie eine Alternative?**

Alternativ zu Photovoltaikpaneelen kann auch Solarthermie ([de.wikipedia.org/wiki/Sonnenw%C3%A4rmekraftwerk](http://de.wikipedia.org/wiki/Sonnenw%C3%A4rmekraftwerk)) betrieben werden. Das Sonnenlicht wird mit Parabolspiegel gebündelt und mit der konzentrierten Energie ein Medium (z.B.

Wasserdampf, oder ein Salz) erhitzt. Diese Anordnung kann die Wärme auch über Nacht speichern, womit die Speicherung über Wasserstoff entfällt. Allerdings sind die Flächenbedarfe für derartige Anlagen pro Energieeinheit um mindestens einen Faktor 100 größer, als bei einer Anlage mit PV-Paneelen. Für den Energiebedarf für Europa würde die gesamte Fläche der Sahara benötigt werden. Die Kosten für eine derartige Energieerzeugung sind nicht berechenbar.

Für Vögel sind derartige Anlagen tödlich. Jeder Vogel der in die gebündelte Sonnenstrahlung gerät, verschmort auf der Stelle. Großflächige Anlagen dieser Art bedeuten das Aussterben aller Vogelarten in dem betroffenen Gebiet.

Bei der Variante mit den PV-Modulen muss noch berücksichtigt werden, dass man nicht die gesamte Fläche in Einem auskacheln kann. Jedes Panel muss durch einen etwa 3 Meter breiten Fahrstreifen zugänglich sein. Hinzu kommt, dass man auf einer derart großen Fläche natürlich noch Straßen, Flughäfen und Siedlungen braucht. Auch muss bedacht werden, dass ein Teil der Paneele durch Sanddünen bedeckt sein wird, was sich allerdings nicht berechnen lässt. Man kann getrost davon ausgehen, dass sich der Flächenbedarf nochmals verdoppeln würde.

Die Kosten der Stromproduktion sind ebenfalls nicht berechenbar. Dabei sind die Kosten für die PV-Module selbst nur ein kleiner Teil der Gesamtkosten (etwa 1.000 Euro pro KWp). Nimmt man an, dass für ein KWp etwa 6m<sup>2</sup> PV-Module notwendig sind, so entsprechen die 132000 Km<sup>2</sup> etwa 22 · 10<sup>9</sup> KWp oder 22 · 10<sup>12</sup> Euro, oder **22 Billionen Euro!** Berechnet man die Investitionskosten pro installierter Kilowattstunde, so ergibt sich ein Preis von 1.2 Euro, oder auf 20 Jahre gerechnet etwa **6 Cent** nur für die PV-Module. Betriebskosten sind da nicht mitgerechnet! Derzeit kostet die Kilowattstunde am Strommarkt etwa **3.5 Cent**.

Hinzu kommen die Kosten für die Halterung jedes einzelnen Moduls in der Größenordnung der Kosten für die PV-Module, die notwendige Zwischenspeicherung, die Übertragungsnetze nach Europa, Straßen, neue Siedlungen, und und und! Man weiß einfach nicht, wo man mit dem Rechnen aufhören soll!

Damit wird klar, dass jeder Investor mit Restverstand sich von so einem Projekt schauernd abwendet und Herr Roland Berger unbedarfte Jugendliche für sein Projekt mobilisieren will!

**Wenn sich also die Stromproduktion in der Wüste mit PV-Modulen nicht rechnet, wie soll sich Selbiges in Europa rechnen?**

### **Produktion und Entsorgung vom PV-Modulen:**

Die notwendige Anzahl der PV-Module für ein derartiges Projekt übersteigt die derzeitige Weltjahresproduktion um das mehr als Hundertfache. Die notwendigen Basisstoffe, Silizium, Kupfer und Aluminium sind zwar ausreichend vorhanden, nicht jedoch die notwendigen Stoffe zur Dotierung des Siliziums: [Indium](#), [Gallium](#), [Tellur](#) und [Selen](#). In [Wikipedia](#) kann man über die Verfügbarkeit dieser Stoffe nachlesen:

**Bei den oben genannten seltenen Solarzellenmaterialien überschreitet der weltweite Verbrauch (Indium etwa 850 Tonnen, bei Gallium etwa 165 Tonnen) die jährliche Produktionsmenge.** Nachhaltigkeit sieht wieder einmal anders aus. Hinzu kommt, dass sämtliche PV-Module nach etwa 20 Jahren ersetzt werden müssen. Es ist also fraglich, ob auf der Basis der derzeitigen Technologien eine derartige Menge an PV-Modulen überhaupt produzierbar wäre?

Ungelöst ist natürlich auch die nachhaltige Entsorgung einer derartigen Menge an PV-Modulen. Die dafür notwendigen Anlagen müssen auch erst gebaut werden.

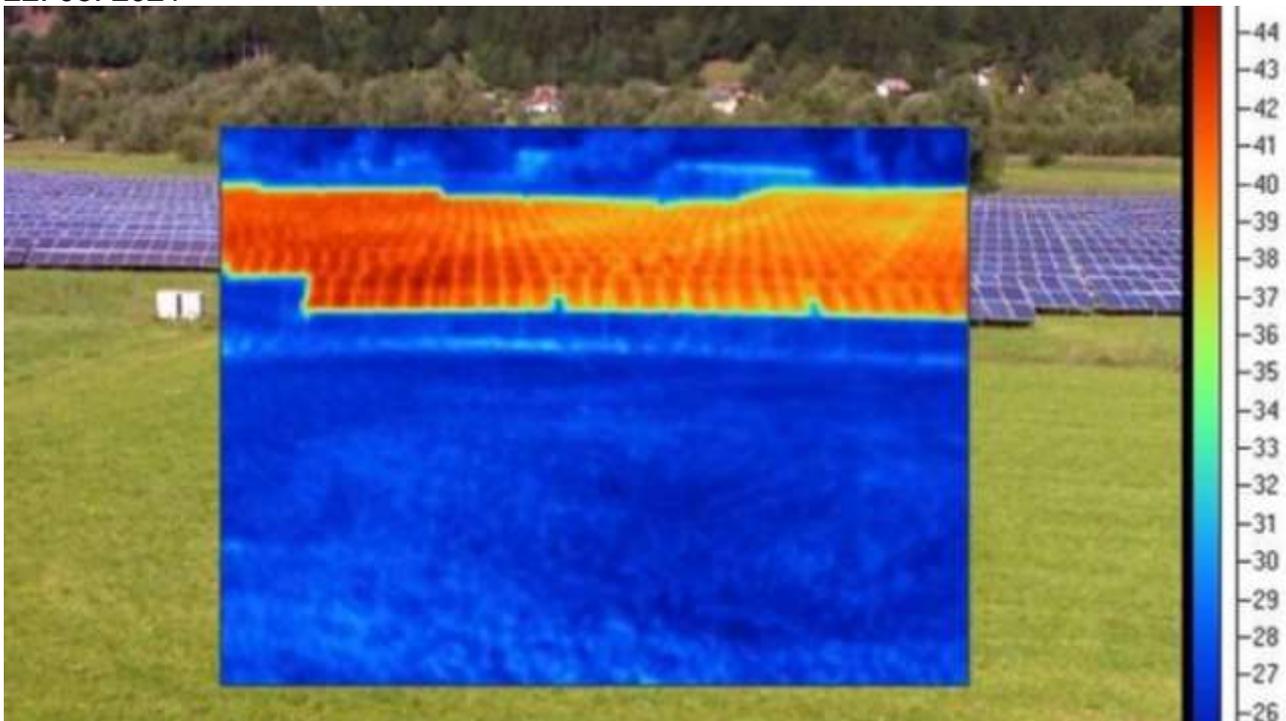
### Politische Probleme:

Ein weiteres Problem ist der politische Aspekt dieses Unterfangens: Wie will man derartig gigantische Investitionen, die dann für Europa lebenswichtig wären, absichern? Wäre eine militärische Besetzung notwendig? Müsste Europa Teile von Afrika wieder kolonisieren? Politische Konflikte sind fast unausweichlich!

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 18) Photovoltaikanlagen heizen Umwelt auf und verhindern Bindung von CO2

22. 05. 2021



Im Sommer kann man mit Hilfe einer Wärmebildkamera erkennen, dass die PV-Module wesentlich wärmer sind, als die benachbarten Grasflächen / Bild: [energiesdetektiv.com](http://energiesdetektiv.com)

### „Erneuerbare“ Energie statt Essen?

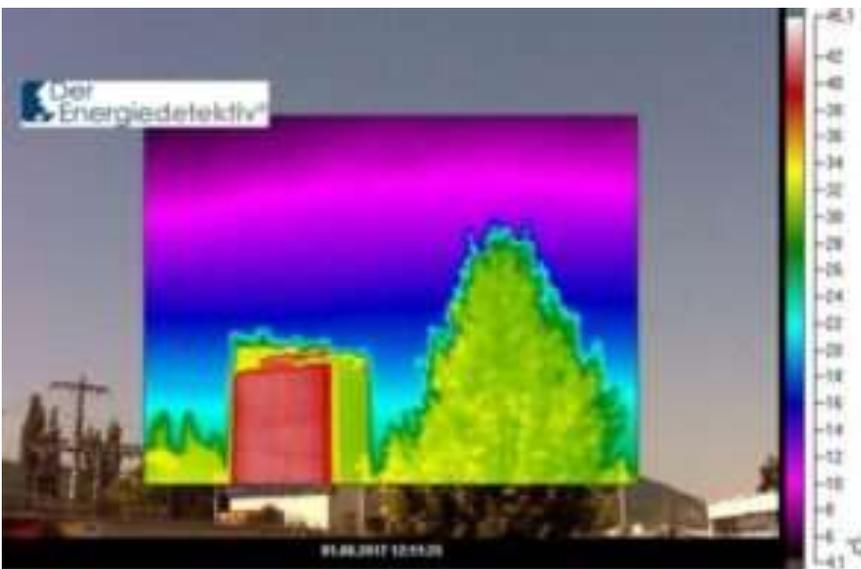
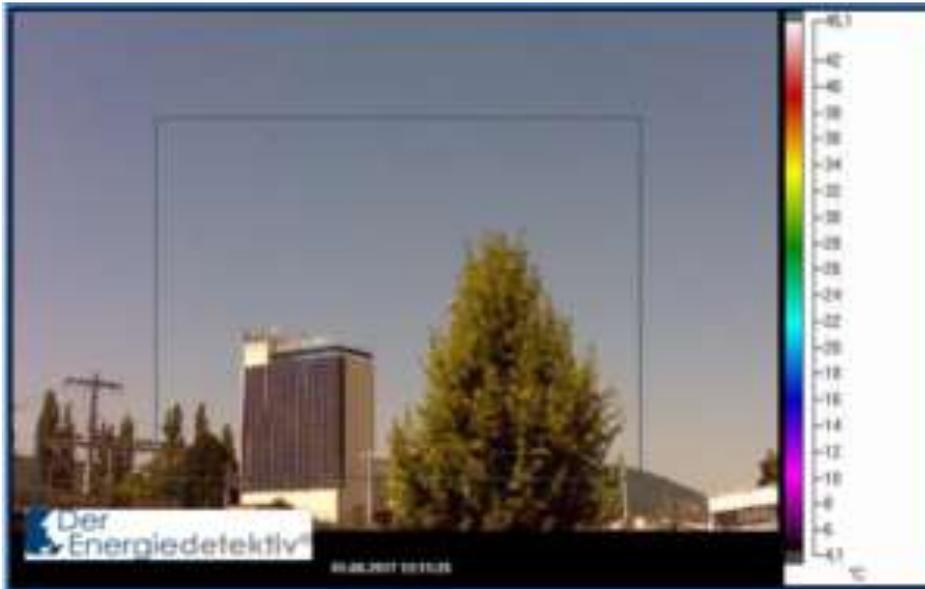
Man ist ja, wenn es um die Vorstellungen der Klimahysteriker geht, schon einiges gewöhnt, aber kaum hält man eine weitere Steigerung der Dummheit für möglich, wird man sofort mit neuen Torheiten im Namen des CO2-Schwindels (siehe [klimaschwindel.net](http://klimaschwindel.net)) überrascht.

Um den Absatz von Photovoltaikanlagen anzukurbeln, wird jetzt immer wieder der Vorschlag gemacht, [Ackerflächen mit Photovoltaikanlagen zuzupflastern!](#)

Dabei ist die Nutzung der Sonnenenergie durch Photovoltaikanlagen in unseren Breiten mehr als zweifelhaft:

## Photovoltaikanlagen auf Ackerflächen tragen zur Erderwärmung bei

Normalerweise wird ein Teil der eingestrahlten Sonnenenergie in den Weltraum zurückgestrahlt (Albedoeffekt). Dieser Albedoeffekt hängt naturgemäß von der Oberflächenbeschaffenheit ab. Werden Ackerflächen mit PV-Anlagen zugepflastert, so sinkt der Albedoeffekt. Der Grund ist klar: Die eingestrahlte Sonnenenergie wird von den PV-Modulen zur Gänze absorbiert und nur ein kleiner Teil von dieser Energie in Strom umgewandelt (etwa 15%). Die restliche Energie wird in der Form von Wärmestrahlung abgestrahlt. Im Winter kann man beobachten, dass in der unmittelbaren Nähe derartiger PV-Panels der Schnee schneller schmilzt, [berichtet EIKE](#), das Europäische Institut für Klima & Energie.



Auch an Gebäudeflächen erkennt man mit Hilfe einer Wärmebildkamera, dass Gebäudeoberflächen mit PV-Modulen wärmer sind, als an anderen Gebäudeteilen ohne PV-Module. (Bild: [energiedetektiv.com](http://energiedetektiv.com))

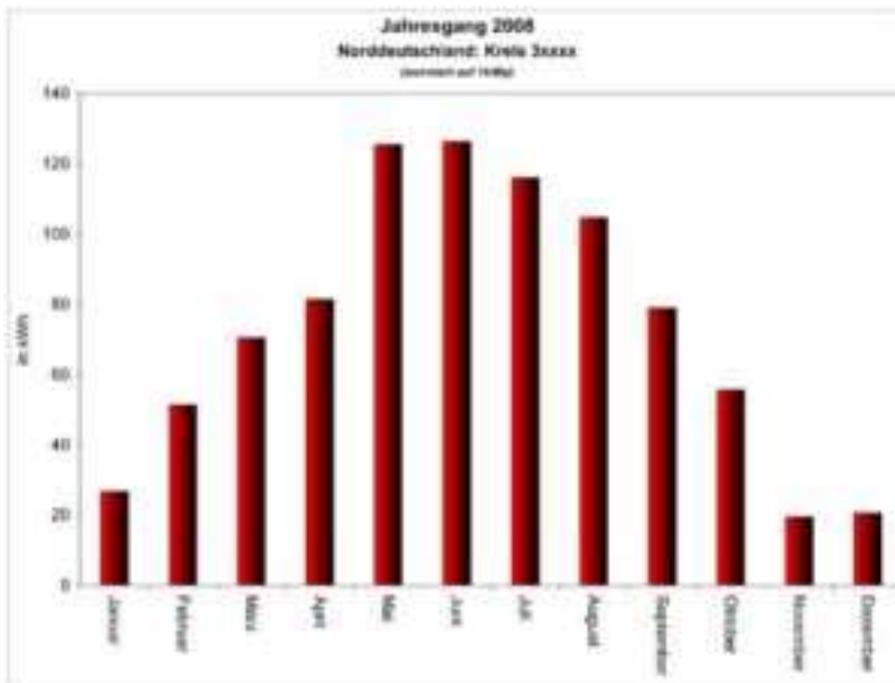
## Photovoltaikanlagen verhindern die Photosynthese

Da unter den PV-Modulen auf Grünflächen kein Sonnenlicht hinkommt, kann auf diesen Flächen auch keine Photosynthese und damit auch keine Bindung von CO<sub>2</sub> durch

Pflanzenwachstum stattfinden. Für CO<sub>2</sub>-Gläubige muss daraus zwingend folgen, dass auch aus diesem Grund PV-Module die Erderwärmung fördern.

### Photovoltaikanlagen haben einen starken Jahresgang und destabilisieren die Stromnetze

Nicht nur, dass in der Nacht bekanntlich keine Sonne scheint, hat der Energieertrag von PV-Anlagen in Deutschland und Österreich durch den niedrigeren Sonnenstand im Winter einen erheblichen Jahresgang (siehe untenstehende Graphik):



Jahresgang einer Photovoltaikanlage, Bild: wikipedia, SechWat

Daraus ergibt sich, dass in den Sommermonaten rund 2 bis 2,5 mal soviel Strom durch eine PV-Anlage erzeugt wird wie im Winter. Gerade im Winter wird aber vor allem durch die im Vormarsch befindlichen Wärmepumpen wesentlich mehr Strom verbraucht als im Sommer. Die Stromproduktion durch die PV-Anlagen verläuft also antizyklisch zum Verbrauch.

Zum Einsatz kommen aus Kostengründen hauptsächlich Luft-Wasserwärmepumpen, also Wärmepumpen, die die Wärme der Umgebungsluft anzapfen. Der Pumpprozess funktioniert jedoch nur bis zu einer bestimmten Tiefsttemperatur (beispielsweise -5°C). Darunter schalten diese Wärmepumpen automatisch auf den Modus Stromheizung um. Je kälter es im Winter wird, desto mehr Strom wird also gebraucht. Die Klimajünger interessieren sich jedoch nicht für solche Details. Man summiert den Ertrag einer PV-Anlage über das Jahr zusammen und errechnet dann nach Milchmädchenart, wie viele Haushalte man mit einer derartigen Anlage mit Strom versorgen könnte. Spätestens 2030 will man dann so weit sein, den Strombedarf mit alternativer Energie auf diese Tour zu decken.

Da jedoch der Einsatz von PV-Anlagen, so lange man sich auf Dachflächen beschränkt, naturgemäß begrenzt ist, sollen jetzt auch Ackerflächen herangezogen werden, um noch mehr nutzlosen Photovoltaik-Strom zu erzeugen, den man dann nach einem Zitat von Prof. Sinn im Sommer nur in der Elbe durch Tauchsieder verklappen kann. Dieser Unfug hätte zur Folge, dass Ackerflächen verknappen und noch mehr Lebensmittel und vor allem Viehfutter importiert werden müsste. Das von den Klimahysterikern immer wieder strapazierte Nachhaltigkeitsprinzip wird durch diesen Unsinn konterkariert.

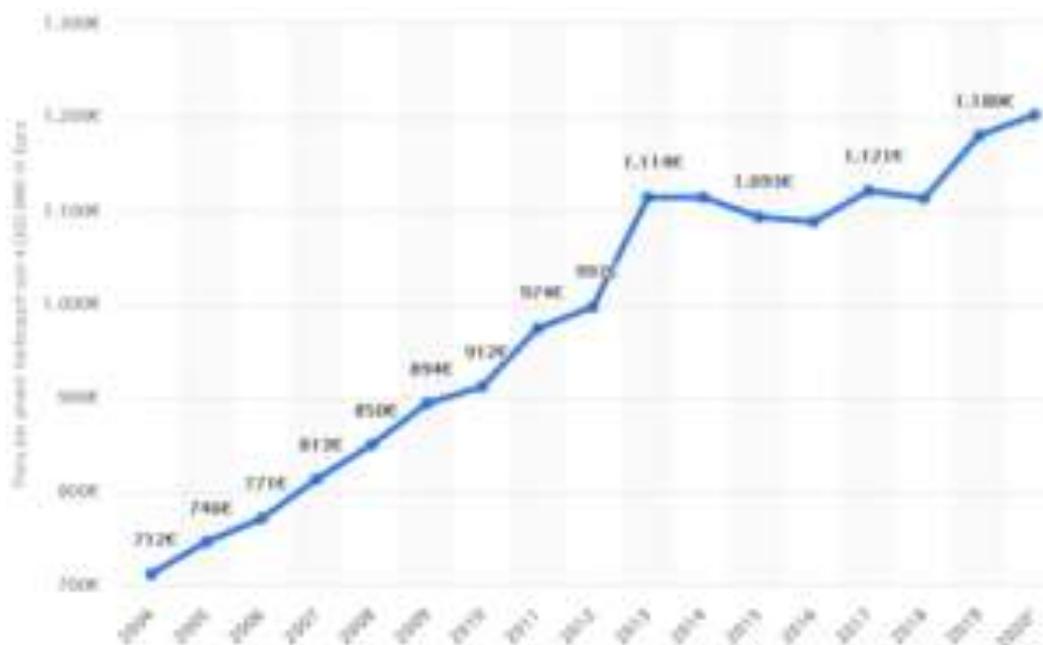
Dass sich dieser Unfug für die Betreiber überhaupt rechnet, ist eine Folge des absurden Energieeinspeisegesetzes, das die Einspeisung von fluktuierenden, die Stromversorgung destabilisierenden Wind- und PV-Strom gegenüber konventionellen Bandstromlieferanten bevorzugt. Diese müssen ihre Produktion zurückfahren, sobald der Wind weht und die Sonne scheint, jedoch bei Windstille, oder wenn die Sonne nicht scheint, wieder einspringen. Ist das Abschalten eines konventionellen Kraftwerkes nicht möglich, muss es seinen Strom unter Umständen zu negativen Strompreisen am Strommarkt anbieten. Dass die Betriebskosten der konventionellen Kraftwerke dadurch steigen, wird den Betreibern dieser Kraftwerke angelastet. Sie sind eben zu wenig flexibel! Kostenwahrheit sieht anders aus. Dieses Gesetz ignoriert physikalische und technische Notwendigkeiten und die Anforderung durch die Stromkonsumenten. Es ist ein Musterbeispiel für einen plansozialistischen und ideologiegetriebenen Irrsinn, der unsere Stromversorgung immer wieder an den Rand des Kollaps führt.

Ein weiterer grotesker Aspekt dieses Wahnsinns ist auch, dass die in Deutschland stillgelegten Kohle- und Atomkraftwerke zumindest zum Teil durch Gaskraftwerke ersetzt werden müssen, da man diese leicht nach Belieben ab- und anschalten kann! Ressourcenverschleuderung ist auch ein Teil der Wahrheit über die sogenannte „Energiewende“!

### Steigende Strompreise

Dieser plansozialistische Irrsinn beschert Deutschland den höchsten Strompreis für Privathaushalte in der ganzen Welt (derzeit 31,89 Cent/KWh). Deutschland ist somit, dank der alternativen Energien Strompreiselweltmeister (siehe [www.agrarheute.com/management/finanzen/deutschland-bleibt-weltmeister-strompreisen-573340](http://www.agrarheute.com/management/finanzen/deutschland-bleibt-weltmeister-strompreisen-573340)). Seit der Jahrtausendwende hat sich der Strompreis für die Haushalte mehr als verdoppelt!

Industrielle oder gewerbliche Großabnehmer beziehen in Deutschland Strom zu wesentlich günstigeren Konditionen (etwa die Hälfte des Tarifs für den Haushaltsstrom). Die deutschen Haushalte subventionieren somit auch noch gewerbliche und industrielle Stromabnehmer.



Entwicklung des Strompreises / Quelle: [Statista](https://www.statista.com)

## Netzzusammenbrüche

Durch den steigenden Anteil intermittierender Stromproduzenten wird das europäische Stromnetz immer instabiler. Sie dazu unseren Artikel „[Erdbeben im europäischen Stromnetz – Totalzusammenbruch nur knapp verhindert](#)“.

Eine Kombination aus Dunkelflauten (kein Wind, keine Sonne) und niedrigen Temperaturen, die den Verbrauch der Wärmepumpen in die Höhe schnellen lassen, könnte einen Netzzusammenbruch auslösen.

Fällt dann auch nur ein konventionelles Kraftwerk wie im obigen Zitat aus, ist ein europaweiter Netzzusammenbruch nicht mehr aufzuhalten, mit unabsehbaren Konsequenzen.

---

Fortsetzung folgt:

„Statt Photovoltaikanlagen: Sinnvolle Möglichkeiten Ackerflächen für die Energieproduktion umweltfreundlich zu nutzen“

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **19) Statt Photovoltaikanlagen: Sinnvolle Möglichkeiten Ackerflächen für die Energieproduktion umweltfreundlich zu nutzen**

Energetische Verwertung von Biomasse. Von Redaktion

24. 05. 2021



Idyllisch beleuchtet die Abendsonne die Biogasanlagen – dahinter glückliche Kühen. Eine Idylle die Klima-Hysterikern gefällt. *Bild: JoachimKohlerBremen / wikimedia / (CC BY-SA 4.0)*

Der vorangehende Artikel „[Photovoltaikanlagen heizen Umwelt auf und verhindern Bindung von CO2](#)“ beschrieb die Unsinnigkeit Ackerflächen für die Aufstellung von Photovoltaikmodulen zu missbrauchen. Dabei gäbe es andere Möglichkeiten Ackerflächen für die Energieproduktion zu nutzen, ohne dass die Lebensmittelproduktion und die Netzstabilität beeinträchtigt wird:

1.

1.

### 1. Energetische Nutzung von Stroh:

Stroh kann nach einem Verfahren der Firma Verbio-AG ([de.wikipedia.org/wiki/Verbio](http://de.wikipedia.org/wiki/Verbio), das ist jetzt keine Werbung für diese Firma) zu Biomethan vergoren werden. Derzeit gibt es in Deutschland 190 Anlagen, die Biomethan nach diesem Verfahren erzeugen.

Nach einer Pressemitteilung dieser Firma bleiben jedes Jahr allein in Deutschland acht bis 13 Millionen Tonnen Stroh ungenutzt – ein gewaltiges Rohstoffpotential für den Biokraftstoff von VERBIO: Mit dieser Menge Stroh könnten jährlich bis zu 5,5 Millionen Autos betrieben werden. Grundlage dafür ist das von VERBIO entwickelte und weltweit einzigartige Verfahren zur Monovergärung von Stroh in einer industriellen Anlage, die am Standort Schwedt/Oder bereits seit Oktober 2014 grüne Energie in das Erdgasnetz einspeist. Das Endprodukt Verbiogas kann als Kraftstoff für Erdgasfahrzeuge im Kommunal- und Privatverkehr sowie als alternativer Kraftstoff im Nutzfahrzeugbereich eingesetzt werden.

1.

1.

### 2. Biogas aus Zweitfrüchten

Sowohl in Deutschland wie auch in Österreich gab und gibt es bereits Versuche, Substrate für Biogasanlagen aus Zweitfrüchten zu gewinnen, die nach der Getreideernte im Juli angebaut werden und bis Ende Oktober Zeit zum Reifen haben ([stmk.lko.at/zweitfruchtanbau-nach-getreide+2500+3084841](http://stmk.lko.at/zweitfruchtanbau-nach-getreide+2500+3084841)). In Deutschland wird auf etwa sechs Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche Getreide angebaut. Würde man auf diesen Flächen eine Zweitfrucht anbauen, entspräche das einem Äquivalent von 165 Terawattstunden ((TWh).

Der Verkehr benötigt in Deutschland etwa 768 Terawattstunden. Allein mit Biomethan aus Zweitfrüchten und Stroh könnten also etwa 30 Prozent der für den Verkehr notwendigen Energie in Biogasanlagen erzeugt werden.

Zum Unterschied von Wind und Solarstrom kann man mit dem Biomethan bzw. Biogas Strom berechenbar und verbrauchsorientiert erzeugen. Strom aus Biogas würde die Stromversorgung in keiner Weise beeinträchtigen. Theoretisch besteht sogar die Möglichkeit mit Biogas Spitzenstrom zu erzeugen, als Ergänzung zum Zappelstrom von PV- und Windkraftanlagen.

Im Moment sieht man jedoch eine andere Möglichkeit vor, um die durch „Öko-Stromerzeugung“ auftretenden Stromengpässe zu korrigieren. Wenn gerade die Sonne nicht scheint oder es heißen wird, „alle Räder stehen still, wenn der Wind nicht blasen will“ drohen Stromabschaltungen:

## Spitzenglättung durch Stromabschaltung dank Smart Meter

Um einen Kollaps der Stromversorgung zu verhindern haben sich die Klimahysteriker eine neue Bosheit ausgedacht: Große Stromverbraucher wie Wärmepumpen oder Ladestationen für Elektroautos sollen bei Stromknappheit über Smart Meter vom Stromversorger zentral abgeschaltet werden können. Ein entsprechendes Gesetz ist derzeit in Diskussion. In der Fachliteratur wird dieser Vorgang euphemistisch als „Demand Side Integration“ bezeichnet. Wer immer über den Kauf eines Elektroauto nachdenkt, muss sich klar sein, dass man in Zukunft bei Windstille keinen Strom laden wird können.

## Die Energiewende ist bloß ein Gelddruckverfahren für Großkonzerne

Diese Beispiele zeigen, dass das plansozialistische Förderregime nur ganz bestimmte Möglichkeiten der Gewinnung alternativer Energien bevorzugt. Es sind nur jene Optionen, hinter denen starke Lobbys stecken! Anlagenbauer für Biogasanlagen und Biogasbetreiber haben jedoch keine Lobby. In Österreich stehen praktisch alle Biogasanlagen vor dem Aus (z.B.: [kurier.at/chronik/niederoesterreich/wieder-biogasanlage-am-ende/811.323](https://www.kurier.at/chronik/niederoesterreich/wieder-biogasanlage-am-ende/811.323))! Auch in Deutschland sieht es nicht viel besser aus ([www.topagrar.com/energie/news/laesst-die-politik-auch-die-biogasbranche-sterben-9373690.html](https://www.topagrar.com/energie/news/laesst-die-politik-auch-die-biogasbranche-sterben-9373690.html)). Insgesamt stagniert die Anzahl der Biogasanlagen sowohl in Deutschland als auch in Österreich.



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

## 20) Lega-Abgeordnete: „Keine Hilfe aus Brüssel bei Blockaden und Rückführungen“

28. 05. 2021



Italiens Innenministerin Lamorgese - Foto: VoxNews

Susanna Ceccardi, Mitglied des Europäischen Parlaments von der Lega Nord, zu neuen EU-Plänen: „Es ist gut, dass Kommissar Johansson einen Plan vorschlägt, aber ein Malta 2 wird die Probleme der Migration in Italien nicht lösen. Die Lösungen sind von anderer Art.“

### **Warum kann der von Europa vorgeschlagene Plan nicht funktionieren?**

„Als Matteo Salvini Minister war, kam ein Zehntel der Migranten an, die unter der letzten Regierung in Italien gelandet sind. Ich war damals seine Beraterin im Palazzo Chigi und beobachtete, wie sich alle seine Aktionen auf bilaterale Abkommen konzentrierten, um Anlandungen zu stoppen, denn das bedeutete auch, den Tod auf See zu stoppen. Eine echte humanitäre Aktion, jenseits dessen, was die Linke sagt. Darauf sollte sich ein Minister, der Grenzen, aber auch Menschenleben verteidigen will, konzentrieren. Daher ist die von Johansson vorgeschlagene Umverteilung nachträglich, denn die europäischen Länder akzeptieren sie nur, wenn sie anerkannte Asylbewerber sind. Der Rest liegt auf Italiens Schultern“,

### **Mit erheblichen Problemen...**

„Ja, denn Rückführungen sind sehr teuer für die Länder, die die Last auf sich nehmen, sie durchzuführen. Daher ist das, was der Kommissar vorschlägt, gut, aber sie hatten es mit Malta versucht und die Operation war nicht erfolgreich. Innenministerin Lamorgese hatte sich mit der Regierung Conte 2 sehr darauf konzentriert, aber das endete alles in einer Sackgasse. Europa muss bei der Umverteilung helfen, aber auch bei der Rückführung und der Blockade von Menschenhändlern mit den verschiedenen Operationen im Mittelmeer, wie zum Beispiel Frontex.“

**Warum sagen Sie, dass die früheren Malta-Vereinbarungen nicht funktioniert haben?**

„Zwischen Oktober 2019 und März 2021 wurden nur 990 Personen von 44.300 Anlandungen oder 2,2 % der Gesamtzahl auf Basis der Malta-Vereinbarungen umgesiedelt. Das Instrument der Umsiedlungen hat nicht nur nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht, sondern erlaubt auch eine Umverteilung nur derjenigen, die den Flüchtlingsstatus erhalten haben, ein Verfahren, das langwierig und beschwerlich ist und in vollem Umfang von Italy getragen wird, wo die Antragsteller auf die Erledigung ihrer Anträge warten. Welche Instrumente gedenkt die Kommission in Anbetracht dessen zu beschließen, um Italien dabei zu helfen, die Abreise illegaler Einwanderer aus Nordafrika zu einem Zeitpunkt noch vor beginnender Sommersaison zu stoppen? Welche Instrumente gedenkt sie einzusetzen, um Rückführungen zu unterstützen, da die Ergebnisse der Umsiedlungen nach den Vereinbarungen von Malta nicht ausreichen, um das Problem zu lösen?“

**Salvini landete vor Gericht, weil er versucht hatte, die Anlandungen zu verhindern**

„Grenzen zu verteidigen ist kein Verbrechen. Falls es jemand noch nicht bemerkt hat: Es ist eine globale Pandemie im Gange. Unsere Regierungen haben überall einige verfassungsmäßige Freiheiten außer Kraft gesetzt. Das einzige, was die EU nicht zu stoppen versucht, ist die irreguläre Einwanderung. Es gibt einige, die irregulären Personen erlauben möchten, frei und ohne Einschränkungen nach Europa zu kommen. Die EU muss sich dafür einsetzen, dass die Anlandungen gestoppt werden, oder sie wird wieder einmal für schuldig befunden werden.“

Quelle: Il Giornale (Printausgabe vom 27.5.2021, Autorin: Chiara Giannini)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 21) Die ungarische Familienpolitik ist auch in Italien ein Vorbild

27. 05. 2021



Marcia per la vita, Marsch für das Leben - Foto: Facebook

Italienische Mediziner und Ökonomen blicken mit Anerkennung und Neugier auf die ungarische Familienpolitik, wo sie die Erkenntnis sehen, dass die für die Familien ausgegebenen Mittel eine sichere Rendite darstellen. Das ungarische Modell, das durch Statistiken belegt ist, ist ein ermutigendes Beispiel für die Italiener, die in den letzten vier Jahrzehnten 6,5 Milliarden Euro ausgegeben haben, um sechs Millionen Föten *in utero* zu zerstören.

Abtreibung hat der italienischen Staatskasse enorme Kosten verursacht und sechs Millionen Leben im Mutterleib zerstört, so die neueste mehrjährige Studie, die in der Ruhmeshalle LUMSA der Päpstlichen Universität Rom, neben dem Vatikan, vorgestellt wurde. Die Studie, die von der Nichtregierungsorganisation Pro Vita & Famiglia veröffentlicht wurde, analysiert die Kosten der Abtreibung in den letzten 43 Jahren. 1978 wurde die Abtreibung in Italien legalisiert, und Ökonomen und Ärzte schätzen, dass es 5,6 Milliarden Euro gekostet hat, Schwangerschaften abzuberechnen. Die Experten wiesen auch darauf hin, dass die Abtreibung zu einer Reihe von Gesundheitsproblemen und einem starken Bevölkerungsrückgang geführt hat, mit negativen Rekorden Jahr für Jahr. Trotz alledem ist das Thema in der italienischen Gesellschaft ein Tabu. Nur wenige Menschen äußern sich angesichts der gespaltenen öffentlichen Meinung unverblümt zu den Verwüstungen der letzten Jahrzehnte.

- Das in Italien geltende Abtreibungsgesetz ist sexistisch und männlich chauvinistisch. Es lässt die Mutter mit den Schwierigkeiten einer ungeplanten und ungewollten

Schwangerschaft allein und erlaubt dem Vater, weiterzumachen, ohne Verantwortung zu übernehmen“, sagte Francesca Romana Poleggi, Direktorin der Zeitschrift Pro Vita e Famiglia.

- Die Gesellschaft sieht das Erwarten eines Kindes oft als ein unüberwindbares Problem, als eine Last. Das Gesetz bietet Frauen die Abtreibung als einzige Lösung an, unternimmt keinen Versuch, den Fötus zu retten, und ermutigt nicht zum Kinderkriegen.

- Politische Korrektheit verurteilt alles, was mit Abtreibung zu tun hat, zum Schweigen. Infolgedessen gab es nie eine Gelegenheit für einen objektiven Meinungsaustausch und eine Debatte über Abtreibung, frei von ideologischen Vorurteilen

- Das Geld, das für die Abtreibung ausgegeben wird, hätte für die Förderung des Kinderkriegens verwendet werden können. Wenn dieses Geld für die Unterstützung von Familien verwendet worden wäre, hätten wir heute einen Überschuss von 11,2 Milliarden Euro“, so Benedetto Rocchi, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Florenz. Rocchi wies darauf hin, dass das größte Problem Italiens die Entvölkerung ist, wobei das Überleben und das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes auf dem Spiel stehen.

- Es stellt sich zu Recht die Frage, ob diese Millionen Euro nicht für die Unterstützung von Familien und benachteiligten Müttern verwendet werden könnten, anstatt eine Kultur des Todes aufzubauen.

Auch die Botschafter Ungarns und Polens sprachen am Wochenende beim Marcia per la Vita (Marsch für das Leben) in Rom.

- Ich bringe Ihnen eine ermutigende Nachricht aus Ungarn. Es ist möglich, Familien zu unterstützen, es ist möglich, Ja zum Leben zu sagen“, sagte Eduard von Habsburg-Lothringen.

- Die ungarische Regierung verfolge seit neun Jahren eine familienfreundliche Politik und habe bedeutende Ergebnisse erzielt, sagte der Botschafter des Heiligen Stuhls und skizzierte die ermutigenden Statistiken. Es ist wichtig, die Menschen davon zu überzeugen, dass Kinder ein Geschenk an die Gesellschaft sind, aber finanzielle Unterstützung, Steuersenkungen und die Möglichkeit, ein Zuhause zu schaffen, sind unerlässlich. Es braucht einen Mentalitätswandel und Politiker, die bereit sind, ihren Glauben zu bezeugen, denn Glaube und Familie sind untrennbar“, sagte der ungarische Botschafter.

Quelle: [Magyar Nemzet](#) (Autor: Dalma Jánosi, Rom)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 22) Ich bin Giorgia

Von Álvaro Peñas

24. 05. 2021



Giorgia Meloni : Foto: La Voce del Patriota

Es war der 19. Oktober 2019 und vor mir, auf der Piazza San Giovanni, standen Tausende von Italienern, die nach Rom gekommen waren, um mit uns, der rechten Mitte, ihren „italienischen Stolz“ gegen die Geburt der zweiten Conte-Regierung zu demonstrieren, der x-ten, die über die Köpfe der Bürger hinweggegangen war. Auf dem Platz wehten die Fahnen von Fratelli d'Italia, Lega und Forza Italia gemischt in einem bewegenden Anblick. Ein Volk, das für sein Recht auf Zählung und Selbstbestimmung kämpfte, gegen diejenigen, die meinten, sie könnten die Institutionen nach Belieben benutzen. Auf der großen Bühne, die für die Demonstration aufgebaut wurde, vor zweihunderttausend Menschen, ergriff ich das Wort zwischen Silvio Berlusconi und Matteo Salvini, meinen Verbündeten. Ich sprach etwa zwanzig Minuten lang, aus dem Herzen heraus, dem Instinkt und der Leidenschaft folgend. Offensichtlich war der Ton der einer Kundgebung, aber ich habe, wie immer, versucht, eine Vision zu skizzieren. Bei dieser Gelegenheit wiederholte ich eine Formel, die ich schon bei anderen Veranstaltungen verwendet hatte. Ich habe über den Wert der Identität gesprochen und über die große Konfrontation, die sich in diesen Zeiten aufgetan hat zwischen denen, die sie verteidigen, wie wir, und denen, die sie zu zerstören suchen, wie unsere Widersacher. Ich erklärte, dass alles, was uns heute ausmacht, von der einen Denkweise als Feind betrachtet wird, und es ist kein Zufall, dass die Familie, das Heimatland oder die religiöse und geschlechtliche Identität angegriffen werden. Ich schloss mit diesen Worten: „Ich bin Giorgia. Ich bin eine Frau, ich bin eine Mutter, ich bin Italienerin, ich bin eine Christin. Das werden sie mir nicht wegnehmen.“

So beginnt *Io sono Giorgia. Le mie radici, le mie idee* (Ich bin Giorgia. Meine Wurzeln, meine Ideen), das Buch von Giorgia Meloni, Vorsitzende der Fratelli d'Italia (Fdi – Brüder Italiens) und der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR), das bereits 100.000 Exemplare (5 Auflagen) in zehn Tagen verkauft hat. Wie alles, was aus dem

Patriotismus kommt, aus der Opposition gegen die globalistische Agenda, wurde das Buch von den Kommissaren des Wahrheitsministeriums unter die Lupe genommen. In diesem Fall von den Analysten der Plattform Pagella Politica, einem italienischen Newtral, dessen Gründer, Alexios Mantzarlis, jetzt das Poynter Institute in den USA und das IFCN (International Fact-Checking Network) leitet, eine Organisation, die 2017 und nach eigenen Angaben 1,3 Millionen Dollar vom Omidyar Network und George Soros' Open Society Foundations erhalten hat.

Das Ergebnis ihrer Arbeit ist erwartungsgemäß und bereits im Voraus festgelegt. Das Buch sei irreführend, weil es „falsche Daten“ zur Einwanderung enthält. Schauen wir uns einige Beispiele für das an, was die Kommissare als „falsche Daten“ bezeichnen. Meloni behauptet, dass 700.000 illegale Einwanderer in Italien angekommen sind, eine unwiderlegbare Tatsache, aber die Gutachter weisen darauf hin, dass es nicht stimmt, dass es sich um illegale Einwanderer handelt, da einige von ihnen den Flüchtlingsstatus erhalten haben. Unabhängig davon, welchen Status eine Person erhält, sobald sie in einem Land angekommen ist, macht die illegale Einreise in ein Land sie zu einem illegalen Einwanderer. Die Kommissare verdrehen Worte in ihrem Sinne und lügen.

Ein weiteres Beispiel. Meloni behauptet, dass 90% der Neuankömmlinge Männer sind, aber laut den Experten von Pagella Politica ist diese Behauptung falsch und Männer würden nur 70–75% ausmachen, der Rest seien Frauen und Kinder. Der Haken liegt hier im Begriff „Kinder“. Nach Angaben des italienischen Innenministeriums liegt die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen bei etwa 20 %, und es handelt sich dabei meist um junge Menschen um die 18 Jahre, mit sehr wenigen Mädchen darunter. Daher ist Melonis Zahl von 90 % nicht weit von der Wahrheit entfernt. Die Kommissare lügen wieder.

Allerdings hat das Urteil der Kommissare keinen Einfluss auf den Verkauf und die Verbreitung des Buches gehabt. Hingegen haben die Medien aus einer linken Aktivistin, die eine kleine Buchhandlung „Le Torri“ in Tor Bella Monaca (Rom) betreibt und sich weigerte, Giorgia Melonis Buch zu verkaufen, eine „Heldin“ gemacht. Ein Heldentum, das eines Achilles würdig ist. Alessandra Laterza sagte, dass sie nicht die Absicht habe, Melonis Buch ins Schaufenster zu stellen, weil ihr deren Gedankenwelt nicht liegt, und gleichzeitig bekräftigt sie, dass sie lieber Bücher von einer „inklusiven“ Welt anbieten will. „Inklusiv“ bezeichnet natürlich diejenigen, die wie sie denken, für die anderen gilt die Kultur der Ausgrenzung...

Aber weder die Kommissare des Wahrheitsministeriums noch die inklusiven Zensoren können eine Tatsache ändern, nämlich die wachsende Popularität von Giorgia Meloni und ihrer Partei, und dass sie sogar für das Amt des Ministerpräsidenten von Italien kandidieren könnte. Wie der Experte für patriotische Bewegungen Lionel Baland betont, geben die Umfragen seit Monaten der Summe der beiden italienischen patriotischen Parteien, Salvinis Lega und Melonis Fdl mit 40% der Stimmen an, aber das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Formationen verändert sich. Die Lega hat bei den Europawahlen im Mai 2019 34,26% erreicht und liegt nun bei 21–22%, während die Fdl, die bei den Europawahlen nur 6,44% bekam, jetzt bei 19% liegen. Silvio Berlusconi's Forza Italia, das dritte Mitglied des Mitte-Rechts-Bündnisses, erhält mehr als 6,5%. Mit diesen Prozentsätzen würde das Bündnis die nächsten Parlamentswahlen, die für Mai 2023 geplant sind, gewinnen. Der Vorsitzende der Partei mit den meisten Stimmen sollte dann den Posten des Premierministers erhalten, und wenn der Trend anhält, könnten es die Fdl sein.

Eine Herausforderung, die Giorgia Meloni gerne annimmt. In einer kürzlich ausgestrahlten Sendung des öffentlich-rechtlichen Senders Rai 3 sagte Meloni, dass ihre ersten Maßnahmen im Falle ihrer Wahl eine Politik der Unterstützung von Unternehmen durch eine

Reduzierung von Steuern und Bürokratie sowie eine Politik zugunsten der Geburtenrate sein würden. Auch in der Frage der Einwanderung ist sie sehr klar, wie sie am 18. Mai angesichts der Vorfälle in Ceuta betonte: „Ich bin besorgt über das, was in Ceuta passiert, wo Tausende von illegalen Einwanderern auf spanisches Gebiet drängen. Ich bringe die Solidarität der Europäischen Konservativen mit dem spanischen Volk für diese inakzeptable Aggression zum Ausdruck und wiederhole, dass es keine europäische Zukunft geben wird, wenn die unkontrollierte Einwanderung nicht sofort gestoppt wird“. Der Stern von Giorgia Meloni geht weiter auf. Ihre Erfolge in der nationalen und europäischen Politik sind eine gute Nachricht für alle, die die nationale Souveränität und die wahren Wurzeln Europas verteidigen.

## El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **23) Admiral De Felice: Die Flaggenstaaten haben die Gesetze zu respektieren und müssen die Migranten aufnehmen**

Von Nicola de Felice, Konteradmiral (a.D.)

26. 05. 2021



Zehn NGO-Schiffe, die sich bereits auf See befinden oder im Begriff sind, ihre Anker zu lichten, steuern libysche Gewässer an und rufen damit die Menschenhändler auf den Plan, die, nachdem sie von den Migranten hohe Geldzahlungen erpresst haben, eifrig ihre menschliche Ware auf baufälligen Schlauchbooten losschicken, ohne Rücksicht auf zunehmende Todesfälle auf See zu nehmen.

Als alter Seemann musste ich natürlich an die Szenen in dem Film „Inferno dal mari“ denken, der vor einigen Monaten auf RAI Storia ausgestrahlt wurde und in dessen Mittelpunkt die Taktik des „Wolfsrudels“ stand, der Visitenkarte des deutschen Admirals Karl Dönitz, der treibende Kraft beim Aufbau von Hitlers U-Bootwaffe. Seine Taktik: Geschwader von U-Booten gegen Schiffskonvois auf dem Weg nach Großbritannien zu schicken, die Seewege zu kappen und den Feind dadurch wirtschaftlich zu erwürgen.

Jetzt hat sich das Szenario geändert, die Deutschen sind andere und die Insel auch. Die Beute ist jetzt die Insel Sizilien, von Europa ihrem Schicksal überlassen, als „Anlegeplatz“ für die Anlandung illegaler Einwanderer zu dienen. Wie ein Rudel Wölfe sind die NGO-Schiffe im Mittelmeer präsent: Die deutsche Sea Eye 4, die von der evangelischen Kirche finanziert und von der Nachfolgerpartei der kommunistischen Partei der DDR – Die Linke – betrieben wird, hat gerade 414 illegale Einwanderer in Pozzallo angelandet. Sie findet in der spanischen Open Arms gute Gesellschaft. Die andere deutsche Sea Watch 3 – die es sich früher schon mal herausgenommen hatte, Patrouillenboote der Guardia di Finanza zu rammen – segelt „in Erwartung ihrer Beute“ im sizilianischen Kanal und wartet darauf, dass sich zunächst die spanische Alta Mari füllt. Letztere wird sich hüten, in ihrem Heimatland aufzutauchen, denn Ministerpräsident und Linken-Chef Pedro Sánchez hat zuletzt schon die Armee eingesetzt, um illegale Einwanderer in Ceuta zurückzudrängen, und eine Geldstrafe von 900.000 Euro über diejenigen verhängt, die es wagen, mit illegalen Migranten in spanische Gewässer einzudringen. Und was ist mit den norwegischen Schiffen? Die Geo Barents, super ausgerüstet, um mit einer Ladung Illegaler nach Norwegen zurückzukehren (sofern sie das will), befindet sich bereits in der Straße von Gibraltar, um sich der ebenfalls unter norwegischer Flagge segelnden Ocean Viking anzuschließen, die eben ihre Motoren in Syracusa warmlaufen lässt.

Die Sea Watch 4 befindet sich in Trapani, während die anderen beiden deutschen Schiffe Alan Kurdi und Louise Michel (finanziert vom Multimillionär und Straßenkünstler Banksy, der von der Polizei vom Markusplatz gejagt wurde) noch in Borriana, dem spanischen Hafen der „Piraten des 21. Jahrhunderts“, vor Anker liegen. Und dann gibt es noch das italienische Schiff Mare Ionio in Venedig, wo gegen seinen ehemaligen Missionsleiter Casarini und 7 weitere Personen ermittelt wird, weil sie Migranten gegen hohe Geldzahlungen umgeladen haben. Sizilien wartet nun träge auf sein „Inferno dal mari“, das sich diesen Sommer an den Küsten, auf den Straßen, in den Städten ausbreiten wird, wo nach wie vor Schwärme von Nicht-EU-Migranten – einige von ihnen Covid-positiv – ziellos das Land durchstreifen, das einst das Land des Stauferkaisers Friedrichs II., seine „Perle des Westens“, war.

Dramatische Ereignisse, die mit staatlichen Maßnahmen vermieden werden können, die entschlossen und sofort getroffen werden müssten, um die Mitverantwortlichen dieser Tragödie festzunageln, nämlich die Flaggenstaaten, die rechtlich an den NGO-Operationen beteiligt sind. Ich bestehe darauf: Die Dublin-Verordnung der EU, die von den Mitgliedstaaten verlangt, Migranten bei ihrer ersten illegalen Überfahrt in Empfang zu nehmen, ist auf die Decks von denjenigen Schiffen anzuwenden, die unter der Flagge dieser Staaten segeln und somit das Hoheitsgebiet ihrer jeweiligen Flaggenstaaten darstellen. Andernfalls müssen wir einen Sommer voller Kontroversen, Rücktritte und Todesfälle auf See erwarten.

Quelle: IL TEMPO (Printausgabe vom 25.Mai)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 24) Marokko droht Spanien mit mehr Chaos

26. 05. 2021



Fotoquelle: Magyar Nemzet / MTI

Die marokkanische Regierung hat Spanien damit gedroht, dass, wenn Madrid das Feuer weiter anheizt und den Staatsfeind Marokkos Brahim Ghali heimlich freilässt, „die Krise noch schlimmer werden wird“. Während es in Ceuta am Wochenende vergleichsweise ruhig war, versuchten Hunderte von Menschen, die marokkanisch-spanische Grenze bei Melilla zu überqueren. Unterdessen plant die Regierung, Kinder, die zusammen mit der Flut von fast 10.000 Migranten angekommen sind, auf das spanische Festland zu bringen. Sie hat den Regionen einen Kredit in Höhe von fünf Millionen Euro angeboten, um dadurch deren Ernährung zu sichern.

Wenn Spanien Brahim Ghali auf die gleiche Weise außer Landes bringt, wie es ihn aufgenommen hat, „wird die Migrationskrise schlimmer als je zuvor sein“, drohte Marokko der spanischen Regierung am Wochenende. Brahim Ghali, Anführer der liberalen Bewegung Polisario Front, kämpft für die Unabhängigkeit der Westsahara und ist daher ein eingeschworener Feind Rabats. Spanien, das einen diplomatischen Konflikt riskiert, hat ihn heimlich in ein spanisches Krankenhaus gebracht, um ihn gegen eine Coronavirus-Infektion zu behandeln.

Die Entscheidung führte dazu, dass Marokko am vergangenen Montag die Kontrollen an der Grenze zu Ceuta aussetzte, wodurch innerhalb von drei Tagen fast 10.000 Menschen in die spanische autonome Stadt einreisen konnten, was zu einem enormen Chaos und Verwirrung bei der inneren Sicherheit führte.

Marokkos Botschafterin in Madrid, Karima Benyaich, sagte, dass Spanien, wenn es beschließt, Ghali heimlich und vor der Außenwelt verborgen aus dem Land zu schicken, mit Marokkos Feinden kollaborieren würde, was „zu einer noch ernsteren Migrationskrise

führen würde“. Gleichzeitig bedauerte sie, dass der spanische Außenminister Arancha González Laya sie seit Ausbruch der Krise nicht kontaktiert habe, um zu versuchen, die Situation zu lösen.

Ceuta hatte ein relativ ruhiges Wochenende. Am Sonntagnachmittag startete die Gendarmerie eine spezielle Operation im Hafen der Stadt, um Migranten abzufangen, die sich auf den Wellenbrechern verstecken und auf eine Gelegenheit zur Einreise warten. In Melilla hingegen mussten Polizisten am Wochenende mehrmals eingreifen. Innerhalb von fünf Stunden haben marokkanische Migranten sieben Mal versucht, den Grenzzaun zu durchbrechen. Die größte Gruppe bestand aus fünfhundert Personen. Die Regierung hat vierzig Gendarmen und fünfzig Polizisten geschickt, um den Zaun besser zu schützen. Auch Innenminister Fernando Grande-Marlaska reiste am Samstag nach Melilla, um den Einsatz der staatlichen Sicherheitskräfte zu koordinieren.

In der Zwischenzeit hat die Regierung autonomen Regionen, die bereit sind, einige der 1.500 Minderjährigen aufzunehmen, die während der Invasion in der letzten Woche in Ceuta ankamen, ein Darlehen von fünf Millionen Euro angeboten. Die Maßnahme wird bei einem interregionalen Treffen am Dienstag genehmigt, bei dem auch über die Verteilung des Betrags entschieden wird. Die Jugendlichen und Kinder werden nicht zurück nach Marokko abgeschoben, da sie in Spanien gesetzlich geschützt sind. Da aber die Aufnahmezentren in Ceuta voll sind, müssen mindestens 200 Menschen auf das spanische Festland verlegt werden. Die meisten autonomen Regionen haben ihre Bereitschaft signalisiert, Ceuta zu helfen, aber einige tun dies nur mit Zögern wegen der Kosten für die Unterstützung der Migranten.

Madrid zum Beispiel hat die Forderung der Regierung scharf kritisiert. Die von einer konservativen Mehrheit regierte Stadt ist nicht damit einverstanden, dass nach einer beispiellosen Migrationskrise, die durch das Sánchez-Regime ausgelöst wurde, die autonomen Regionalbehörden gebeten werden, bei der Unterbringung und Beaufsichtigung von Minderjährigen in einer Notsituation zu helfen. Madrid betontt, dass man zwar etwa zwanzig Kinder aufnehmen werde, dies aber nur „unter Zwang“ tun würde.

Quelle: [Magyar Nemzet](#) (Autorin: Brigitta Tóth, Alicante)

---

*Video zur aktuellen Lage in Ceuta und Melilla: spanische Sicherheitskräfte prügeln*  
<https://unser-mittleuropa.com/marokko-droht-spanien-mit-mehr-chaos/Invasoren-nieder>

<https://unser-mittleuropa.com/marokko-droht-spanien-mit-mehr-chaos/>

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**25) Dr. Gottfried Curio: Vor uns die Sintflut – wie die nächste Massenmigration vorbereitet wird**

23. 05. 2021

*Die Migranten-Attacke jüngst in Ceuta, wo 8000 Afrikaner widerrechtlich nach Spanien eindringen, zeigt, dass das Thema illegale Massenmigration nach Europa unverändert aktuell ist. Dabei bemühen sich die zwangsfinanzierten Regierungssender sonst generell darum, das unveränderte Migrationsgeschehen in Corona-Zeiten in der Unsichtbarkeit zu halten – General-Motto: wir haben es endlich „geschafft“ (frei nach Angela Merkel). Offensichtliches Kalkül dabei ist, das Thema bewußt medial und politisch unter der Wahrnehmungsschwelle zu halten, damit die AfD in Umfragewerten kleingehalten wird – gerade in einem Superwahljahr. Und das auch noch, wo die EU aktuell die verheerendsten Ausweitungen forcierter illegaler Zuwanderung auf den Weg bringen will. Sehen sie hierzu einen Vortrag von Dr. Gottfried Curio, innenpolitischer Sprecher, im Rahmen einer Veranstaltung des Arbeitskreises Inneres der AfD-Bundestagsfraktion.*

<https://unser-mittleuropa.com/dr-gottfried-curio-vor-uns-die-sintflut-wie-die-naechste-massenmigration-vorbereitet-wird/>

(Transkript:)

Meine Damen und Herren!

Die Realität der Ereignisse holt einen an so einem Tag wieder ein. Wir alle haben die Meldungen aus Ceuta, der spanischen Exklave in Marokko, gehört. Dort sind also in einer einzigen Bewegung 6 000 Migranten auf spanisches Territorium eingedrungen, schlicht weil sie von der marokkanischen Regierung und ihren Kräften nicht aufgehalten wurden. Dahinter steckt eine politische Absicht. Es geht gar nicht darum, was die konkreten politischen Hintergründe sind, was die spanische Regierung gemacht hat, was den Marokkanern nicht gefällt. Anscheinend sind diese afrikanischen Migranten wohlfeil als politisches Druckmittel, als politische Waffe.

Etwas, was wir sonst von der anderen Seite des Mittelmeers sehr gut kennen. Vor gut einem Jahr, März-April 2020, hatte Erdoğan eine ähnliche Aktion unternommen, wo er in Bussen mal eben Migranten an die griechische Grenze verfrachtet hat. Das ist also ein politisches Druckmittel der Tagespolitik und wir werden das heute noch auf vielfältige Weise ausleuchten. Ich halte heute den ersten Vortrag dazu und will deshalb erst einmal die vielen verschiedenen Dimensionen, die das Thema birgt, überhaupt aufreißen. In einem ersten Teil spreche ich zu den zahlreichen Fehljustierungen in den verschiedenen Dimensionen der Migrationspolitik mehr technisch: Welche Stellschrauben gibt es da? Und danach dann dazu, was diese unbestritten forcierte Massenmigration für Deutschland, für die deutsche Gesellschaft bedeutet? Und am Schluss will ich noch einen Ausblick geben in dieser kleinen Einleitung als Impulsvortrag, welche politischen Konsequenzen jetzt gezogen werden können, in Europa, in Nachbarländern, aber auch hier in Deutschland von verschiedenen Kräften.

Lassen Sie uns also beginnen. Wie wir alle wissen, wird das Asylrecht zu großen Teilen eben leider auch missbraucht, um illegal in die EU einzuwandern. Wie wird das angetrieben? Wie wird das befeuert? Nun, durch hohe Sozialleistungen und Anerkennungen von Phantasie-Flüchtlingen werden massenhaft Migranten aus afrikanischen und islamischen Ländern ins Land gelockt. Und jetzt kommen wir gleich zu einer ersten Dimension des Themas: Fluchtursachen bekämpfen. Es ist tatsächlich auch

ein Haushaltstitel. Was damit gemeint ist, sind leider einfach europäische Geldspritzen in die Heimat und Herkunftsländer. Das ist ungefähr ein Diebstahl von 25 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren am deutschen Steuerzahler. Die bekämpfen natürlich gerade nicht Fluchtursachen, denn europäisches Sozialniveau wird dort vor Ort so nie erreicht. Was aber geschieht ist, dass mehr Reisemittel für die Schlepperwege geliefert werden. Damit zusammenhängend: Finanzielles und die Situation in den Herkunftsländern, das Thema der Rücküberweisungen der Transferleistungen. Für viele afrikanische Staaten übersteigen diese Transferleistungen der bereits hier Zugewanderten sogar die Entwicklungshilfe und sind ein ganz wesentlicher Bestandteil der dortigen Staatshaushalte. Die Migranten unterstützen über diese Geldtransfers ihre Familien in der Heimat, die umgekehrt erst die illegale Migration finanziert haben. Dieser Druck auf die EU-Außengrenzen resultiert also aus vielen Faktoren: den fehlenden Vereinbarungen etwa über Flüchtlingsversorgung in Drittländern, dem fehlendem politischen Druck auf die Herkunftsländer und eben die unnötige und gesetzwidrige Anreiz-Maschinerie, dieses ganze Anreizsystem der EU, was wir heute noch vielfältig ausleuchten werden.

Weitere Dimensionen: der Arbeitsmarkt. Man muss sich fragen, was aus den Leuten hier eigentlich langfristig werden soll. Es ist leider nur Propaganda: Migration hülfte dem Arbeitsmarkt. Ein Großteil dieser Menschen ist hier nicht einsetzbar, wird absehbarer Weise sehr lange alimentiert werden, ruiniert dadurch de facto die Sozialsysteme.

Nächste Dimension: Integration. Die absehbare demografische Entwicklung – es klang in der Introduction schon an – zeigt dieser Klientel natürlich, dass eine Integration für ihre eigenen Interessen eigentlich bereits unnötig ist. Man lebt und spricht auch in eigenen exklusiven Gesellschaften. Man handelt in diesen exklusiven Gesellschaften. Und so verhält man sich dann auch. Wir sehen Besetzung des öffentlichen Raumes mit impliziter Drohgebärde gegenüber der einheimischen Bevölkerung durch aggressive Männergruppen, steigende Kriminalitätsraten. Frauen können den öffentlichen Raum nicht mehr betreten und es wird uns dieser Tage sehr deutlich und sehr schmerzhaft und in sehr offenbarer Weise in Erinnerung gerufen: nicht nur Frauen, sondern eben auch Juden können den öffentlichen Raum nicht mehr ohne Angstgefühle betreten. Das, meine Damen und Herren, ist eine Schande für Deutschland.

Nichts von all diesen Fehlentwicklungen ist nun natürlich im Interesse Deutschlands oder irgendeines europäischen Staates. Was liegt zugrunde? Das Ideologische klang schon an. Das Problem heißt hier eigentlich Deutschland oder die deutsche Regierung mit ihren bevormundenden Suggestionen vermeintlicher moralischer Pflichten. Es ist ganz wichtig. Neben den harten Faktoren des Geldes meine ich auch diese weichen Faktoren der Ideologie und der Rhetorik zu erkennen, zu adressieren, aufzugreifen, zu entlarven, weil sie ein Druckmittel gegenüber der Wählerschaft sind. Mitnichten ist es eben so, dass die EU für illegale Migranten etwa „Verantwortung“ hätte.

Im Orient sind die flächendeckenden Kriege aus. Aus Afrika kommen vor allem Wirtschaftsmigranten. Die vorgeblich Schutzbedürftigen sind dort bereits durch zig sichere Drittstaaten gezogen, also nicht mehr auf der Flucht, falls sie es denn je waren. Und schon gar nicht braucht es ein anderes dieser Modeworte „Solidarität“ mit Erstzutrittsstaaten. Deutschland hat proportional schon mehr aufgenommen als diese – Italien, Griechenland. Aber die fortgesetzte rechtbrechende Verletzung von Dublin III durch Merkel -wir erinnern uns ihres Wortes Dublin III sei obsolet -, die soll legalisiert, der Weg nach Deutschland automatisiert werden. Und eine dritte Standardfloskel, Vokabel: Das Ganze ist auch nicht etwa „human“. Diese Migranten leiden keine Not, die haben hohe Schlepperkosten gezahlt. Wirklich Hilfsbedürftige, die es natürlich gibt in den Herkunfts Regionen, tauchen hier nie auf. Dasselbe Geld, das Deutschland oder die EU hier aufbringt, würde vor Ort hundertmal

mehr Menschen helfen. Das Ganze ist also das Gegenteil von human. Dublin III hätte sogar Vorteile: es gäbe keine Mittelmeer-Toten mehr, wenn diese Anreizsysteme aufhören; Familien könnten in Sicherheit und im eigenen Kulturkreis zusammenbleiben. Es ist also hohe Zeit, und der Punkt ist mir wichtig, sich gegen all diese hoch tönenden Täuschungsversuch-Vokabeln zu wenden: Verantwortung übernehmen, Solidarität zeigen, Humanität beweisen, die doch alle nur letztlich dazu dienen sollen, die politische und finanzielle Entrechtung der hiesigen einheimischen Bevölkerung zu verbrämen, den gutmeinenden Bürger, der das alles hört, moralisch zu erpressen. Es ist hohe Zeit, sich zu wenden gegen diese Reißbrett-Utopie der globalistischen Gesellschaft, die den Bürgern hier übergestülpt werden soll. Was wir in Deutschland nicht brauchen, sind Leute, die sich ständig und in falschem Zusammenhang auf die Menschheit und die entsprechenden Werte berufen, aber sich um die eigenen Menschen gar nicht mehr kümmern.

Illegaler Grenzübertritt ist kein Menschenrecht, Aufenthalt in Deutschland auch nicht – auch wenn der globale Migrationspakt etwas anderes langfristig befördern möchte. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch die Begriffshoheiten neu übernehmen und korrekter ausfüllen. Verantwortung zu ergreifen muss bedeuten, die gesellschaftlichen Werte Deutschlands auch für die Zukunft zu sichern. Mit einer entsprechenden Politik. Solidarisch wäre es, die Bürger nicht immer länger für andere arbeiten zu lassen. Human wäre es, unsere Bürger vor 300 000 Zuwanderer-Straftaten jährlich zu bewahren.

Ein weitere Dimension: Das Gesellschaftsbild. Die afrikanische Bevölkerungsexplosion, von der wir schon hörten, nach Europa umzuleiten, ist natürlich ein völlig falsches Ziel. Das wird aber bewusst betrieben – ein Wahnsinn. Der Import des Menschen und Gesellschaftsbild des Islams samt seiner Rechtsvorstellungen, schließlich auch des Systems der Klassengesellschaften, das ist nichts anderes als eine Kampfansage an unsere Freiheit. Demokratie – man muss es konstatieren-, ist dem Islam wesensfremd. Religion und Staat sind ja bei ihm eine Einheit. Stattdessen sind Gewalt gegen Frauen, Gewalt gegen Andersgläubige, Lehrstoff des Islam. Deshalb: was wir nicht länger in der Regierung brauchen, ist diese Umsiedlungs-Mafia.

Schließlich noch ein letztes Wort zu diesen technischen Punkten. Die EU will ja nun diese bisher schon falsche Politik weiter Gesetzesform annehmen lassen in dem von der Kommission vorgeschlagenen neuen Migrationspakt, der sozusagen ein Zwischenschritt ist auf diesem Kontinent zu dem noch radikaleren globalen Migrationspakt.

Nur wenige Schlaglichter hier zunächst. Wir hören später dazu ja eindrucklich aus den Eindrücken vor Ort. Dort heißt es, das Umsiedlungsprogramme ganz explizit umzusetzen seien; kontinuierliche Ansiedlung aus Türkei, Libanon, Jordanien; Schutzbedürftige seien umzusiedeln aus Libyen, Niger, Tschad, Ägypten, Äthiopien, Sudan; neue legale Wege sein zu eröffnen. Dass dies alles mit der Idee der Solidargemeinschaft kollidiert, dass nur noch Nutznießer der hiesigen Solidargemeinschaft importiert werden, aber die Balance zwischen Eingaben in die Solidargemeinschaft und ihre Benutzung vollständig verloren geht, wird bewusst negiert. Auch wichtig zu sehen in diesem Zusammenhang die Erweiterung der Definition des Begriffs der Familie. Jetzt sollen Geschwister einbezogen werden und Berücksichtigung von familiären Beziehungen, die erst nach Verlassen des Herkunftslandes, aber vor Ankunft in der EU entstanden sind. Das heißt, die Bildung falscher oder echter Familienbeziehungen in den Lagern erhöht dann die Chancen auf Verbleib in der EU.

Der globale Migrationspakt, nicht der der EU, setzt dann zudem alle bisher geltenden Bedingungen außer Kraft. Kein Fluchtgrund mehr, kein Asylgrund mehr erforderlich. Stattdessen Grundrecht auf Einwanderung per Völkerwanderung. Das darf es nicht geben.

Dann gibt's dort diese Vorschläge, eine weitere technische Stellschraube: das Rückführungsverfahren an der Grenze. Da sollen Migranten nicht in Gewahrsam genommen werden. Natürlich bleiben sie dann aber nicht in den Grenzanlagen. Oder die Frist, nachdem diese Grenzverfahren abgeschlossen sein sollen. Viele Asylbewerber haben keine Reisepapiere, Ausweise. Die Identitätsfeststellung ist zeitaufwendig. Dokumente müssen gegebenenfalls aus dem Herkunftsland beschafft werden. Aber die Regelung soll dann werden: ist bei der Einreise das Asyl-Grenzverfahren nach 12 Wochen nicht abgeschlossen, dann soll die Einreise zum Abschluss des Verfahrens schlicht gestattet werden. Das verleitet natürlich dazu, das Verfahren zu verlängern. Schließlich sagt die EU-Kommission: diese Einzelfallprüfungen Schiff für Schiff, von denen wir immer wieder hören, das führte zu Wartezeiten und gefährde die Immigranten, verzögere den Schutz; es solle vermieden werden, derartige Aktivitäten zu kriminalisieren. Eine Richtlinie sagt dann, dass die humanitäre Hilfe von solcher Kriminalisierung auszunehmen sei. Das sorgt aber de facto nur dafür, dass die NGOs praktisch völlige Straflosigkeit bekommen bei ihrer Beihilfe zum Schleusertum. Denn italienische Staatsanwälte haben Beweise vorgelegt, dass die NGOs mit den Schleppern in Libyen konspirieren. Und die Empfehlung zeigt, dass die Kommission der EU diese NGOs für diese Mission geradezu anheuert, und damit Schleppertum erleichtert und legalisiert. Und noch ein allerletzter Punkt hierzu: die Verteilung. Jedes Jahr werden hunderttausende illegale Ausländer aufgefordert, die EU zu verlassen. Aber nur ein kleiner Teil tut das. Und wir haben auch das Problem der innereuropäischen Grenzübertritte: Asyltourismus, wie ein bekannter Unionspolitiker – leider im Kern treffend – es einmal nannte. Es ist aber eben keine Lösung europäischer Einigkeit, dass, wie jetzt vorgeschlagen, wer nicht aufnehmen will, als Land dann halt abschieben solle. Gelingt das nicht, wie in Deutschland auch schon die ganze Zeit nicht, sollen diese Staaten nämlich dann auf den Migranten sitzen bleiben. Also ins Deutsche übersetzt: Das soll die Bestrafung für die Visegrád-Staaten werden. Es ist ein tolles Angebot. Diese Zwangsübernahme durch andere Länder ist natürlich auch Streitpunkt. Die Verfechter solcher Vorstellungen berufen sich auf „Solidarität“. Länder, die keine Migranten aufnehmen wollen, sollen eben rückführen. Das ist natürlich der schwarze Peter im Migrationsspiel. Die einen können sich dann der Humanität rühmen, die anderen schieben herzlos ab. An der EU-Außengrenze ist aber natürlich niemand schutzlos und Schutz könnte auch außerhalb der EU gewährt werden. Solidarität bedeutet eben nicht, dass EU-Mitgliedsstaaten für singuläre Entscheidungen einzelner anderer Länder haften müssten. Dublin III ist gescheitert, weil es missachtet und nicht durchgesetzt wurde, ja bekanntlich von Merkel für obsolet erklärt wurde. Das hat immense Pull-Faktoren geschaffen und auch in diesem neuen sogenannten „Solidaritätsmechanismus“ bleibt ungeklärt, wie viele schon sichere Länder ein Asylbewerber passiert haben darf, bevor er hier Schutz im Land seiner Wahl beantragt; weil es ungeklärt bleibt, demnach also beliebig viele. Eigentlich sollte doch aber wohl gelten: keines. Kein einziges.

Nach dieser Auflistung einiger der technischen Stellschrauben jetzt zur Bedeutung der Migrationsproblematik hier inländisch, nachdem wir zunächst den Weg angeschaut haben, die gesellschaftliche Bedeutung. Im zweiten Corona-Jahr könnte man ja meinen, Migration nach Deutschland sei kein Thema mehr. In den Nachrichten tritt das gar nicht mehr in Erscheinung. Tatsächlich lag die Anzahl der Asylgesuche auch letztes Jahr bei 122 000 Anträgen, übrigens bei mehr als der Hälfte dieser Asylbewerbungen ab 18 Jahren ohne Identitätspapiere. Gleichzeitig gibt es so gut wie keine Abschiebungen und Überstellungen. Nur 3 000 wurden in die für ihr Verfahren zuständigen Staat rücküberstellt, während wir 4 500 dazu bekamen.

Hinzu kommt ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Niedersachsen, dass Rückführungen nach Griechenland untersagt, da man dort nicht angemessen untergebracht werde. Deutschland hat sich daraufhin bereiterklärt, für die Kosten von

Hotelunterbringungen für diese Asylbewerber aufzukommen. Ein anderes ähnliches Urteil besagt, dass Asylbewerber auch dann Anspruch auf höhere Sozialleistungen in Deutschland haben, wenn sie schon in einem anderen EU-Land als Flüchtlinge anerkannt waren, wenn sie denn dort angeblich prekäre Verhältnisse erdulden mussten. Das alles heizt natürlich die Migration nach Deutschland an. Apropos anheizen: Mit dem guten Wetter sinken nicht nur die Corona-Fälle, gleichzeitig steigt die Migration wieder. Italien berichtet, dass schon jetzt die Aufnahmelager überfüllt sind und wir haben gerade erst Mai. Es ist davon auszugehen, dass das im Sommer noch steigen wird. Wirkliche Retter – wir hören jetzt wieder von den voll werdenden Schiffen, die retten zum nächsten Hafen, die NGOs. Aber sie betreiben nichts anderes als Schlepperei.

Jetzt einige der anrisshalber nur verschiedenen Dimensionen. Da sind einmal die Kosten. Migration ist ein Querschnittsthema, welches in viele Bereiche hineinreicht, laut Seehofer ja die Mutter aller Probleme. Bei den Kosten ist es so, dass da ein gigantisches finanzielles Loch ohne Boden in die Kassen gerissen wird. Wie viel die Migration kostet, das wird auch nicht systematisch vollständig offengelegt. Die Bürger werden bewusst im Unklaren gelassen, damit sie sich kein Bild machen können und nicht am Ende etwa noch zu AfD-Wählern werden. Dabei entstehen Kollateralkosten der Merkelschen Willkommenskultur in sämtlichen Bereichen in Verwaltung, Polizei, Justiz, bei Sozialsystemen, Krankenkassen, Integrations- und Sprachkursen, Abschiebungen, gescheiterten Abschiebungen, Erstaufnahmeeinrichtungen. Überall fallen insgesamt Kosten in Milliardenhöhe an, die durch Familiennachzug, durch hier geborene Kinder nochmal um ein Vielfaches höher ausfallen. Hochkarätige Wirtschaftswissenschaftler gehen von langfristigen Kosten in Billionenhöhe aus mit jährlichen Kosten um die 50 Milliarden Euro, nach seriösen Schätzungen nur für die Versorgung von Migranten, die illegal hier sind. Mit einer solchen Summe müssen die Ministerien für Inneres, Bildung, Familie, Umwelt, Finanzen zusammen in ihrem Haushalt auskommen.

Die Linken behaupten dann immer gerne, Migranten nehmen doch niemandem etwas weg. Ja klar. Niemand hat durch illegale Einwanderung Nachteile, außer Mietern vielleicht, außer Mietern und Geringverdienern am Arbeitsmarkt, außer Mietern und Geringverdienern und Kriminalitätsoffern, außer Mietern und Geringverdienern und Kriminalitätsoffern und Steuerzahlern und allen, die sich um sozialen Zusammenhalt und kulturelle Identität sorgen. Von den überschuldeten Kindern und Kindeskindern, die schon als Schuldner geboren werden, werden in diesem Land am Ende die ganze Party bezahlen dürfen noch ganz zu schweigen.

Eine andere Dimension: die Kriminalitätsstatistik spricht eine eindeutige Sprache. Jeder zweite islamistische Attentäter in Deutschland kam als Flüchtling. In der EU gab es seit 2012 über 90 islamistische Anschläge, unter den Tätern 25 Asylbewerber. In Deutschland haben wir 600 islamistische Gefährder, 530 relevante Personen, Personenpotenzial im Bereich Islamismus rund 28 000 Personen, 12 000 Salafisten, 10 000 Milli Görüs-Anhänger, über 3800 von der Muslimbruderschaft. Und in den letzten 10 Jahren erhöhte sich die Zahl ausländischer Straftäter um über 50 Prozent. Wenn man das alles mal durchrechnet: wie viele Straftaten hätten durch Grenzschießung 2014 verhindert werden können, inklusive der nicht aufgeklärten Straftaten? Proportional hochgerechnet inklusive Dunkelfeld, kommen sie auf etliche Millionen Straftaten zusätzlich durch Zuwanderer seit 2014, nicht gerechnet ausländerrechtliche Verstöße. Frau Merkel, von mir mal hier nach ihrer Verantwortung befragt, meinte, sie hätte ja auch Menschen glücklich gemacht.

Eine letzte Dimension: Bildung und Demografie. Möchte man wissen, wie Deutschland in einer Generation aussieht, muss man nur einen Blick in die Schulen und Grundschulen werfen. Bundesweit liegt der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund jetzt bereits bei

37 Prozent, bei der Gesamtbevölkerung 26. In den Städten natürlich, wie sie sich denken können, ungleich mehr, um den niedrigeren Anteil im ländlichen Raum auszugleichen. In Berlin, wo wir heute sind, hat schon jede zweite Grundschule überwiegend Kinder mit Migrationshintergrund und es gibt etliche Schulen mit fast 100 Prozent. Unterricht ist laut Eltern und Lehrern dort wegen des geringen Sprachniveaus nicht mehr möglich. Das ist die Zukunft in Berlin. 30 Prozent der Neuntklässler verfehlen die Minimalanforderungen beim Lesen. Da geht also alles runter in der Qualifikation. Es geht auch was rauf gleichzeitig: ja, die Gewalt gegen Lehrer.

Ein kleiner Ausblick. Wie kann man mit all dem umgehen? Ein Blick ins Ausland und danach schließe ich mit einem Blick ins Inland. Eine normale Migrationspolitik. Schauen wir mal ein Nachbarland an: Dänemark, wo eine sozialdemokratische Regierungschefin regiert. Dänemark hat als erstes europäisches Land Flüchtlingen aus Syrien den Schutzstatus entzogen. Sie sollen zurück. Sie werden, solange in Abschiebeeinrichtungen beherbergt und übrigens zur Finanzierung der Unterbringung können den Migranten auch Wertsachen abgenommen werden oder Bargeld. So wird dort gedacht. Ziel sei – wörtliches Zitat der Regierungschefin – null neue Asylbewerber. Und weiter sagt sie: wir müssen sicherstellen – ich zitiere -, dass nicht zu viele Menschen in unser Land kommen, sonst kann unser Zusammengehörigkeitsgefühl nicht existieren. Nicht Integration ist dort das Ziel, sondern Rückführung. Im Gesetz wurde der Begriff Integration ersetzt durch den wunderbar tönenden Begriff Selbstversorgungs- und Heimreise-Leistung. Auch mittels Sozialleistungskürzung versucht man für die Asylbewerber möglichst unattraktiv zu werden. Oder Schweden als letztes Beispiel im Ausland, für seine liberale Asylpolitik bekannt. Auch die vollziehen die Kehrtwende. Die Vorstädte von Stockholm, Göteborg, Malmö haben sich bereits in migrantische Parallelwelten verwandelt. Kriminalität und Arbeitslosigkeit sind dort bei Migranten und ihren Nachkommen ungleich höher als im Rest der Bevölkerung. Es gibt da Schießereien zwischen Drogenbanden, Bombenanschläge. 2019 wurden dort relativ zur Bevölkerung viermal so viele Menschen durch Schusswaffen getötet wie hier in Deutschland. Vor einigen Jahren schaffte die Regierung schon das unbefristete Bleiberecht ab. Jetzt soll es so sein, dass nach Ablauf der Bleibefrist von Asylbewerbern nur der eine Chance auf dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung hat, der für sich und seiner Familie sorgen kann, die schwedische Sprache ausreichend beherrscht und landeskundliche Kenntnisse besitzt. In Deutschland wird dergleichen erst für die Staatsbürgerschaft verlangt und das wird auch gerade aufgeweicht. Landeskundliche Kenntnisse: wenn das in Berlin eingeführt würde, dann würde hier vielleicht nach lebensweltlich relevanten Sachen gefragt werden: Wo geht's zum Görlitzer Park? Also Schweden ist Vorbild, ebenso wie Dänemark.

Und zum Abschluss also Deutschland. Ich gucke mal auf die beiden Enden des Spektrums. Wir sind ja in dieser großen, dieser End-Auseinandersetzung zwischen den Grünen und den Blauen, wie im alten Byzanz. Gucken wir mal ins grüne Wahlprogramm. Die Grünen. Ihnen reichen die Zugangswege nach Deutschland nicht aus. Ich zitiere: an deutschen und europäischen Botschaften im Ausland braucht es die Möglichkeit, digital Anträge zu stellen. Das heißt, ganz Afrika kann also bald digital Antrag stellen und hoffen, das Flugticket nach Deutschland zu erhalten. Dann soll das Resettlement verstärkt werden gemäß globalen Migrationspakt. Zudem sollen Städte und Kommunen, die mal eben skandieren „Wir haben Platz“ eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten bei der Aufnahme von Flüchtlingen erhalten, das öffnet eine weitere Schleuse. Wer sind diese Städte, die Platz haben? Osnabrück, Nürnberg, Ingolstadt, Fürth, Kassel, München, Berlin – was haben die alle gemeinsam? Da sind in den letzten zehn Jahren die Mietpreise um über 50 Prozent gestiegen, in Berlin um über 100 Prozent. Und trotzdem behaupten sie dreist „Wir haben Platz“. Was aber angesichts drastisch gestiegener Mieten ja gar nicht stimmen kann. Wo Platz entsteht, der Wohnraum frei wird, da fallen die Mieten. Zudem fordern die Grünen zivilgesellschaftliche Rettungsinitiativen zu entkriminalisieren. Hier im Bundestag haben Sie den Antrag gestellt,

dass die EU zivile Seenotretter finanzieren soll, ungeachtet der Tatsache, dass sie so noch weitaus mehr Menschen auf die gefährliche Fahrt machen, in der Hoffnung, von Sea-Watch und Co. aufgegriffen und hierher verschifft zu werden, dabei aber tatsächlich etliche beklagenswerter Weise ums Leben kommen. Was ist daran human? Nur wenn ein solcher Shuttle-Transfer der NGOs komplett unterbunden wird, werden keine falschen Anreize gesetzt. Eine weitere Forderung: es soll keine sicheren Herkunftsländer mehr geben. Es ist eine grüne Forderung. Wer da ist, bleibt, unter Baerbock sowieso. Und beim Resettlement-Programm des UNHCR soll es mehr humanitäre Visa geben. Ausbildungsvisa, Stipendien, Aufenthaltserlaubnis sollen nicht mehr erlöschen, wenn man ausreist. Überall dasselbe, dieses „darfs nicht noch einen Löffel Migration mehr sein“. Und die Partizipation, wie das so schön heißt, schreitet voran. Das kommunale Wahlrecht erhalten sollen alle. Die dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt hier haben, wobei in grüner Weltsicht de facto jeder Migrant, der nach Deutschland kommt, hier automatisch ab der ersten Sekunde seinen neuen Lebensmittelpunkt hat. Denn abgeschoben wird ja eh kaum mehr. Und weiter: – ich zitiere – heranwachsende Jugendliche und Familien mit minderjährigen Kindern sollen nach drei Jahren einen Aufenthaltstitel bekommen, und wer ohne Aufenthaltstitel hier lebt, aber integriert ist, kann den Spurwechsel von illegal nach legal vollziehen. Und Einbürgerung soll nach fünf Jahren Aufenthalt, legal oder illegal, Anspruchsrecht werden. Man muss also nur fünf Jahre durchhalten, mithilfe von Anwälten klagen, die vom deutschen Steuerzahler finanziert werden, dann erhält man Bleiberecht und Staatsbürgerschaft. Mehrstaatlichkeit kein Problem. Ungeklärte Identität auch nicht.

Ein allerletztes Schlaglicht zu den Grünen: Arbeitsmarkt. Schon jetzt haben ja die meisten Hartz-Vierer Migrationshintergrund. Allein eine Million Menschen aus den Hauptasylherkunftsländern. Die brauchen ja auch Jobs. Wie lösen wir das Problem? Kein Problem für die Grünen. Sie wollen, ich zitiere, verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund einführen. Die Vielfalt Deutschlands solle sich auch in der Verwaltung und den Bundesbehörden widerspiegeln, im öffentlichen Dienst, bei Einstellungen und Beförderungen. Praxis sei nicht nur Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch gesellschaftliche Vielfalt zu beachten und Repräsentanz diskriminierter Gruppen. Wo es mit Qualifikation nicht klappt, soll es künftig die Migrantenquote und gar die Diskriminiertenquote richten statt Qualifikation. Erzwungene Scheinintegration und Repräsentanz nach Quote. Das sind die Grünen und mit ihr ganz ähnlich die Union.

Und um das alles zu verhindern und dem Recht wieder zu seinem Recht zu verhelfen, um den Rechtsstaat Deutschland zu bewahren, dafür braucht es die Partei, die von den schwarz-grün-roten Zerstörern des Rechts verleumdet und terrorisiert wird. Dafür braucht es die AfD. Keine andere Partei hat den Mut, meist nicht einmal den Willen, die Probleme zu erkennen und an der Wurzel zu packen. Den Altparteien geht es maximal um eine Symptomdoktorei, weil sie natürlich nicht zugeben wollen und können, dass sie eine Lüge leben. Es kann aber keine richtige Politik im Leugnen der Realität geben, keinen Rechtsstaat in der Herrschaft des Unrechts.

Die AfD ist nicht Feind von Ausländern, sondern Feind von Illegalität und jedweder ideologischen Gesetzwidrigkeit. Sie ist unerschütterlich Vertreter und Schützer des Grundgesetzes. Die AfD muss und wird mit allen parlamentarischen Mitteln und mit der Hilfe des Bürgers die Verhältnisse in Deutschland hier vom Bundestag ausgehend wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Ich danke Ihnen!

Quelle: [YouTube](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 26) Bundesheer warnt vor steigender illegaler Migration

Der Militärkommandant von Oberösterreich, Brigadier **Dieter Muhr** [warnt in einer aktuellen Aussendung](#) vor einer neuen Migrationswelle. So würden die Zahlen von Aufgriffen durch **Bundesheer** und **Polizei** an den österreichischen Grenzen steigen. Zudem nimmt auch der Migrationsdruck über das Mittelmeer nach Italien und Malta sowie auch nach Spanien weiter zu:

<https://www.oekb.at/militaercommando-ooe-beurteilt-migrationslage/>

### *Aktuelle Entwicklungen an den EU-Grenzen*

Am 21. Mai hat der Militärkommandant von Oberösterreich, Brigadier Dieter Muhr, mit den Kasernenkommandanten des Landes und seinem Stab die Thematik Migration sowie aktuelle Entwicklungen erörtert. Er informierte darüber, dass die Aufgriffszahlen des Bundesheers und der Polizei an der österreichischen Ost- und Südgrenze wieder steigen, obwohl es auf der Balkanroute vergleichsweise ruhig ist. Jedoch die Migration über die Mittelmeerroute nach Italien, Malta und Spanien nimmt stetig zu.

### *Erkennbare Brennpunkte absehbarer Entwicklungen*

Besonders Augenmerk gilt den Verhandlungen der Europäischen Union zur Verlängerung des Migrationsabkommen mit der Türkei. Derzeit halten sich rund 2,5 Millionen Flüchtlinge dort auf. Der Verhandlungserfolg hat maßgeblichen Einfluss auf die künftigen Migrationsströme.



Ein weiterer Auslöser verstärkter Migration ist der in Kürze beginnende Abzug der US-Army- und NATO-Truppen aus Afghanistan. Er wird den Druck der radikalen Taliban auf die Bevölkerung in dem krisengeschüttelten Land weiter erhöhen. Daher ist mit vermehrten Flüchtlingsbewegungen von dort, zu rechnen. Auch die an vielen Stellen krisenhafte Situationen im Nahen Osten wird in der Anzahl der Flüchtlinge ebenso verstärkt Ausdruck finden. Der größte Teil der Migranten, die unsere Grenze erreichen, stammen aus diesen Regionen. Die meisten kommen aus Syrien und Afghanistan gefolgt von weiteren großen Gruppen aus Marokko und Indien.

*Lagebeurteilung zu künftigen ÖBH-Einsatzschwerpunkten.*



Das Bundesheer steht seit langer Zeit im Migrationseinsatz an der Staatsgrenze, insbesondere im Osten und Süden Österreichs. Aktuell kontrollieren 500 Soldatinnen und Soldaten aus Oberösterreich die Einreisenden. Vor dem Hintergrund, dass die Flüchtlingslager rund um Europa voll sind, geht der Stab des Militärkommandos davon aus, dass mit den Lockerungen bei den Corona-Grenzkontrollen auch die Flüchtlingsbewegungen wieder ansteigen werden. Militärkommandant Brigadier Dieter Muhr fasste die Erwartungen zusammen: „Das Militärkommando Oberösterreich rechnet damit, dass sich das Einsatzschwergewicht des Bundesheers Richtung Migration verschieben wird! Parallel dazu werden unsere Leistungen zum Bewältigen der COVID-19-Pandemie zu erbringen sein.“

*Weiter ohne Verschnaufpause*



Auch aus Sicht des OÖKB ist in absehbarer Zeit kaum mit großen Entlastungen für die Soldat(inn)en zu rechnen. Während andere Organisationen mit dem Abklingen der Pandemie ihre Einsatzkräfte auf normale Stärke zurückfahren können, gilt dies nur bedingt

für das Bundesheer. Während der Pandemie wurden zur Sicherung der Einsätze die personellen Erfordernisse über die Miliz und Verlängerung des Präsenzdienstes sicher gestellt. Mit Rückkehr zum Regelbetrieb verteilt sich die Last der Einsätze „ohne Verschnaufpause“ nun wieder auf bedeutend weniger Soldaten. Unter den gegebenen Umständen kann man für ihre Dienste nur dankbar sein. Ihre Einsatzbereitschaft verdient nicht nur größte Wertschätzung, sondern auch die immer wieder vom OÖKB geforderten, entsprechenden Mittel, Einrichtungen und Ausrüstung.

*Fotocredits : Bundesheer/Simader*

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2021*

Wien, am 27. Mai 2021

## **27) Judit Varga: Migration sollte gestoppt, nicht unterstützt und gefördert werden**

20. 05. 2021



Judit Varga, Ungarns Justizministerin - *Foto: Facebook*

**Die Position der ungarischen Regierung sei, dass Zuwanderung nicht unterstützt und gefördert, sondern gestoppt werden sollte, schrieb Justizministerin Judit Varga am Mittwoch auf ihrer Facebook-Seite.**

Während die ganze Welt mit der Bekämpfung des Coronavirus beschäftigt ist, hat die Linke in Brüssel wieder einmal die Propaganda der Einwanderung auf die Tagesordnung gesetzt, heißt es weiter in Judit Vargas Beitrag.

Die Brüsseler Elite habe einen weiteren Migrationsbericht\* diskutiert, der keine Vorschläge zur Stärkung des Grenzschutzes oder zur Beendigung der illegalen Migration enthalte, während er gleichzeitig unter Berufung auf die Menschenrechte zur Umsiedlung nach Europa aufrufe, schrieb sie. Sie fügte hinzu, dies zeige „die Distanz Brüssels zu den Problemen der Menschen“.

Die Ministerin sagte, dass „die Linke versucht, sich hinter einem verhätschelten Slogan der Solidarität zu verstecken, um Probleme zu vertuschen“, anstatt an deren Lösung zu arbeiten.

„Wenn wir unseren Mitmenschen in Not wirklich helfen wollen, muss die Migration vor Ort angegangen und die Ursachen der Migration beseitigt werden“, betonte sie. Ungarn habe dies schon lange erkannt und werde mit dem Ungarn-Hilfe-Programm weiterhin ernsthafte Schritte unternehmen, damit jeder in seinem Land in Frieden leben kann.

„Es wäre ‚zeitgemäß‘, wenn sich Brüssel endlich auf die wirklichen Probleme der Menschen konzentrieren würde“, schrieb Judit Varga.

\*) In der Plenarsitzung am Mittwoch debattierte das Europäische Parlament einen Bericht über legale Migration zur Linderung des Arbeitskräftemangels.

**MAGYAR HÍRLAP** Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **28) Éric Zemmour: Frankreich befindet sich in einem Überlebenskampf gegen den „Großen Austausch“**

20. 05. 2021



Der französische Autor und Philosoph Eric Zemmour - *Quelle: cnews.fr*

**„Ich glaube, die Angst vor dem Ende Frankreichs, wie es war, die Angst vor dem Großen Austausch, ist zu einem globalen Gefühl geworden“**

Das französische Volk befinde sich derzeit in einem Überlebenskampf gegen den Großen Austausch (Le grand remplacement), sagte der jüdisch-französische Autor und Philosoph Éric Zemmour in der abendlichen politischen Talkshow des Fernsehsenders CNews.

„Ich glaube, die Angst vor dem Ende Frankreichs, wie es war, die Angst vor dem Großen Austausch, ist zu einem globalen Gefühl geworden“, sagte Zemmour. „Die Angst, nicht mehr Frankreich zu sein, die Angst vor dem Großen Austausch. Viele Menschen fangen an zu denken, dass der Islam uns ersetzen wird. Es ist ein massives Gefühl geworden, eine Masse von 70 bis 80 Prozent der Franzosen.“

[Eric Zemmour](#)  
[@ZemmourEric](#)

.  
[4. Mai](#)

La peur de ne plus être la France. La peur du fameux Grand Remplacement. Beaucoup de gens commencent à se dire que l'islam va nous remplacer. C'est devenu un sentiment massif, une masse de 70 à 80 %.

<https://unser-mittleuropa.com/eric-zemmour-frankreich-befindet-sich-in-einem-ueberlebenskampf-gegen-den-grossen-austausch/>

Der Begriff „Der Große Austausch“ wurde vom französischen Autor Renaud Camus in seinem 2010 erschienenen Buch „Le grand remplacement“ geprägt, in dem er die Theorie aufstellt, dass die einheimische französische Bevölkerung demographisch durch nicht-europäische Völker ersetzt wird.

„Donald Trump hat eine brillante Formel verwendet, die ich mir für Frankreich zu eigen machen möchte. Wir befinden uns in einem Kampf um das Überleben Frankreichs, wie wir es kennen“, so Zemmour.

Frankreich befindet sich in einem [rasanten demografischen Wandel](#) und hat die größte muslimische Bevölkerung in Europa. Im März dieses Jahres sagte auch der einflussreiche Philosoph [Michel Onfray](#), dass der Große Austausch real ist, obwohl er zugleich behauptete, dass es sich um eine rechtsextreme Verschwörungstheorie handelt.

„Gibt es in der Tat einen Großen Austausch? Demographen sagen ja, es gibt ihn. Es ist sehr einfach. Es gibt Männer und Frauen, sie pflanzen sich fort, man hat eine bestimmte Geburtenrate, man macht die Berechnungen, macht Projektionen, und es wird ein Diagramm zeigen“, sagte er und wies darauf hin, dass diejenigen, die die Idee abtun, sagen, dass dies nur in einer fernen Zukunft passieren wird, aber nicht leugnen können, dass sich die Demographie verändert, mit ethnischen Europäern, die sich in Richtung einer Minderheitenposition in den Ländern des Westens bewegen. „Wenn jemand auf der Linken sagt ‚der Große Austausch, das sind wir‘, ist die Reaktion ‚sehr gut‘, aber wenn jemand auf der Rechten wie Renaud Camus sagt, dass es einen ‚Großen Austausch‘ gibt, schreien sie sofort ‚Faschismus‘“, sagte Onfray.

**Französische Unternehmen sind zunehmend ‚woke‘**

Im selben Interview merkte Zemmour auch an, dass sich die Unternehmen von einem leistungsorientierten Kapitalismus wegbewegen hin zu einem System, das auf Vielfalt um jeden Preis setzt.

„In großen französischen Unternehmen erzählen mir die Leute von ihrer Verzweiflung über den ideologischen Druck, der von den Personalverantwortlichen ausgeübt wird und der auf ihnen lastet. Mit ethnischer Vielfalt, der Förderung von sexuellen und rassistischen Minderheiten ... und zum Nachteil von Verdiensten“, so Zemmour.

„Das Argument ist, dass der Kampf für Vielfalt ein Kampf gegen Ungleichheit ist“, sagte Zemmour. „In Wirklichkeit ist es das Mittel, das der Kapitalismus gefunden hat, um den wirklichen Kampf gegen die Ungleichheit vergessen zu machen und – im Rahmen der Globalisierung – den Transfer von Reichtum und die Verelendung der gesamten westlichen, europäischen und amerikanischen Arbeiterklasse zu fördern.“

Zemmour fügte hinzu, dass das Drängen auf Vielfalt nur ein Mittel war und ist, um die wahren Probleme zu verschleiern.

„Sie sagten, Gleichheit ist überholt, jetzt müssen wir die Vielfalt fördern, also Frauen, Migranten und so weiter fördern“, sagte er. „Das ist eine großartige Illusion. Es ist eine Falle. In Wirklichkeit ist genau das Gegenteil der Fall. Es ist die Vielfalt selbst, die die Ursache für die Ungleichheiten ist, und man muss wieder die Mittel im nationalen Rahmen finden, um den Kampf für die Gleichheit wiederherzustellen. Ich für meinen Teil denke, dass wir wieder einen Weg finden müssen, um innerhalb eines nationalen Rahmens für Gleichheit zu kämpfen. Wir müssen wieder die Nationen finden, ein minimales Schutzniveau der Nationen finden (...) und die Förderung der Vielfalt stoppen, denn sie ist die Falle, die die Zerstörung jeglichen Kampfes für Gleichheit ermöglicht hat.“

Zemmour sagte auch, dass der französische Kapitalismus – ähnlich wie die deutsche Version – seine früheren Werte im Namen der Globalisierung geopfert hat:

„Wir (die Franzosen) haben unsere Wirtschaft der Globalisierung ausgeliefert und im Zuge dessen die sozialen und ökologischen Verträge, die die Gesellschaft leiten sollten, verschärft“, so Zemmour.

Quelle: [Remix News](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 29) Mitteleuropäischer Abhängigkeitskapitalismus

26. 05. 2021



Bildquelle: Visegrád Post

*„Mein Bestreben ist der regierende Kaufmann  
und nicht [...] der regierende Militär.“*

Otto von Bismarck

*„Ein Volk ist friedlich, solange es sich selbst,  
reich und gefürchtet genug glaubt, um seine  
Wirtschaftsdiktatur heimtückisch zu installieren.“*

George Bernanos

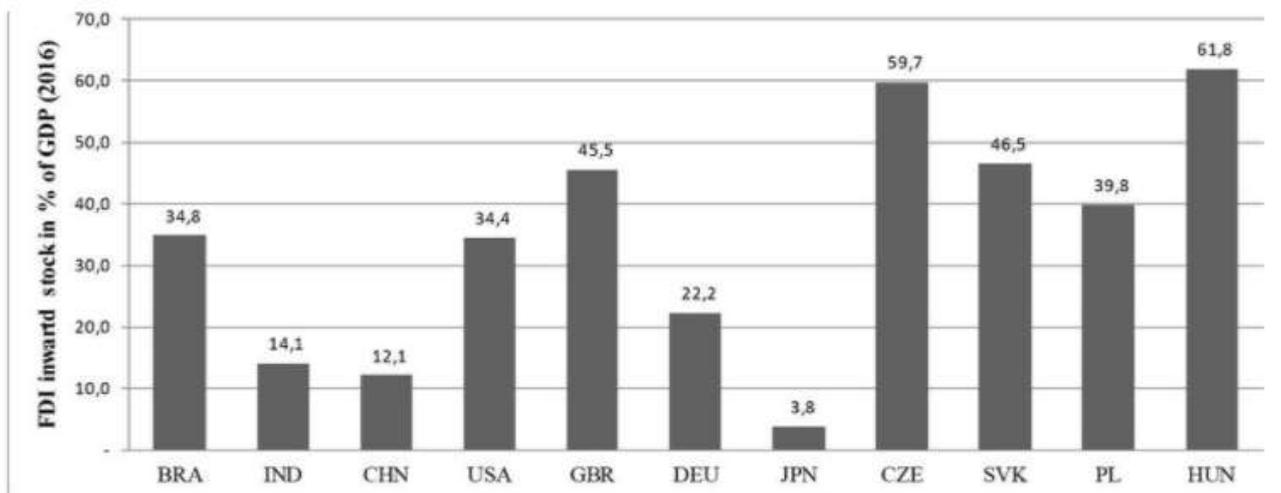
*„Warum sollen wir die Verlierer in der EU bleiben?“*

Viktor Orbán, Mai 2021

Das ungarische Wirtschaftsmagazin [Új Egyenlőség](#) erteilte in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung kürzlich [das Wort an Andreas Nölke](#), Professor für Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt und Autor von Werken, die zu den neuesten Entwicklungen des Ansatzes des vergleichenden Kapitalismus gehören. 2018 veröffentlichte er einen [Artikel](#), in dem er die unterschiedlichen Wege der Schwellenländer durch den Gegensatz zwischen abhängigem Kapitalismus und staatlich durchdrungenem Kapitalismus analysierte.

Da die V4-Länder nach Nölke perfekte Beispiele für abhängige Marktwirtschaften sind, ist es nicht uninteressant, seinen Ansatz kritisch zu synthetisieren und auf andere Ebenen auszuweiten.

Als abhängig bezeichnet Nölke Marktwirtschaften mit einem hohen Anteil ausländischer Direktinvestitionen (ADI) am BIP, der seit Beginn der europäischen Integration konstant ist. Wenn man diese Methode zur Messung der wirtschaftlichen Abhängigkeit anwendet, kann man feststellen, dass es in Bezug auf die Schwellenländer – mit der möglichen Ausnahme des nördlichen Teils Mexikos – keinen Fall gibt, in dem die Volkswirtschaften so abhängig von ausländischen Direktinvestitionen sind wie die der V4 und im weiteren Sinne die Mittel- und Osteuropas. In der Tat haben die anderen Schwellenländer sowie die so genannten entwickelten Länder nur selten einen Anteil der Zuflüsse von mehr als einem Drittel ihres BIP.



Corporate governance: foreign direct investment stock as share of gross domestic product [2016]. Source: UNCTAD World Investment Report 2016, Annex table 07.

Andreas Nölke / Bestände an ausländischen Direktinvestitionen in % des BIP

### Die Visegrád-Gruppe, dreißig Jahre wirtschaftliche Abhängigkeit?

In dreißig Jahren hat sich diese Region Europas zu einem „Paradies für multinationale Unternehmen“ entwickelt, die hier ein relativ niedriges Gehaltsniveau bei einem zufriedenstellenden Qualifikationsniveau, eine schwache Regulierung des Bankensektors und eine fast perfekte Offenheit für ausländische Investitionen vorfinden. Diesen Weg der wirtschaftlichen Öffnung und Westintegration haben die Länder Mitteleuropas Anfang der 1990er Jahre eingeschlagen und sind seitdem nicht mehr davon abgewichen.

Selbst wenn es den nationalen Wirtschaftseliten – der bezeichnendste Fall ist der Ungarns seit 2010 – gelegentlich gelingt, die Kontrolle über eine gewisse Anzahl sekundärer Sektoren zurückzugewinnen,

*sind die Sektoren mit dem größten Wachstumspotenzial in den Händen ausländischer Investoren, und zwar in einem Ausmaß, das jede Möglichkeit einer nationalen wirtschaftlichen Unabhängigkeit in der Region disqualifiziert wird.*

Während die wirtschaftliche Souveränität in dieser Region praktisch nicht vorhanden ist, sind die Wachstums- und Beschäftigungsraten hoch (im Vergleich zu anderen EU-Ländern),

was Nölke als Erfolg dieses Modells hervorhebt, bevor er die Nachhaltigkeit dieses Modells einer abhängigen Marktwirtschaft über 5–10 Jahre hinaus in Frage stellt.

Obwohl z.B. [deutsche Industrielle](#) in jüngster Zeit Vertrauen in den ungarischen Markt geäußert haben und vorerst keine deutsche politische Kraft die deutschen wirtschaftlichen Grundlagen, d.h. eine exportorientierte Wirtschaft, in Frage stellen zu wollen scheint,

*sind abhängige Marktwirtschaften von Natur aus instabil, da sie von wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen abhängen, die völlig außerhalb der Kontrolle der mitteleuropäischen Regierungen liegen.*

Um nur ein Beispiel zu nennen: Wenn Deutschland mehr Gewicht auf die Binnennachfrage legen würde – was automatisch geschehen kann, je nach den Entscheidungen Chinas, mit dem Berlin die Hälfte seines Handels abwickelt – würden die V4-Länder sofort den Preis dafür zahlen.

Da die Länder Mitteleuropas keine direkte Kontrolle über einen wesentlichen Teil der Produktion ihres nationalen Reichtums haben, ist ihr Wirtschaftsmodell zwangsläufig einer großen Anfälligkeit ausgesetzt. Die lokalen Behörden in diesen Ländern sind sich dieser Anfälligkeit sehr wohl bewusst und bemühen sich daher nicht nur um die Aufrechterhaltung eines günstigen Umfelds für ausländische Investitionen, sondern auch darum, den in der Region ansässigen ausländischen Unternehmen zu Hilfe zu kommen, die, nicht ohne Opportunismus, die direkte Abhängigkeit der betreffenden Länder ausnutzen. Das ist es, was Ungarn im März 2020 getan hat und seit 2010 tut, indem es sehr großzügig bei der Gewährung von staatlichen Beihilfen für multinationale Unternehmen ist.

In all dem unterscheidet sich dieses Modell grundlegend von dem anderer Schwellenländer – deren Märkte viel größer sind, China ist das perfekte Beispiel – die sich dafür entschieden haben, ihre nationalen Unternehmen vor ausländischen Investitionen zu schützen. In diesen Ländern ist der Anteil ausländischer Direktinvestitionen am BIP viel geringer als im postkommunistischen Europa, und der Staat hat die Aufgabe, wichtige Wirtschaftssektoren zu schützen, und ist sehr darauf bedacht, ausländischen Investoren nicht die Kontrolle über Aktivitäten mit hohem Entwicklungspotenzial zu überlassen, indem er z.B. im Falle von Technologietransfers Joint Ventures vorschreibt.

Wenn die Abhängigkeit von ausländischen Direktinvestitionen in den mitteleuropäischen Ländern die Tür zu mittel- und langfristigen Instabilitäten öffnet, so ist sie vor allem – und das ist wahrscheinlich noch problematischer –

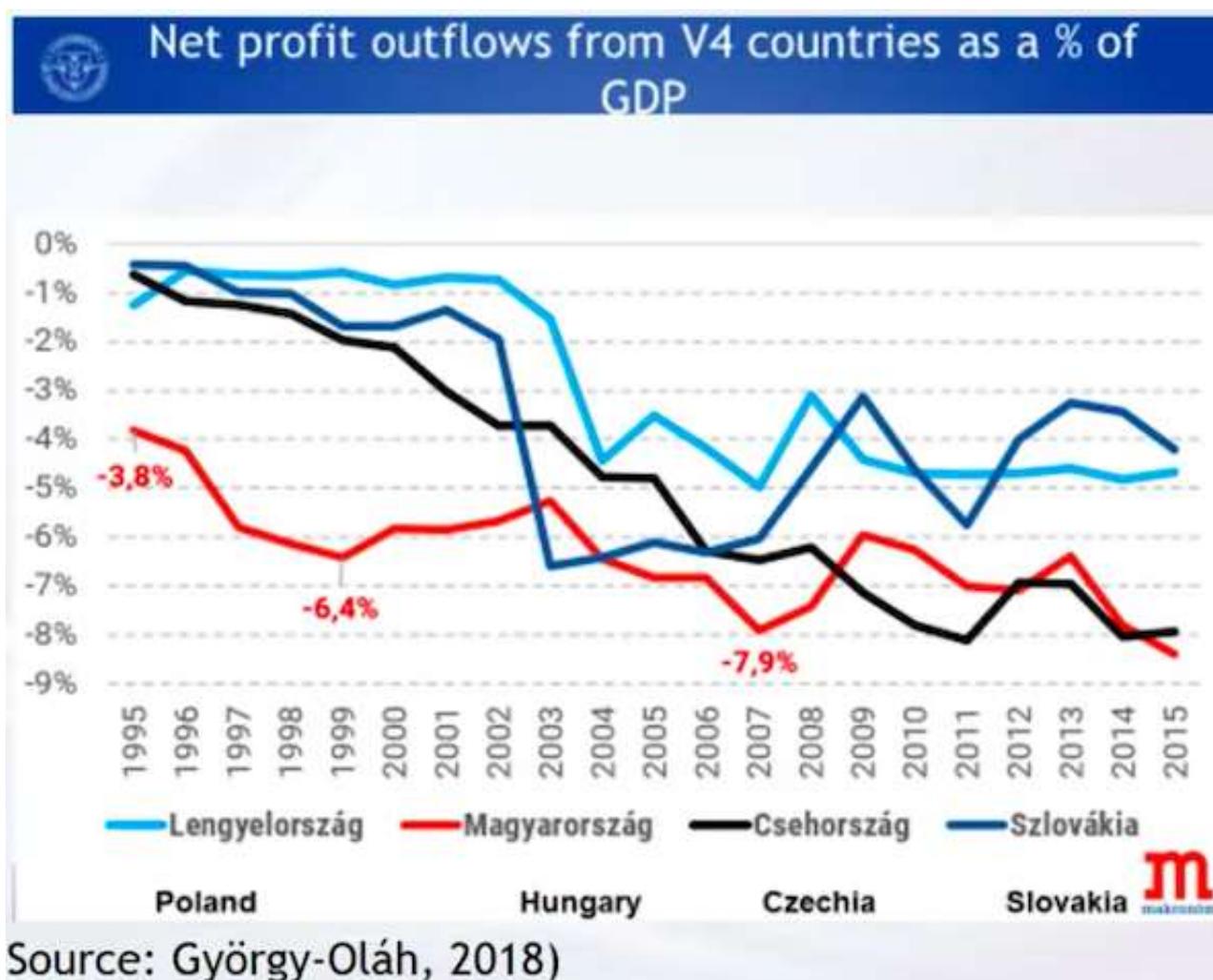
*ein Mittel, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder zu behindern, die durch Injektionen in Aktivitäten über Wasser gehalten werden, die wichtig genug sind, um ein Land zu unterwerfen, aber nicht genug, um einen qualitativen Entwicklungssprung zu ermöglichen (z.B. halbautomatische Produktion).*

Wohl wissend, dass diese guten Wachstumsraten, die auf Auslandsinvestitionen beruhen, viel weniger in der Gesellschaft verteilt sind als niedrigere Wachstumsraten in weniger abhängigen Volkswirtschaften.

*Die [Tatsache](#) ist erschreckend: Auf sehr lange Sicht (seit 1870) hat der Abstand in Bezug auf das Pro-Kopf-BIP zwischen den Ländern, die heute die V4 bilden, und einem Panel von 12 westeuropäischen Ländern nie aufgehört zu wachsen, und dieser Abstand wächst seit 1990 unaufhörlich weiter.*

Darüber hinaus dürfen wir nicht vergessen, dass diese Zuführungen von ausländischem Kapital die Kehrseite von noch größeren Abgaben auf die Gewinne dieser Länder haben, wie man sagen muss. Mit anderen Worten, diese Länder sind durch einen größeren Nettoabfluss von Gewinnen gekennzeichnet als durch einen Nettozufluss. Hinzu kommt die Abwanderung von Menschen durch wirtschaftliche Emigration. Dieser doppelte Abfluss lässt sich trivial wie folgt zusammenfassen:

*Das mitteleuropäische Wirtschaftsmodell erlaubt es, dass deutsche Rentner von in den Ländern der deutschen Peripherie ausgebildetem Personal finanziert und gepflegt werden.*



Source: György-Oláh, 2018) Im Vortrag von Zoltán Gál, Universität Pécs / Ausgehende Nettogewinnströme in % des BIP

Dieser Zustand der Abhängigkeit wurde bekanntlich nicht durch Rüstung erzwungen – auch wenn manche von den Kosten des Nutzens des Schutzes durch den nuklearen Schirm der USA sprechen –, sondern er ist, so Nölke, eine Option.

### Ist die Abhängigkeit nur wirtschaftlich und politisch?

Der Zustand der wirtschaftlichen Abhängigkeit erstreckt sich natürlich auch auf die politische Sphäre, die in Mitteleuropa nicht wirklich autonom von ihren westlichen Hintermännern sein kann. Wenn sich die Staaten der Region, insbesondere Ungarn und Polen, in den letzten Jahren Gehör verschaffen konnten, dann im Wesentlichen bei Themen, die sie als „zivilisatorisch“ bezeichnen (Einwanderung, LGBT-Rechte), d.h. bei Themen, die nicht a priori die oben beschriebene wirtschaftliche Situation in Frage stellen.

Die Länder Ost- und Mitteleuropas hatten wohl keine andere Wahl, als nach dem Ende des Kalten Krieges den Weg dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit zu gehen. Es wäre jedoch ungenau zu sagen, dass dieser Weg eine erzwungene Option war. Tatsächlich waren die lokalen Eliten – und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung – mental sehr offen für diesen wirtschaftlichen Paradigmenwechsel.

*Auch wenn die Menschen nicht mehr so enthusiastisch sind wie in den frühen 1990er Jahren, gibt es keine Anzeichen dafür, dass es dreißig Jahre später wirkliche Kräfte gibt, die den wirtschaftlichen und politischen Status quo ändern wollen.*

So gibt es in Ungarn die Bereitschaft, die Auslandsinvestitionen zu diversifizieren, indem man sich asiatischen Partnern zuwendet, was sicherlich nicht auf eine Veränderung des Status quo hinausläuft, sondern eher auf eine Veränderung seiner Zusammensetzung, vorerst am Rande.

Aber gibt es im Großen und Ganzen nicht eher eine aufrichtige Verbundenheit dieser Länder mit diesem Zustand der Abhängigkeit? Nehmen wir den Fall von Ungarn. Ob sie nun in der Mehrheit oder in der Opposition sind, unseres Wissens gibt es in Ungarn keine politischen Kräfte mit konkreten Plänen, den Status quo in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Die beiden wichtigsten ungarischen politischen Kräfte – einerseits die Opposition, die unter heterogenem Schein in Wirklichkeit einhellig pro-europäisch und pro-Brüssel ist, und andererseits die Regierungsmehrheit – mögen zwar unterschiedliche Beziehungen zu dieser Abhängigkeit haben, aber keine von ihnen scheint sich aus ihr lösen zu wollen.

*Die ungarische Opposition verbirgt ihre direkte und bedingungslose Anhänglichkeit von verschiedenen westlichen Kreisen nicht. Das Verhältnis der Regierung zu dieser Westabhängigkeit ist eminent komplexer.*

Die Regierungsmehrheit zögert nicht, die westlichen Partner zu kritisieren; sie tut dies aus dem Glauben heraus, aufholen und beweisen zu wollen, dass Ungarn in der Lage ist, es besser zu machen als die Länder Westeuropas. Alles, was den Beginn der Covid-Ära im März 2020 technisch ausgelöst hat, beweist dies perfekt. In der Tat wollte die ungarische Regierung ein Vorreiter sein und übernahm gegenüber ihren westlichen Verbündeten die Führung im Vokabular der neuen Wirtschaft, des Gesundheitspasses und der Massenimpfkampagne und beglückwünschte sich selbst zu den guten Punkten von Seiten der [Weltgesundheitsorganisation](#), der [Welt](#) und der [New York Times](#).

*Es handelt sich also nicht um eine Kritik an der Sucht, sondern um eine Suche nach Anerkennung, die den wirtschaftlichen, politischen und mentalen Rahmen des oben beschriebenen Status quo nicht verlässt.*

Schließlich verrät die jüngste Polemik der Regierungsmedien um die schlechten Englischkenntnisse des Oppositionskandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten bzw. Bürgermeisters von Budapest, Gergely Karácsony, über ihren anekdotischen Aspekt hinaus, tatsächlich die Relevanz dieser Abhängigkeitserklärung. Die Opposition muss ihre westliche Zugehörigkeit nicht beweisen, während die Regierung versucht, so schnell wie möglich zu zeigen, dass auch sie in der Lage ist, „up to date“, „modern“, „europäisch“ usw. zu sein. Mit der überwältigenden Mehrheit der international einflussreichen intellektuellen Kreise Budapests, die keine Gelegenheit auslassen, ihre Verachtung für sie zu zeigen, ist sie nicht einverstanden, und sie rennt diesem Minderwertigkeitskomplex hinterher.

Aus all diesen Gründen fällt das Fazit vernichtend aus: Ja, es gibt wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten, aber sie werden akzeptiert und scheinen sogar erwünscht zu

sein. Manche sehen vielleicht eine Inkonsequenz darin, abhängig sein zu wollen. Die Psychologie lehrt uns jedoch, dass es bei der wahren Sucht nicht so sehr darum geht, nach einem Objekt süchtig zu sein, sondern vielmehr darum, eine Form der Abhängigkeit von dem Leiden zu entwickeln, das diese Sucht mit sich bringt.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **30) Steffen Kotré (AfD-Fraktion im Bundestag): „Great Reset“ bedeutet ökosozialistische Planwirtschaft!**

22. 05. 2021

**Steffen Kotré, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, warnt in seiner Rede vor den ökosozialistischen Ideen vom „Great Reset“. Der Aushöhlung der sozialen Marktwirtschaft und der Demokratie stellt sich die AfD-Fraktion im Bundestag entschieden entgegen.**

*Hier das Transkript der Rede:*

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Weltwirtschaftsforum steht in diesem Jahr unter dem Motto Great Reset. Großer Umbruch. Regierungsvertreter und vom Staat alimentierte Nicht-Regierungsorganisationen planen den Umbau der westlichen Gesellschaft. Digitalisierung, Klima und Corona-Hysterie, Energiewende und missbrauchte Jugendliche werden benutzt, um ideologische Konzepte umzusetzen. Wissenschaft, Innovation, Technologie sollen planwirtschaftlich gesteuert werden. Nicht mehr der souveräne Kunde soll entscheiden, was produziert werden muss und soll, sondern Klima, Ideologen und Funktionäre. Es soll nur noch Unternehmen unterstützt werden, die sogenannten „klima- und umweltfreundlich“ sind. Unternehmen sollen also nicht mehr in allererster Linie Produkte erstellen, Umsatz und Gewinn machen, um die Gesellschaft zu stützen, sondern sich im Sinne der Regierung wohlverhaltend zeigen. Das heißt nichts anderes als die Aushöhlung der sozialen Marktwirtschaft hin zu einer ökosozialistischen Planwirtschaft.

Die ersten Vordenker wollen denn auch schon Demokratie und Eigentum abschaffen. Sie glauben das nicht? Ich darf das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit aus dem Jahre 2017 und aus der Smart City Carta zitieren:

„Vielleicht wird Privateigentum in der Tat ein Luxus oder verhaltensbezogene Daten können Demokratie als das gesellschaftliche Feedback System ersetzen.“

Aha, Klaus Schwab, Vorsitzender des Weltwirtschaftsforums: „Du wirst nichts mehr besitzen, aber glücklich damit sein.“ Oder Wolfgang Schäuble: „Wir können die Wirtschafts- und Finanzunion, die wir politisch bisher nicht zustande gebracht haben, jetzt hinbekommen.“ Eine Finanzunion wäre ebenfalls ganz klar grundgesetzwidrig.

Und was bedeutet der Große Umbruch? Im gesamten bedeutet es Staatsdirigismus, Gängelung der Unternehmen, De-Industrialisierung, Einschränkung der grundgesetzlichen Freiheiten, weniger Demokratie, Umverteilung von Fleißig zu Reich, vom Mittelstand zu Großunternehmen, von Deutschland zur EU. Es bedeutet weiterhin den Verlust an Produktivität, Innovationskraft, Arbeitsplätzen und Wohlstand. Er bedeutet Quoten statt Leistung und eine weitere Spaltung der Gesellschaft.

Diese Bundesregierung, die das vorantreiben möchte, ist ein Fall für den wirklichen Verfassungsschutz. Wir brauchen das Gegenteil dieser ökosozialistischen Planwirtschaft, [nämlich] Lösung der tatsächlichen Probleme der Menschen. Wir brauchen eine Entideologisierung und mehr direkte Demokratie. Vielen Dank!

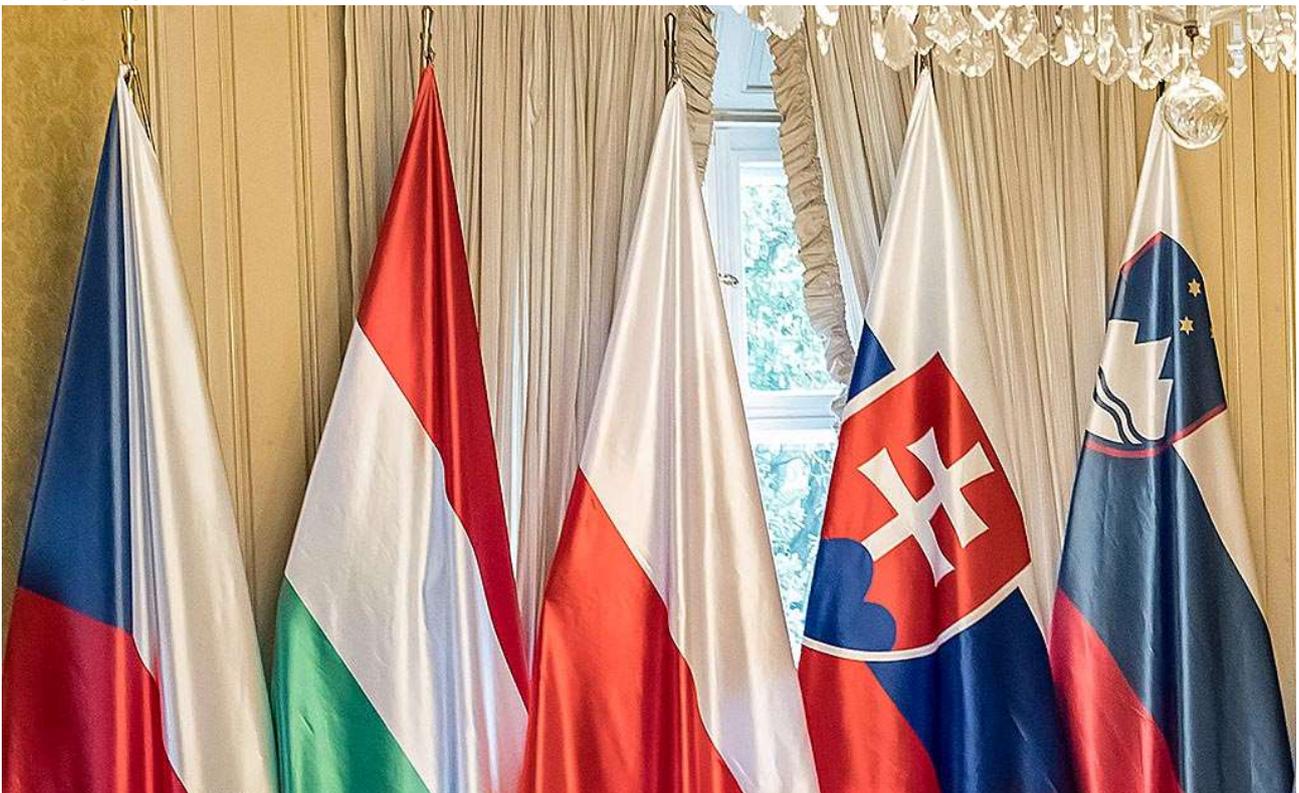
Quelle: [Youtube](#):

<https://unser-mittleuropa.com/steffen-kotre-afd-fraktion-im-bundestag-great-reset-bedeutet-oekosozialistische-planwirtschaft/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

### 31) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 17. bis 23. Mai 2021

24. 05. 2021



Bildquelle: Demokracija

#### **Ungarn**

- Ungarns Minister für Wirtschaftsstrategie, László György, gab am Montag (17. Mai) in der Zeitschrift Mandiner bekannt, dass die ungarische Wirtschaft im März mit einem Anstieg von 4 % im ersten Quartal das stärkste Wachstum in der Europäischen Union verzeichnete – trotz eines vorübergehenden Rückgangs von

- 3,6 % in der Automobilbranche aufgrund von Lieferproblemen. „All das zeigt, dass die ungarische Industrie eine ausgewogene Struktur hat und auf mehreren Beinen steht“, erklärt György, der sich auch über eine hohe Investitionsquote freut: „Nach Estland und Irland ist Ungarns Investitionsquote die dritthöchste im Jahr 2020 (27,3 %), fast 6 Prozentpunkte höher als der EU-Durchschnitt.“
- Der Kandidat der Oppositionspartei Párbeszéd (Dialog) für das Amt des Ministerpräsidenten bei den Parlamentswahlen 2022, der Budapester Bürgermeister Gergely Karácsony, stellte am 15. Mai sein Wahlprogramm vor, in dem er die Notwendigkeit der „Wiederherstellung der Demokratie“ und der „Reparatur der rechtlichen, moralischen und materiellen Schäden, die die Mehrheit über mehr als ein Jahrzehnt verursacht hat“, beteuert und Ungarn als „beschädigte und kranke Demokratie“ bezeichnet. „Wir suchen nicht nach einem Oppositionsführer, sondern nach einer Person, die das ganze Land führt“, fuhr er fort.
- Am Dienstag, den 18. Mai, empfing der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán Armin Papperger, den Vorstandsvorsitzenden des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall AG. Die beiden Männer sprachen unter anderem über die Produktion der neuen Generation des Schützenpanzers Lynx im ungarischen Werk Zalaegerszeg sowie über die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Flugabwehrwaffensystemen.
- Nach einem Treffen mit Matthias Corman, dem Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), am Dienstag, 18. Mai, in Paris sagte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó, dass die ungarische Regierung nicht in Erwägung ziehen werde, einen Mindeststeuersatz für Unternehmen zu akzeptieren, wie er vom neuen US-Präsidenten Joe Biden befürwortet wird. „Niemand hat das Recht, von außen in die ungarische Steuerpolitik einzugreifen“, sagte Szijjártó. „Lassen wir nicht zu, dass große Tech-Unternehmen einen unfairen Wettbewerbsvorteil haben, wenn es keine internationalen Steuerregelungen gibt!“
- Der Vorsitzende der Fidesz-Fraktion im ungarischen Parlament, Máté Kocsis, verkündete am Montag, den 17. Mai, auf seinem Facebook-Account, dass die ungarische Regierung erwägt, ein öffentlich durchsuchbares nationales Register von Personen einzurichten, die wegen Sexualstraftaten gegen Kinder (Pädophilie) verurteilt wurden.
- In einem am 13. Mai von der Zeitschrift Mandiner veröffentlichten Interview begrüßte der israelische Botschafter in Ungarn, Yacov Hadas-Handelsman, die Unterstützung Ungarns für sein Land im Zusammenhang mit der jüngsten Eskalation des Konflikts mit den Palästinensern: „Es ist wichtig, dass sich Ungarn in den politischen Debatten innerhalb der Europäischen Union für Israel einsetzt [...] viele Israelis haben ungarische Vorfahren, viele von ihnen sprechen auch Ungarisch, sie sind also immer noch Teil der ungarischen Kultur. [...] Der Fidesz ist eine rechtskonservative Partei wie der Likud. Zwischen Viktor Orbán und Benjamin Netanjahu hat sich ein gutes Verhältnis entwickelt. Ich glaube, dass die Art und Weise, wie die ungarische Regierung begann, sich mit der ungarischen Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen und während des Zweiten Weltkriegs auseinanderzusetzen, eine entscheidende Rolle bei der Annäherung spielte [...] Die ungarische politische Führung erkannte die Rolle und Verantwortung Ungarns im Holocaust an und erkannte, dass der ungarische Staat seine Bürger jüdischer Herkunft damals verraten hatte. Der andere Faktor ist, dass es in Ungarn im Vergleich zu anderen Ländern in Europa wenige antisemitische Übergriffe auf jüdische Gemeinden gibt, d.h. es ist sicher, als Jude in Ungarn zu leben.“
- Die Nationale Gesundheitsdirektorin Cecília Müller kündigte am Donnerstag, den 20. Mai, an, dass ab Montag, den 24. Mai, Krankenhausbesuche von Patienten für deren Angehörige wieder erlaubt sind, jedoch mit folgenden Bedingungen: Jeder Patient

- darf nur einen Besuch pro Tag haben, der Besucher muss ein Covid-Immunitätszertifikat (védettségi igazolvány) haben und der Besuch darf nicht länger als eine Stunde dauern. In den Kovid-Abteilungen sind Besuche weiterhin verboten.
- Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán verkündete am Freitag, den 21. Mai, in Radio Kossuth, dass der Meilenstein von fünf Millionen geimpften Menschen in Ungarn höchstwahrscheinlich an diesem Wochenende überschritten wird und dass infolgedessen die Ausgangssperre aufgehoben wird, ebenso wie die obligatorische Schließzeit der Geschäfte, dass das Tragen einer Maske auf der Straße nicht mehr vorgeschrieben ist, dass Sportveranstaltungen wieder stattfinden können, dass private Veranstaltungen mit bis zu 50 Personen (200 Personen bei Hochzeiten) – aber mit einem Immunitätsnachweis – in geschlossenen Räumen wieder stattfinden können. Der Meilenstein von fünf Millionen Geimpften wurde am Nachmittag des Samstags, 22. Mai, überschritten und löste die versprochene Aufhebung der Maßnahmen aus.

## Polen

- Die Seifenoper der internen Querelen in der Vereinigten Rechten Koalition – angeführt von der PiS – hat eine weitere Episode: Adam Bielan MdEP (Ex-Porozumienie), Jarosław Gowin Konkurrent um die Führung dieser Partei, kündigte am 16. Mai seine Absicht an, – innerhalb der Vereinigten Rechten – eine neue Partei mit anderen ausgeschlossenen Porozumienie-Mitgliedern zu gründen, darunter vermutlich Kamil Bortniczuk, Zbigniew Gryglas, Włodzimierz Tomaszewski und Michał Cieślak.
- Die Regierungsmehrheit ist nicht die einzige, die sich uneins ist. Der Vorsitzende der Oppositionspartei Bürgerplattform (PO), Borys Budka, hat am 14. Mai die Abgeordneten Paweł Zalewski und Ireneusz Raś wegen „Handlungen zum Nachteil“ der Partei ausgeschlossen. Dieser hatte in der Tat die Notwendigkeit von „tiefgreifenden Reformen“ innerhalb der PO geäußert, die in den Umfragen immer weiter an Boden verliert. In einem weiteren Zeichen der Krise, die Donald Tusks ehemalige Partei durchmacht, gab die Europaabgeordnete Róża Thun am Montag, den 17. Mai, bekannt, dass sie sich den Reihen der Bewegung Polska 2050 von Szymon Hołownia anschließt.
- Nach Angaben des polnischen Statistikamtes (GUS) sank das polnische Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2021 um 1,2 % aufgrund von Einschränkungen durch die Pandemie. Ökonomen glauben jedoch, dass dieser Rückgang nur vorübergehend ist und sagen für den Rest des Jahres ein Wachstum von 8–10 % voraus.
- Der Bürgermeister der Stadt Poznań (Posen), Jacek Jaśkowiak (PO), kündigte am Montag, 17. Mai, an, sich ab sofort nur noch mit Menschen zu treffen, die gegen Covid-19 geimpft sind, und forderte den polnischen Premierminister auf, die Impfung „verpflichtend“ zu machen: „Bei persönlichen Beziehungen ist es ganz einfach. Ich werde niemanden treffen, der mir nicht sagt, dass er geimpft ist, und wenn jemand gegen Impfungen ist, wird unsere Beziehung für eine Weile ausgesetzt, für Monate oder Jahre, um meine Gesundheit nicht zu gefährden“, erklärte er.
- Laut einer Anfang des Monats veröffentlichten Statistik zogen in den ersten vier Monaten des Jahres 50.000 Ukrainer und 5.000 Weißrussen nach Polen. Die polnischen Gehälter sind 4–5 mal höher als in der Ukraine und 2–2,5 mal höher als in Weißrussland, wobei die sich verschlechternde politische Situation in Weißrussland seit der umstrittenen Wiederwahl von Präsident Lukaschenko sicherlich eine Rolle bei diesem Trend spielt.
- Die US-Botschaft in Polen kündigte am Montag einen Wettbewerb für „Projekte zur Unterstützung der LGBTQI+-Community“ an: „Die US-Vertretung in Polen kündigt

einen Aufruf zur Bewerbung für Projekte zur Unterstützung der LGBTQI+-Community in Polen an – bis zum 14. Juni können Sie sich für Zuschüsse von bis zu 20.000 Dollar bewerben.“

- Beim Empfang der Botschafter aus 19 Ländern am 19. Mai sprach der russische Präsident Wladimir Putin die traditionell schwierigen russisch-polnischen Beziehungen an: „Die russisch-polnischen Nachbarschaftsbeziehungen könnten natürlich viel substanzieller und produktiver sein, zumal wir Nachbarn an der Ostsee sind“, sagte er dem neuen polnischen Botschafter in Moskau, Krzysztof Krajewski.
- Nach der Veröffentlichung am Montag, 17. Mai, eines offenen Briefes, der auf Initiative der dänischen Botschaft von 48 in Polen ansässigen ausländischen Diplomaten unterzeichnet wurde und Polen auffordert, die „Rechte“ von LGBT-Menschen zu schützen, kündigte der serbische Außenminister Nikola Selaković am Donnerstag, 20. Mai, seine Absicht an, den serbischen Botschafter in Warschau, Nikola Zurovac, zu entlassen, weil er den besagten Brief unterzeichnet hatte, ohne sich vorher an die Behörden in Belgrad zu wenden.
- Der polnische Bildungsminister Przemysław Czarnek kündigte am Donnerstag, den 20. Mai, an, dass die polnische Regierung plane, die Anzahl der Stunden im Geschichtsunterricht zu erhöhen, um „die nationale Identität der Kinder zu stärken“, und erklärte auch, dass die Europäische Union sicherlich eines Tages „als ein ‚illegales Gebilde‘ interpretiert werden würde, das früher legal war, aber nicht mehr dem eigenen Rechtsrahmen entspricht.“
- Im Rahmen des Streits zwischen der Tschechischen Republik und Polen um das Grenzbergwerk Turów – ein Braunkohletagebau – hat der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) am Freitag, den 21. Mai, entschieden, die Förderung von Kohle aus dem Bergwerk bis zum Ende des laufenden Verfahrens auszusetzen.
- Am Freitag, den 21. Mai, sagte der ehemalige polnische Außenminister und Europaabgeordnete Witold Waszczykowski (PiS), dass US-Präsident Joe Biden einen Fehler mache, wenn er versuche, mit Russland über die Aufhebung der US-Sanktionen gegen das Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 zu verhandeln: „Ich würde es bevorzugen, wenn die USA ihre Position entschieden darlegen würden. Sollten sich diese Informationen bestätigen, würde mich ein weiteres großes Angebot der USA an Russland überraschen. Es wäre eine sehr merkwürdige Verhandlungsstrategie, denn Biden hätte gezeigt, dass er sich auf Moskau zubewegt, bevor er irgendetwas ausgehandelt hat... Es hatte den Anschein, dass sich die US-Position gegenüber Russland verhärtet und nicht aufweicht. Es stellt sich heraus, dass die Wahrheit genau das Gegenteil ist.“

## **Tschechische Republik**

- Die Regierungsbeauftragte für Menschenrechte Helena Válková hat im Rahmen der „Regierungsstrategie zur Gleichstellung und Beseitigung von Hindernissen für ein würdiges Leben von LGBTI+ Menschen in der Tschechischen Republik 2021–2026“ einen Gesetzentwurf in das tschechische Abgeordnetenhaus eingebracht, der unter anderem die Möglichkeit einer offiziellen Geschlechtsumwandlung für Kinder, die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe oder einen verstärkten Schutz von LGBT-Menschen vor „verbalen Angriffen“ vorsieht. „Eine solche Situation herrscht beispielsweise im Gesundheits- oder Bildungsbereich vor, wo fast die Hälfte der LGBTI+-Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität auf negative Reaktionen gestoßen ist. Dies sind nur einige Beispiele für die Situation von LGBTI+ Menschen in der Tschechischen Republik. Es ist daher notwendig, eine Strategie zu verabschieden und die darin vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen“, heißt es in dem Dokument, das dafür plädiert, dass „offizielle geschlechtsangleichende Operationen auch für Jugendliche nach der Pubertät

möglich sein [sollten]“, eine Ansicht, die Marek Benda von der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) anprangert: „Das zeigt nur, wie die Positionen der gesamten Abteilung des Regierungsbeauftragten für Menschenrechte im Laufe der Jahre unter dem Einfluss der Linken übernommen wurden, und wie es notwendig sein wird, sie nach den Wahlen komplett neu aufzubauen [...] Im Fall der Kinder ist das völlig unmenschlich.“ Die gleiche Ansicht vertrat Marek Výborný, ehemaliger Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union (KDU-ČSL), während die Piraten voll zustimmten.

- Das Wahlbündnis aus den Piraten und der Partei der Bürgermeister und Unabhängigen (STAN) hat am Dienstag, den 18. Mai, sein Programm für die Parlamentswahlen im Oktober vorgestellt. „Wir sagen offen, dass unsere Priorität öffentliche Dienstleistungen sind. Wir müssen die Renten, die Bildung, das Gesundheitswesen aufrechterhalten, und deshalb werden wir, wenn es nicht anders geht, in Richtung Steuererhöhung gehen“, erklärte der Piraten-Abgeordnete Mikuláš Ferjenčík, unter anderem, da „es notwendig ist, das Staatsdefizit auf unter 3 % des Haushalts zu senken“, während die Piraten neben der gleichgeschlechtlichen Ehe und der Liberalisierung von Cannabis auch die Einführung des Euro durch die Tschechische Republik in Erwägung ziehen: „Jeder sollte gleiche Rechte haben. Sogar das Recht, jemanden zu heiraten, den wir lieben. Wir werden gleichgeschlechtlichen Paaren erlauben, unter gleichen Bedingungen zu heiraten. Es wird für niemanden Grenzen geben. Im Gegenteil, es wird das Leben von Tausenden von Paaren und Kindern verbessern [...] Das Verbot von Cannabis kostet uns jährlich Milliarden von Kronen, aber es reduziert nicht die Nachfrage und führt nicht zu einer Reduzierung des Schwarzmarktes. Die Besteuerung von kommerziellem Cannabis wird 4 Milliarden Kronen einbringen, die dem Staat Mittel zur Verfügung stellen, um zum Beispiel die Gesundheitsversorgung mitzufinanzieren.“
- Ein am 13. Mai in der tschechischen Abgeordnetenversammlung eingebrachtes Gesetz, dessen Hauptziel es ist, die tschechischen Personalausweise mit den Richtlinien der Europäischen Union für biometrische Daten in Einklang zu bringen, könnte eine kleine Revolution für tschechische Frauen sein. Nach diesem Gesetz wären sie nämlich nicht mehr verpflichtet, ihrem Nachnamen die Endung -ová hinzuzufügen, eine gesetzliche Vorschrift, die erst seit 1945 besteht.
- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó hat am Freitag, den 21. Mai, die Solidarität der ungarischen Regierung mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Andrej Babiš in seinem Streit mit der Europäischen Kommission zum Ausdruck gebracht und insbesondere daran erinnert, dass deren Angriffe auf den tschechischen Regierungschef damit begonnen haben, dass Babiš eine der liberalen Strömung feindliche Politik verfolgte und dass ungarische Spitzenpolitiker regelmäßig Gegenstand ähnlicher Angriffe waren: „Es ist nichts Neues unter der Sonne, dass versucht wird, Andrej Babiš politisch zu zerstören.“

## **Slowenien**

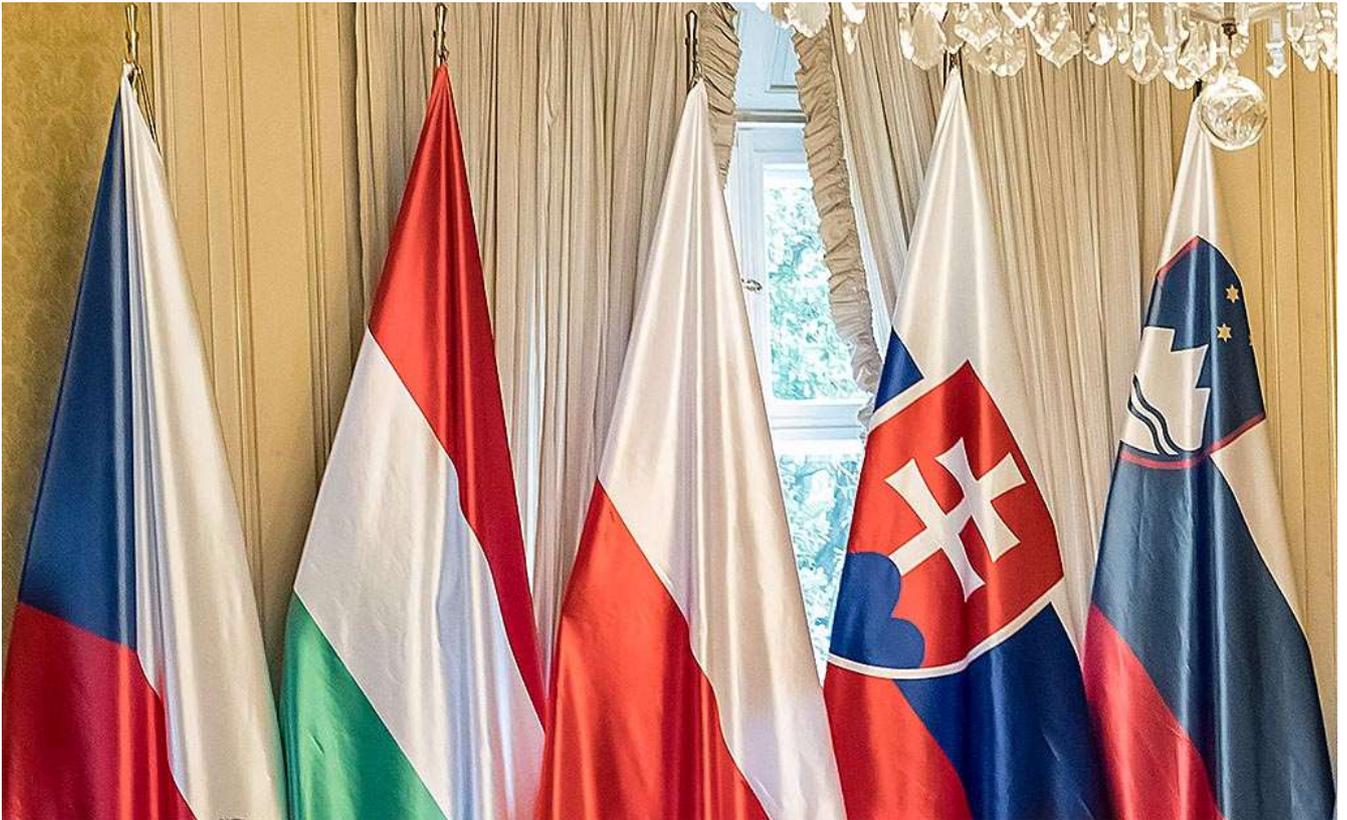
- Am 17. Mai wurde die Tagesordnung für die reguläre Sitzung der Nationalversammlung von den Mitgliedern der Nationalversammlung nicht genehmigt. Von den 84 Abgeordneten stimmten 42 mit Ja und 42 mit Nein. Da die derzeitige Regierung keine Mehrheit für die Agenda bekam, nutzte die Opposition das Ereignis, um die Forderung nach vorgezogenen Wahlen zu erheben.
- Am 17. Mai feierte Slowenien den 31. Jahrestag der Gründung der slowenischen Armee und der Schaffung der Manöverstruktur für die Landesverteidigung. Die Zeremonie wurde vom Innenminister Aleš Hojs eröffnet und fand in der Nationalgalerie in Ljubljana unter dem Titel „Manöverstruktur des Nationalen Schutzes – der Beginn der Bildung der slowenischen Streitkräfte“ statt.

- Auf Einladung des portugiesischen Ministers für Entwicklungsplanung, Nelson de Souza, nahm die Ministerin für Entwicklung und EU-Kohäsionspolitik, Zvone Černač, am 18. Mai an einem informellen audiovisuellen Treffen der EU-Minister für Kohäsionspolitik teil. Da Slowenien in etwas mehr als einem Monat die EU-Ratspräsidentschaft von Portugal übernimmt, betonte er, wie wichtig es ist, die nationalen Konjunktur- und Resilienzpläne so schnell wie möglich formell zu verabschieden.
- Am 18. Mai nahm Kulturminister Vasko Simoniti an der regulären Sitzung des EU-Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport in Brüssel teil. Er unterstrich seine Bemühungen, der Kultur eine Vielzahl von Finanzierungsquellen zur Verfügung zu stellen, und hob den Rekordhaushalt für die Kultur, die Einführung des Kultureuros und die zusätzliche Finanzierung durch die Resilienz- und Wiederherstellungsfazilität hervor.
- Am 19. Mai lehnte das Oberste Gericht der Republik Slowenien einen Antrag auf Rechtmäßigkeitsschutz ab, den die Oberste Staatsanwaltschaft gegen einen Beschluss des Obersten Gerichts in Ljubljana gestellt hatte, mit dem es dem Antrag der Untersuchungskommission „Kangler“ auf Beschlagnahme von Unterlagen (Daten) der Spezialisierten Staatsanwaltschaft stattgab.
- Am 20. Mai fand in Brdo pri Kranju die erste Eröffnungsdebatte mit dem Titel „Die Zukunft Europas – Ein Gespräch über strategische Herausforderungen zu Beginn der gesamteuropäischen Debatte“ statt, die vom Premierminister Janez Janša eröffnet wurde und an der neben dem Premierminister auch der Präsident der Republik Borut Pahor, der Berater des Präsidenten der Republik Dr. Janša und der Präsident der Republik Dr. Janša teilnahmen. Ferner nahmen teil: Ernest Petrič (über die AVK), der ehemalige Außenminister Dr. Dimitrij Rupel, Rechtsanwalt Dr. Matej Avbelj, Rechtsanwalt Dr. Jurij Toplak und Zofija Mazej Kukovič, die sich mit Resilienzfragen im Kontext der Europäischen Union beschäftigt.
- Am 21. Mai hob das Bezirksgericht Ljubljana die Vollstreckungstitel zur Einziehung von 169 T EUR für Januar 2021 und 169 T EUR für Februar 2021 auf, die das Bezirksgericht Ljubljana gegen das Amt für Regierungskommunikation aufgrund eines Vollstreckungsantrags der Slowenischen Presseagentur, vertreten durch Bojan Veselinović, erlassen hatte.
- Am 21. Mai veröffentlichte die Schulgewerkschaft Sviz unter Leitung des Linkspartei-Mitglieds Branimir Štrukelj die Ergebnisse der Unterschriftensammlung der Gewerkschaft für den Rücktritt von Bildungsministerin Simona Kustec, der sie Misswirtschaft im Ministerium vorwirft. Obwohl sie 40 Tausend Mitglieder haben, konnten sie nur 17 Tausend Unterschriften sammeln, was bedeutet, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder mit dem Rücktritt des Ministers nicht einverstanden ist.
- Am 23. Mai wurden in Slowenien nur 83 neue Coronavirus-Infektionen bestätigt, was bedeutet, dass sich die Situation verbessert.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **32) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 24. bis 30. Mai 2021**

31. 05. 2021



Bildquelle: *Demokracija*

### **V4**

- Laut Eurostat-Statistiken von Ende April sind Ungarn und Polen die beiden EU-Mitgliedsstaaten mit den höchsten Ein-Jahres-Inflationsraten, mit 5,2 % für Ungarn und 5,1 % für Polen (verglichen mit einem EU-Durchschnitt von 2 % und 1,6 % in der Eurozone).

### **Ungarn**

- Nachdem sie zunächst nicht offiziell auf den Fall der Ryanair-Boeing reagiert hatte, die am 23. Mai in Minsk landen musste, was zur Verhaftung des belarussischen Oppositionellen Roman Protassewitsch führte, der sich an Bord befand und dessen Freilassung die EU seitdem fordert, schlossen sich die ungarischen Behörden den anderen EU-Mitgliedsstaaten auf dem Brüsseler Gipfel an – der am Vortag größtenteils diesem Ereignis gewidmet war – und verurteilten diese Aktion Weißrusslands – die von einigen als „staatliche Luftpiraterie“ bezeichnet wurde – und verhängten neue Sanktionen gegen Polens Nachbarn. Dazu gehören die Aussetzung von Flügen von und nach Weißrussland durch europäische Fluggesellschaften, ein Verbot von Flügen nach und von Weißrussland durch europäische Fluggesellschaften bis auf weiteres und ein Überflugverbot über die Europäische Union für weißrussische Flugzeuge. Auf die Frage des Senders atv.hu antwortete der ungarische Außenminister Péter Szijjártó kurz und knapp: „Ungarn hat sich der Resolution der Europäischen Union zu diesem Thema angeschlossen. Die Aussage spiegelt also auch die Position unserer Nation wider. Diese Maßnahmen haben auch zur Streichung einiger Flüge (u. a. von Air France und Austrian Airlines) nach

Russland geführt, da die russischen Behörden keine alternativen Routen genehmigen, die nicht über Weißrussland führen.

- Der polnische Botschafter in Ungarn, Jerzy Snapek, überreichte im Namen des polnischen Präsidenten Andrzej Duda das Kommandeurskreuz der Republik Polen an den stellvertretenden ungarischen Ministerpräsidenten Zsolt Semjén (KDNP), der für nationale Politik, Kirchenfragen und Nationalitäten zuständig ist.
- Der ungarische Premierminister Viktor Orbán stattete Großbritannien am Samstag, den 29. Mai, einen offiziellen Besuch ab, wo er von seinem britischen Amtskollegen Boris Johnson empfangen wurde.

## **Polen**

- Der polnische Präsident Andrzej Duda stattete der Türkei am Montag, 24. Mai, einen offiziellen Besuch ab und traf dort unter anderem den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan.
- Vom Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) vorläufig dazu verurteilt, den Betrieb des Tagebaus Turów (Niederschlesien) sofort einzustellen, beschloss Polen, sich über das Urteil hinwegzusetzen, während Premierminister Mateusz Morawiecki eine gütliche Einigung mit seinem tschechischen Amtskollegen Andrej Babiš erzielte.
- Der für die Covid-Impfung zuständige polnische Minister Michał Dworczyk kündigte am Dienstag, den 25. Mai, den Start einer Lotterie an, um die Menschen zu ermutigen, sich impfen zu lassen: Eine Person von zweitausend wird einen Preis von 500 Zloty (111 Euro) gewinnen, während zwei Personen unter allen Geimpften in Polen eine Million Zloty (223.000 Euro) und ein Hybridauto gewinnen werden. Schließlich erhalten die ersten 500 Gemeinden, die 75 % der Geimpften erreichen, 100.000 Zloty (22.300 €).
- Der polnische Senat (in dem die Opposition die Mehrheit hat) hat am Donnerstag, den 27. Mai, das Ratifizierungsgesetz zum Europäischen Wiederaufbaufonds verabschiedet. Diese Ratifizierung durch alle 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist in der Tat für die Umsetzung des Konjunkturfonds notwendig. Eine zunächst von der Mehrheitsopposition im Senat angekündigte Präambel zu diesem Ratifizierungsgesetz wurde letztlich nicht angenommen, wie der stellvertretende Senatssprecher Marek Pęk erklärte: „Der Mehrheitsantrag auf eine Präambel zur Ratifizierung ist gescheitert! „Nach den positiven Voten des Sejm und des Senats ratifizierte der polnische Präsident Andrzej Duda am Freitag, den 28. Mai, im Namen Polens den Europäischen Wiederaufbaufonds, der Polen 58,1 Milliarden Euro zur Verfügung stellen wird – davon 23,9 Milliarden Euro in Form von Zuschüssen und 34,2 Milliarden Euro in Form von Darlehen.
- Die Protassewitsch-Affäre, benannt nach dem Regimegegner Alexander Lukaschenkos, der am vergangenen Sonntag, dem 23. Mai, auf dem Minsker Flughafen in einer in die weißrussische Hauptstadt umgeleiteten Ryanair-Maschine verhaftet wurde, hat in der polnischen Presse eine Reihe recht lebhafter Reaktionen hervorgerufen.
- Die Vereinigten Staaten haben gerade einen neuen Botschafter in Polen ernannt, es ist Mark Brzeziński, ein Jurist mit einem Dokortitel in Politikwissenschaft von der Universität Oxford und Sohn des ehemaligen polnischen nationalen Sicherheitsberaters von Präsident Jimmy Carter, Zbigniew Brzeziński.

## **Slowakei**

- Der slowakische Gesundheitsminister Vladimír Lengvarský kündigte am Donnerstag, 27. Mai, an, dass die Slowakei ab dem 7. Juni mit der Impfung mit dem russischen Impfstoff Sputnik V beginnen wird.

- Tschechische Republik
- Der neue tschechische Gesundheitsminister Petr Arenberger, der am 7. April vereidigt wurde, hat sich am Montag, den 24. Mai, zum Rücktritt entschlossen. Er wurde durch Adam Vojtěch ersetzt, der die gleiche Position bereits im letzten Jahr innehatte.

## **Slowenien**

- 30.5. Die Präsidenten von Slowenien, Deutschland und Portugal, Borut Pahor, Frank-Walter Steinmeier und Marcelo Rebelo de Sousa, betonten in Brdo pri Kranju (Egg bei Krainburg) die Bedeutung der europäischen Einheit und der europäischen Idee. Die europäische Idee sei „das Beste“, was dem europäischen Kontinent passiert sei, sagte Pahor bei einer gemeinsamen Pressekonferenz der drei Präsidenten. Er betonte, dass sie gepflegt werden muss. „Slowenien ist ein pro-europäisches Land, das seine Gründung vor 30 Jahren mit den Ideen von Demokratie und Europa verbunden hat. Das muss uns auch leiten, wenn wir an der Spitze der 27 stehen“, betonte er mit Blick auf die bevorstehende EU-Ratspräsidentschaft Sloweniens.
- 29.5. Während, wie wir alle wissen, frühere Regierungen in den Händen linker Parteien Hunderte von Millionen Euro für verschiedene Studien und Projekte verschwendet haben, die ihnen weder direkt noch indirekt zugute kamen, werden wir gerade Zeuge einer weiteren hervorragenden Kampagne der aktuellen Regierungsmannschaft von Premierminister Janez Janša. 93 Millionen Euro für 1.200 Arbeitsplätze in Altenheimen.
- 26.5. Die Nationalversammlung wird keine Anklage gegen Ministerpräsident Janez Janša vor dem Verfassungsgericht erheben, da ein solcher Antrag in der heutigen Sitzung keine ausreichende Unterstützung erhielt. 42 Abgeordnete stimmten für den Antrag auf ein verfassungsmäßiges Amtsenthebungsverfahren, 44 dagegen. Mindestens 46 Stimmen wären nötig, damit die Nationalversammlung Janša vor dem Verfassungsgericht anklagen kann. Die Parteien LMŠ, SD, SAB, Levica und die parteilosen Abgeordneten haben nach dem Misstrauensvotum gegen die Regierung eine neue politische Niederlage erlitten, da sie nicht genügend Stimmen für ein verfassungsmäßiges Amtsenthebungsverfahren gegen Premierminister Janez Janša sammeln konnten. Janša, der am Nachmittag im Haus der Demokratie eintraf, sagte, dass es „so viele absurde Dinge in der Verfassungsbeschwerde gibt, dass es keinen Sinn hat, sie alle zu beantworten oder darüber zu streiten“. Er verließ die Sitzung unmittelbar nach seiner Rede und war bei der Abstimmung nicht anwesend.
- 26.5. Nach der dritten Welle der Epidemie sind die meisten Aktivitäten in Slowenien freigegeben worden. Die Indikatoren und Prognosen für Slowenien sehen gut aus, was sich positiv auf die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen und das Wohlbefinden der Bevölkerung auswirken wird. Allerdings steht Slowenien vor der Herausforderung, bestimmte Strukturreformen in Bereichen durchzuführen, die in der Vergangenheit vernachlässigt wurden.
- Das Wirtschaftsklima in Slowenien verbessert sich den sechsten Monat in Folge. Der Wert des Wirtschaftsklimaindikatoren lag im Mai 2021 um 6,2 Prozentpunkte höher als im April 2021 und um 6,8 Prozentpunkte höher als im langjährigen Durchschnitt. Im Vergleich zum Mai 2020 war der Wert des Wirtschaftsklimaindikatoren im Mai 2021 um 36,8 Prozentpunkte höher. Die jährliche Verbesserung des Indikatoren wurde von allen fünf Komponenten getragen, am stärksten jedoch vom Vertrauensindikator für das verarbeitende Gewerbe und dem Vertrauensindikator für den Dienstleistungssektor.

### 33) Ungarischer Außenminister: V4-Länder könnten Gewinner in der Weltordnung nach der Pandemie sein

29. 05. 2021



Außenminister Péter Szijjártó · Bildquelle; Remix News

#### ***Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei könnten aus der Pandemie stärker als je zuvor hervorgehen***

Die Visegrád-Vier-Gruppe (V4) könnte durch ihre kollektiven Bemühungen und strategische Partnerschaft als einer der Sieger einer post-pandemischen Weltordnung hervorgehen, sagte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó während einer Pressekonferenz letzte Woche.

Während er nach einem Treffen der V4-Außenminister in der zentralpolnischen Stadt Lodz zu Pressevertretern sprach, betonte der ungarische Außenminister, dass die kulturelle, politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den vier Visegrád-Ländern Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei immer mehr Früchte trage.

„Infolge der Coronavirus-Pandemie ist es keine Übertreibung, von einer neuen globalen Ordnung zu sprechen, die sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich entsteht“, sagte Szijjártó. „Die enge Zusammenarbeit zwischen den V4-Ländern sichert einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung in der Zukunft und ermöglicht es der Gruppe, zu den Gewinnern dieser neuen globalen Ordnung zu gehören.“

Nachdem er die gemeinsamen Bemühungen der V4-Länder gelobt hatte, die die Einführung verbindlicher Quoten für die Verteilung von Migranten auf EU-Ebene verhindert haben,

merkte Szijjártó auch an, dass der Common-Sense-Ansatz des Bündnisses in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik dazu geführt hat, dass Mitteleuropa die attraktivste Region in Europa für Investitionen geworden ist.

Szijjártó betonte, dass Mitteleuropa heute ein wichtiger Zulieferer für die deutsche Industrie, das „Rückgrat der europäischen Wirtschaft“, sei und fügte hinzu, dass das Handelsvolumen zwischen der Visegrád-Gruppe und Deutschland im Jahr 2019 300 Milliarden Euro überstieg.

Der Außenminister äußerte sich zu der disziplinierten Steuerpolitik Mitteleuropas, den relativ niedrigen Steuern und dem Plan von US-Präsident Joe Biden, eine globale Unternehmenssteuer einzuführen: „Ungarn wird niemals eine Mindeststeuer auf globaler Ebene unterstützen. Wir werden die Steuern nicht unter internationalem Druck erhöhen. Die Beibehaltung der Steuerpolitik als nationale Kompetenz ist eine Garantie für unsere Wettbewerbsfähigkeit.“

Szijjártó bekräftigte auch das Interesse Ungarns an einem starken Europa, das seiner Meinung nach „ohne starke christliche Werte und Gemeinschaften nicht existieren kann“. Deshalb werde die ungarische Regierung „weiterhin verfolgte Christen in der Welt unterstützen und darauf bestehen, dass die christlichen Grundwerte Europas gestärkt werden“, fügte er hinzu.

In seinen abschließenden Bemerkungen sagte der ungarische Minister, dass er hoffe, dass bald Vereinbarungen getroffen werden können, die dazu führen, dass COVID-19-Immunitätszertifikate von den V4-Mitgliedern gegenseitig akzeptiert werden.

Der polnische Außenminister Zbigniew Rau gab ebenfalls eine kurze Pressekonferenz, in der er über die Prioritäten sprach, auf die sich die V4-Länder seiner Meinung nach in naher Zukunft konzentrieren sollten.

„Eine der Prioritäten der Visegrád-Gruppe in den kommenden Jahren und Monaten sollte die Unterstützung der Länder der Östlichen Partnerschaft und des Westbalkans sein, sowohl im Hinblick auf die Bekämpfung der Pandemie als auch auf die euro-atlantischen Bestrebungen“, sagte Rau.

Der tschechische Außenminister Jakub Kulhánek lobte in seinen Ausführungen die Zusammenarbeit zwischen den V4-Ländern während der Pandemie, von der er hoffe, dass sie auch in der Zeit nach Covid fortgesetzt werde“. Er betonte auch das gemeinsame Ziel der Allianz, dass ein gemeinsames europäisches Immunitätszertifikat erstellt wird, um in diesem Sommer sichere Reisen innerhalb des Blocks zu ermöglichen.

Gegenwärtig hat die Visegrád-Gruppe – als eine wirtschaftliche Einheit – das vierthöchste Bruttoinlandsprodukt in der Europäischen Union und das fünfzehnthöchste in der ganzen Welt.

Quelle: [Remix News](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **34) Länder außerhalb Europas wollen in das Drei-Meere-Projekt in Mitteleuropa investieren**

24. 05. 2021



#### ***Das Drei-Meere-Projekt benötigt umfangreiche Mittel für den Aufbau der Infrastruktur in Mittel- und Osteuropa***

Japan, Südkorea und Katar signalisieren ihr Interesse, in die mittel- und osteuropäische Region zu investieren, die noch mehr als 600 Milliarden Euro benötigt, um den Rückstand gegenüber dem westlichen Teil Europas aufzuholen.

Die Vorstandsvorsitzende der polnischen BGK-Bank, Beata Daszyńska-Muzyczka, die auch Direktorin des Aufsichtsrates des Drei-Meere-Fonds ist, betonte, dass der gesamte Handelsstrom aller Länder der Region 225 Milliarden Euro übersteigt. Die Drei-Meer-Region erwirtschaftet rund 20 Prozent des BIP der EU und umfasst eine Fläche von 1,2 Millionen Quadratkilometern, die von 111 Millionen Menschen (einem Viertel der EU-Bevölkerung) bewohnt wird.

„Wir müssen nicht nur zu den westeuropäischen Staaten aufschließen, sondern auch mit ihnen mithalten und Investoren aus aller Welt immer wieder daran erinnern, wie attraktiv und einzigartig die Drei-Meere-Region mit ihrem hohen Wirtschaftswachstum und ihrer Krisenresistenz ist“, sagte sie.

Auf der Konferenz Kapital für Infrastruktur<sup>24</sup>, die von der bulgarischen Entwicklungsbank in Sofia organisiert wurde, waren sich die Teilnehmer einig, dass die Notwendigkeit, die infrastrukturellen Anforderungen der Drei-Meere-Region zu erfüllen, eine perfekte Gelegenheit für Investoren und eine Chance für die wirtschaftliche Entwicklung der Region ist.

Der bulgarische Präsident Rumen Radev betonte, dass Investitionen in die Infrastruktur eine große Chance für die sozial-ökonomische Entwicklung und die Verbesserung der Verbindungen zwischen den Drei-Meeres-Staaten sind.

Die wirtschaftliche Dimension der Drei-Meere-Kooperation ist der Drei-Meere-Fonds, in den neun der 12 Mitgliedsstaaten investiert haben. Neben der Vertiefung der Zusammenarbeit und der Verbesserung der Infrastruktur in der Region ist es das Ziel des Fonds, Gewinne für seine Investoren zu erwirtschaften, weshalb auch Länder außerhalb Europas an Investitionen interessiert sind, darunter Nationen wie Japan, Südkorea und Katar.

Die Investitionen in Transport und Logistik (Straßen- und Eisenbahnbau, Seetransport und Flughäfen) in der Drei-Meere-Region werden sich bis 2030 auf 290 Milliarden Euro belaufen, weitere 88 Milliarden Euro werden für Energie ausgegeben, während die Entwicklung der digitalen Infrastruktur 160 Milliarden Euro erfordert.

Der erhebliche Bedarf an Investitionen in die Infrastruktur in Mittelost- und Südeuropa wird durch den jüngsten Bericht des Internationalen Währungsfonds bestätigt.

Der Bericht weist darauf hin, dass eine 50-prozentige Reduzierung der Zahlungsrückstände bis 2030 einen jährlichen Mittelumlauf von bis zu 3 bis 8 Prozent des BIP erfordern wird. Diese Investitionen werden sich jedoch auf das künftige BIP-Wachstum übertragen.

Quelle: [Telewizja Polska \(tvp.info\)](https://www.tvp.info)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **35) Tschechischer Präsident Zeman: „Ich bitte das serbische Volk um Vergebung“**

21. 05. 2021



Miloš Zeman, Präsident der tschechischen Republik · Foto: Facebook

Es kommt nicht oft vor, dass ein Politiker den Mut hat, sich öffentlich an die Brust zu schlagen für Fehler, die er im Amt gemacht hat. Doch genau das tat der tschechische Präsident Miloš Zeman an diesem Dienstag, 18. Mai, in Prag, als er seinen serbischen Amtskollegen Aleksandar Vučić empfing.

### *Aufstand albanischer Rebellen im Kosovo*

1999 sah sich das damalige Jugoslawien – bestehend aus Serbien und Montenegro – mit einem Aufstand albanischer Rebellen in seiner historischen Südprovinz Kosovo konfrontiert – [wo die Albaner im späten 19. Jahrhundert zur Mehrheit wurden](#) –, während sich die westlichen Länder meist auf die Seite der Albaner stellten, deren einseitige Unabhängigkeitserklärung sie unterstützten. Um den serbischen Widerstand gegen die Anordnungen der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zu brechen, fasste die NATO den Beschluss, jugoslawische Städte zu bombardieren, ein Beschluss, an dem die Tschechische Republik, die dem atlantischen Bündnis im März 1999 gerade beigetreten war, de facto gezwungen wurde, sich zu beteiligen, während Miloš Zeman Ministerpräsident war. Etwa 500 serbische Zivilisten wurden bei den Bombardements getötet.

### *„Ich möchte mich für die Luftangriffe entschuldigen“*

*„Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um mich für die Bombardierung des ehemaligen Jugoslawiens zu entschuldigen [...]*

*Ich möchte mich für die Luftangriffe auf das ehemalige Jugoslawien entschuldigen. Ich bitte das serbische Volk um Vergebung. Das hat mich von Anfang an nicht in Ruhe gelassen. Die Entscheidung über die Luftkampagne wurde nur wenige Wochen nach unserem NATO-Beitritt getroffen. Wir waren das letzte Land, das grünes Licht gegeben hat“,*

sagte Miloš Zeman gegenüber Aleksandar Vučić am Dienstag in Prag, und erklärte, er habe damals „verzweifelt“, aber vergeblich versucht, sich dem NATO-Beschluss zu widersetzen. Er und seine Regierung hätten sich letztlich den Anweisungen des Westens gebeugt, was Zeman als „Mangel an Mut“ bezeichnete. „Mit dieser Bitte um Vergebung löse ich ein langjähriges Trauma auf, denn Reue ist befreiend. Ich habe es gesagt und meine Seele gerettet“.

### *Tschechen Brudervolk der Serben*

Der serbische Präsident Vučić würdigte die Geste von Miloš Zeman und antwortete:

*„Von diesem Tag an wird das serbische Volk die Tschechen nicht nur als eine befreundete Nation, sondern auch als ein Brudervolk betrachten. Das serbische Volk wird Zemans Worte nicht vergessen, wir werden ihm ewig dankbar sein, denn das, was er über die Bombardements gesagt hat, ist von keinem anderen Verantwortlichen [für die Angriffe auf Jugoslawien 1999] gesagt worden“.*



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **36) Keine ungarische Außenpolitik ohne ungarische Nationalpolitik**

22. 05. 2021



Péter Sztáray, Staatssekretär für Sicherheitspolitik, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel · Foto: Zoltán Havran

#### ***Péter Sztáray: Die ungarische Präsidentschaft bringt auf die Agenda, was der Westen gerne verschweigen würde***

- *Wir werden versuchen, die ungarische Präsidentschaft zu nutzen, um die Rechte der nationalen Minderheiten innerhalb des Europarates zu fördern und die ungarischen Gemeinschaften jenseits der Grenzen stark zu unterstützen, sagte Péter Sztáray, Staatsminister für Sicherheitspolitik des Außen- und Handelsministeriums, in einem Interview mit Magyar Nemzet anlässlich der Übernahme des ungarischen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarates zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Demokratie, das 47 europäische Länder in Straßburg vereint. Er wurde auch zu den ukrainisch-ungarischen Beziehungen, der EU-Erweiterung auf dem Westbalkan und der westeuropäischen Doppelzüngigkeit befragt.*

- **Eine der Prioritäten der ungarischen Präsidentschaft des Europarates ist die effektive Förderung des Schutzes nationaler Minderheiten. Welche konkrete Hilfe können z.B. die jenseits der Grenzen lebenden Ungarn erwarten?**

– Der Europarat ist eine der wichtigsten europäischen Organisationen, wenn es darum geht, die Rechte von nationalen Minderheiten zu garantieren. Nachdem wir gesehen haben, dass das Minority SafePack (eine europäische Bürgerinitiative zum Schutz indigener Minderheiten – Anm. d. Red.) von der Europäischen Kommission abgelehnt wurde, haben wir beschlossen, zu versuchen, die ungarische Ratspräsidentschaft zu nutzen, um die Rechte nationaler Minderheiten innerhalb des Europarates zu fördern und den ungarischen Gemeinschaften jenseits der Grenzen starke Unterstützung zu geben. Die ungarische Außenpolitik ist ohne die ungarische Nationalpolitik nicht denkbar. Wir veranstalten vier

Konferenzen zu diesem Thema: zwei in Ungarn und zwei in Strassburg. Ziel dieser Konferenzen ist es, eine Bestandsaufnahme der Situation in Europa in Bezug auf die Rechte nationaler Minderheiten zu machen und zu prüfen, wie wir Fortschritte erzielen können, denn der Europarat hat auch eine normsetzende Funktion.

**- Aus der Sicht der jenseits der Grenzen lebenden Ungarn sind es wohl die Menschen in den Unterkarpaten, die am meisten Hilfe brauchen, da die ukrainische Führung ihre Sprachrechte beschnitten hat und die Ungarn und ihre Führer regelmäßig von den staatlichen Behörden schikaniert und von nationalistischen Organisationen bedroht werden. Sehen Sie eine Chance, dass die ukrainisch-ungarischen Beziehungen in naher Zukunft aus dem Abgrund herauskommen und sich dadurch die Situation der Ungarn in den Unterkarpaten verbessert?**

- Seit September 2017, als das ukrainische Parlament das Bildungsgesetz verabschiedete, haben wir in der Tat in vielen Bereichen einen Rückschritt bei den Rechten der nationalen Minderheiten erlebt, insbesondere bei den Sprach- und Bildungsrechten. Es liegt im Interesse der ungarischen Regierung und der ungarischen Gemeinschaft in den Unterkarpaten, eine Art Vereinbarung mit der Ukraine über die Wiederherstellung dieser Rechte zu treffen, denn

Wenn die zentrale Führung auch in anderen Bereichen Druck auf die betroffenen Minderheiten, ihre Führer und ihre Bildungseinrichtungen ausübt, werden sie sehr bald ohne Perspektive dastehen.

Außenminister Péter Szijjártó hat sich im vergangenen Jahr regelmäßig mit seinem ukrainischen Amtskollegen getroffen, um eine gemeinsame Basis zu finden, auf der die Schwierigkeiten in den Beziehungen überwunden werden können. Einige davon sind praktischer Natur, wie z.B. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Infrastruktur und des Straßenbaus, aber es ist ebenso wichtig, Fortschritte in der Frage der nationalen Minderheitenrechte zu erzielen. Die vergangene Woche war in dieser Hinsicht bedeutsam, da der Gemeinsame Ausschuss für Bildung in Budapest tagte und Diskussionen über eine Reihe von Themen in einer konstruktiven Atmosphäre stattfanden. Hoffen wir, dass dies auch Früchte tragen wird. Das sind Gründe für Optimismus, aber von einer wirklich beruhigenden langfristigen Lösung für die Ungarn in den Unterkarpaten sind wir noch weit entfernt.



Péter Sztáray, Staatssekretär für Sicherheitspolitik, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel · Foto: Zoltán Havran

**- Ungarn legt wegen der Situation der Ungarn in den Unterkarpaten sein Veto gegen die Annäherung der NATO an die Ukraine ein. Ist dies eine Möglichkeit, Druck auf die Ukraine auszuüben, um eine Lösung zu finden?**

- Ich möchte betonen, dass Ungarn vor September 2017 einer der stärksten Befürworter der euro-atlantischen Annäherung der Ukraine war, sei es im Bereich der Visaliberalisierung oder des umfassenden Abkommens mit der EU. Leider sind wir gezwungen, ein Veto gegen die Einberufung von Treffen des NATO-Ukraine-Ausschusses auf Minister- oder Staats- und Regierungschef-Ebene einzulegen, bis die Ukraine die früheren Rechte von Minderheiten garantiert. Für Ungarn ist es wichtig, dass die Ukraine ein stabiles, sich entwickelndes Land ist, und deshalb glaube ich, dass wir, wenn der politische Wille vorhanden ist – und der ist auf unserer Seite vorhanden -, durch die Fortsetzung der Verhandlungen Ergebnisse erzielen können.

**- Die Ukraine stand in letzter Zeit vor sicherheitspolitischen Herausforderungen: In der Ostukraine sind die Kämpfe wieder aufgeflammt, und Russland hat Truppen an die ukrainischen Grenzen verlegt und sie dann wieder abgezogen. Inzwischen gibt es starken politischen Druck aus den Vereinigten Staaten auf die ukrainische Führung. Wie wirken sich diese Faktoren auf die Beziehungen Ungarns zur Ukraine aus?**

- Der ukrainische Staat befindet sich in einer prekären Situation, mit einem langwierigen Konflikt im Osten und der Annexion der Krim durch Russland. Seit 2014 hat Ungarn seine Solidarität mit der Ukraine in vielen Foren und Formen zum Ausdruck gebracht, und wir haben wiederholt unsere Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine bekräftigt. Dennoch sind wir der Meinung, dass die schwierige Situation, in der sich die Ukraine befindet, kein Grund sein sollte, die Rechte von Minderheitengemeinschaften

im Rahmen eines beschleunigten Aufbaus der Nation zu beschneiden. Diese beiden Punkte müssen getrennt werden. Genau aus diesem Grund unterstützt Ungarn die praktische Zusammenarbeit mit der Ukraine in der NATO, aber gleichzeitig nicht die institutionelle Annäherung der Ukraine an das Bündnis.



Indem sie die Erweiterung des westlichen Balkans verzögert, handelt die EU gegen ihre eigenen Interessen, sagt Péter Sztaray · Foto: Zoltán Havran

**- Der Westbalkan ist für Ungarn auch aus sicherheitspolitischer Sicht von Bedeutung. Ungarn hat sich sehr dafür eingesetzt, dass die Länder, die sich um den Beitritt zur Europäischen Union bewerben, so schnell wie möglich beitreten, um mehr Stabilität in der Region zu schaffen, aber der Erweiterungsprozess scheint ins Stocken geraten zu sein. Könnten sich diese Länder von Europa abwenden?**

- Aus der Sicht der Interessen Ungarns ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Länder des westlichen Balkans so schnell wie möglich und in möglichst großer Zahl den euro-atlantischen Organisationen beitreten, da dies die Region langfristig stabilisieren wird. Jahrzehnte und Jahrhunderte von Konflikten zeigen, dass

*es auf dem westlichen Balkan Instabilität gab, was unsere Sicherheit beeinträchtigt hat.*

Die NATO hat bereits drei Staaten aus der Region aufgenommen, was ein großer Erfolg ist. Aber der Prozess des EU-Beitritts hat sich verlangsamt. Es wäre wichtig, die Möglichkeit von Beitrittsverhandlungen für Albanien und Nordmazedonien während der portugiesischen EU-Präsidentschaft zu eröffnen. Ebenso wichtig ist es, die Verhandlungen mit Montenegro und Serbien zu beschleunigen, die bereits begonnen haben. Die Beitrittskandidaten müssen natürlich die von der EU gestellten Bedingungen erfüllen, aber es gibt auch ein strategisches Interesse: Stabilität und Sicherheit in der Region werden nur dann langfristig gewährleistet sein, wenn diese Länder tatsächlich beitreten. Wenn sie keine klare Perspektive haben,

werden sich ihre Gesellschaften nicht für die Integration engagieren und andere Akteure können in der Region an Einfluss gewinnen. Wenn die EU zurückfällt, handelt sie gegen ihre eigenen Interessen.

**- Für die Sicherheit und Stabilität des Westbalkans ist es auch von nicht geringer Bedeutung, dass der Migrationsdruck auf der Westbalkanroute wieder zugenommen hat. Auch in Ungarn hat die Zahl der illegalen Grenzübertritte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zugenommen. Eine gemeinsame europäische Lösung für dieses Problem gibt es noch nicht. Was kann Ungarn in dieser Situation tun?**

- Ungarn hat sich der Tatsache gestellt, dass die primäre und ernsthafteste Bedrohung die Migration ist. Eine große Anzahl von Menschen hat auch versucht, das ungarische Staatsgebiet unkontrolliert zu überqueren. Daraus haben wir die Konsequenzen gezogen, und deshalb haben wir ein Sicherheitssystem aufgebaut, das einen effektiven Schutz an unseren Südgrenzen bietet. Doch das allein reicht nicht aus. Wir müssen die Schutzlinien vorantreiben, und wir arbeiten dabei eng mit den westlichen Balkanstaaten zusammen, und wir versuchen auch, den Herkunftsländern durch Ungarn-Hilfen und andere Programme zu helfen, Bedingungen zu schaffen, die die Menschen ermutigen, zu bleiben und nicht auszuwandern.

*Das Wichtigste für uns ist, dass es in der Frage der Migration keine Aufnahmepflicht geben darf. Das ist ein Anspruch, der von Zeit zu Zeit auftaucht, aber bisher haben wir es geschafft, ihn zu vermeiden.*

Solidarität kann viele Formen annehmen. Wir schützen zum Beispiel die Außengrenze des Schengen-Raums im Süd-Süd-Osten, wofür wir ganz erhebliche Mittel aufwenden. Mit dem richtigen politischen Engagement kann die unkontrollierte Einwanderung gestoppt werden: Wir sind die Landgrenzen, wie der ehemalige italienische Innenminister Matteo Salvini durch den Schutz der Seegrenzen bewiesen hat.

**- Im Zusammenhang mit der Migration gibt es eine weitere Priorität des ungarischen Ratsvorsitzes: den interreligiösen Dialog. Dies ist gerade jetzt besonders aktuell, da französische Generäle und Militäroffiziere kürzlich in einem offenen Brief an Präsident Emmanuel Macron vor der Gefahr des Islamismus und des Ausbruchs eines Bürgerkriegs gewarnt haben und der israelisch-palästinensische Konflikt von antisemitischen Vorfällen in verschiedenen westeuropäischen Ländern begleitet wurde. Das sind Probleme, die Mitteleuropa nicht betreffen. Wie kann Ungarn zu diesem Dialog beitragen?**

- Eine der aktuellsten Fragen ist heute, wie sichergestellt werden kann, dass die Religionen so koexistieren können, dass jeder nach seinen eigenen Überzeugungen leben kann, aber nicht auf Kosten der Anhänger der anderen Religion. Wir erleben sehr ernste und beunruhigende Vorfälle in Europa, die wir gerne vermeiden würden. Deshalb wollen wir dieses Thema auf die Tagesordnung setzen, um bestimmte Länder mit der Tatsache zu konfrontieren, dass dies bestehende Probleme sind, die nicht unter den Teppich gekehrt werden können.

**- Was in Ungarn als Problem gesehen wird, wird in Westeuropa vielleicht nicht als Problem gesehen.**

- In Europa wird ein doppeltes Spiel getrieben. Im Sinne der politischen Korrektheit haben viele Menschen das Gefühl, dass diese Probleme vertuscht werden müssen. Aber wenn man sich in den Städten Westeuropas umschaute, sieht man die Probleme, die durch die

Migration entstehen, verstärkt durch die Ausbreitung des Antisemitismus. Der palästinensisch-israelische Konflikt wird zum Beispiel in Westeuropa durch antisemitische Aufmärsche und das Verbrennen israelischer Flaggen ausgetragen. Dies ist für uns inakzeptabel.

*Im Vergleich zu dem, was in Westeuropa passiert, ist Ungarn eine Insel des Friedens.*

In Ländern, die sich selbst zu den fortschrittlichsten Demokratien zählen, werden Verbrechen in einem Ausmaß begangen, das wir uns nicht einmal vorstellen können. Auch diese werden wir während unserer Präsidentschaft zeigen. Neben der Förderung des interreligiösen Dialogs ist eine unserer Prioritäten, das Bewusstsein in Europa für die Verfolgung von Christen zu schärfen, die in der Welt sehr weit verbreitet ist, über die die Mainstream-Presse aber kaum berichtet.



Der Staatssekretär sagte, Ungarn sei eine Insel des Friedens im Vergleich zu dem, was in Westeuropa passiere - Foto: Zoltán Havran

**- Apropos Doppelzüngigkeit: Der Europarat und sein Beratungsgremium, die Venedig-Kommission, haben Ungarn in den letzten Jahren mehrfach wegen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsfragen kritisiert. Wie ist das Verhältnis des ungarischen Ratsvorsitzes zur Führung des Europarates?**

- Das persönliche Verhältnis ist ausgezeichnet. Péter Szijjártó hat sich mehrmals mit der Generalsekretärin Marija Pejčinović Burić, der Kommissarin für Menschenrechte Dunja Mijatovic, dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung Rik Daems und dem Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Róbert Ragnar Spano getroffen. Wir haben uns ganz bewusst auf diese enge Beziehung eingestellt, und wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt, können wir sie diskutieren. Wir haben den Führern des

Europarates klar gemacht, dass es wichtig ist, dass sie mit uns sprechen, wenn sie ein Problem wahrnehmen. Wir können ihnen sagen, wie die tatsächliche Situation ist. Leider habe ich in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass

*sie durch oberflächliche Informationen, durch voreingenommene Quellen informiert wurden, und deshalb waren die Schritte, die sie unternahmen, nicht im Einklang mit dem, was die Situation in Ungarn gerechtfertigt hätte.*

Péter Szijjártó, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Handel, und Judit Varga, die Justizministerin, informieren den Europarat häufig über die reale Situation in Ungarn. Diese Arbeit muss fortgesetzt werden und die Fehlinformationen und politisch motivierten Anschuldigungen, die von Zeit zu Zeit auftauchen, müssen ausgeräumt werden.

**- Die Vertretung der Interessen der jungen Generation ist auch eine der Prioritäten des ungarischen Ratsvorsitzes. Warum sollte dieses Thema separat behandelt werden?**

- Für die Regierung sind die Bedingungen, unter denen die zukünftige Generation leben wird, von größter Bedeutung, und der Europarat bietet eine geeignete Plattform für Diskussionen darüber. Es geht nicht nur um junge Menschen, sondern auch um die Zukunft von Familien und die Chancengleichheit von Roma-Minderheiten. Das ist ein komplexes Paket, das auch für den langfristigen Wohlstand Europas wichtig ist, denn es wird an unseren Kindern liegen, zu entscheiden, was für ein Europa geschaffen wird und in welche Richtung es sich entwickeln wird. Auch die ungarische Präsidentschaft des Europarates wird ein geeignetes Instrument sein, dies zu fördern.

Quelle: [Magyar Nemzet](#) (Autor: Zoltán Kottász)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### 37) Ungarn: Wo ist links, wo ist rechts?

Von Irén Rab

20. 05. 2021



Die Regenbogenkoalition (DK, Jobbik, LMP, MSZP, Momentum, Párbeszéd) *Bildquelle: Azonnali · Foto: Ungarnreal*

Es war einmal in Ungarn eine rechtsextreme Partei, über deren Provokationen sich halb Europa den Mund zerrissen hat.

Sie selbst sahen sich natürlich keinesfalls als Extremisten, sie **wollten einfach eine gerechte Gesellschaft auf christlicher, nationaler Basis**. Sie waren jung, unbelastet vom bolschewistischen Erbe oder der Last des (kompromittierten, ungarischen) Liberalismus der Nachwendezeit. Die Jobbik-Bewegung für Ungarn wurde von der Jobbik-Jugendgemeinschaft **gegründet, einer Jugendorganisation von Universitäts- und Hochschulstudenten**.

Damals – es war 2003 – schien die Welt der ungarischen Universitäten noch von einer eher konservativen, christlichen und patriotischen Weltanschauung beherrscht zu sein. (Oder von der für die Jugend typischen ewig oppositionellen, immer etwas anderes wollenden Haltung. Nicht zu vergessen, nach den Wahlen 2002 wurde Ungarn von einer linken MSZP-SZDSZ-Koalition regiert!)

Die Partei, die sich selbst als Bewegung bezeichnete, schuf sich bald eine **paramilitärische Organisation**, die **Ungarische Garde** zur geistigen und körperlichen Selbstverteidigung der Ungarn, die in eleganten Uniformen vor dem Präsidentenpalast und in Romasiedlungen paradierte. Auch ihr Parteichef trug im Parlament eine Garde-Weste, vielleicht als Provokation, vielleicht um die Aufmerksamkeit der Medien zu erregen.

Es gab dann auch viel Aufmerksamkeit europaweit, **die deutsche Presse warnte ständig vor dem Aufstieg der ungarischen Rechtsextremen**, und die dortigen Zeitungen faselten

von antisemitistischem und antiziganistischem Gedankengut und zeigten auf ihren Titelseiten die Gardisten, die den ungarischen Nazis, den Pfeilkreuzlern ähnelten. **Die Roma-Morde bewiesen dann die reale Existenz der rechtsextremen Bedrohung.**

*Letzteres kam für die Deutschen gerade recht, denn zu diesem Zeitpunkt wurde dort öffentlich bekannt, dass die neonazistische Untergrundbewegung (NSU) eine Reihe von fremdenfeindlichen Straftaten begangen hatte. In den frühen 2000er Jahren gab es in Deutschland neun Morde an Migranten und weitere dreiundvierzig Mordversuche mit ähnlichen Motiven.*

Die Deutschen hatten nicht wirklich Angst um uns, sondern wollten die Aufmerksamkeit von ihren eigenen innenpolitischen Problemen ablenken.

So sehr wollten sie sich und uns ablenken, dass sie sogar Geld locker machten, um **einen Film – Csak a szél (Just the Wind) – über die Roma-Morde in Ungarn zu drehen.** Der politisch motivierte Künstlerfilm wurde auf der **Berlinale 2012 mit dem Großen Preis der Jury und dem Friedenspreis von Amnesty International ausgezeichnet.** Die ungarische Botschaft in Berlin organisierte während des Festivals öffentliche Gespräche mit Roma-Politikern. Zoltán Balog, Lívia Járóka und andere Experten des Themas versuchten sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch, ohne Dolmetscher, aber ziemlich erfolglos zu erklären, dass die Garde längst rechtskräftig aufgelöst sei.

*Sie präsentierten vergeblich die ungarische Roma-Strategie (welche auch für die Europäische Union ausgearbeitet wurde), aber die Berliner – wie auch die Brüsseler – wollten das alles nicht hören. Es blieb der Topos eines antisemitistischen und romafeindlichen Ungarns im Raum erhalten.*

Um auf die Jobbik zurückzukommen: Die Partei erhielt bei den Wahlen 2014 ein Fünftel der Stimmen, und obwohl das in Bezug auf die Parlamentssitze genau die Hälfte ergab, nämlich zehn Prozent, herrschte in deutschen Kreisen dennoch große Verbitterung. Was wird mit Ungarn, gar mit Europa passieren, wenn dort die extreme Rechte erstarkt? Später hörten sie dann auf, sich um Jobbik zu sorgen, weil sie merkten, dass nicht sie, sondern **vielmehr Viktor Orbán zu fürchten ist, der den Mut hatte, im nationalen Interesse den unvernünftigen und immer unverständlicheren Entscheidungen der Europäischen Union beherzt entgegenzutreten:** erst mit seiner unorthodoxen Wirtschaftspolitik, dann seiner Haltung während der Migrationskrise und jetzt durch den Umgang mit der Pandemie. Früher oder später wird es immer klar, dass er sich auf dem richtigen Weg befindet.

*In ihm hat die kultivierte, demokratische westliche Welt den gemeinsamen Feind, den sie suchte, gefunden.*

Hierzulande wurde dann die Jobbik-Partei als Volkspartei mit „*ungarischem Herzen, gesundem Menschenverstand und sauberen Händen*“ immer mehr beschönigt, immer lieblicher dargestellt. Mit dem Geld von Orbáns Feind, **Lajos Simicska** und der Unterstützung vom **Ágnes Hellers** liberalen Philosophen-Kreis **erwartete man 2014 einen großen Sieg, einen Regierungswechsel unter Führung eben dieser Jobbik-Partei, aber dazu ist es nicht gekommen.** Der niedliche Parteichef ist weg, Herr Simicska hat sein Medienimperium veräußert und er ist von der Bildfläche verschwunden. Bereits am nächsten Tag war in der deutschen Presse zu lesen, dass der Sieg Orbáns die ungarische Pressefreiheit weiter ausgehöhlt hätte und noch mehr große Medien geschlossen worden seien. **Niemand interessierte, dass der Eigentümer sich selbst enttäuscht aus dem Medienmarkt zurückzog** und die Zeitungen Magyar Nemzet und Heti Válasz, sowie Hír TV

und Lánchíd Rádió ihrem Schicksal überließ, wir erinnern uns vielleicht noch daran. Wir kennen auch die darauf folgenden internen Auseinandersetzungen und die Spaltung der Jobbik-Partei.

Es wäre sinnvoll, sich an diese Dinge zu erinnern, denn in letzter Zeit ist **Kolomán Brenner, der Jobbik-Stratege und parlamentarische Vize-Vorsitzende, immer häufiger Gast in der deutschen Presse, wo er die Menschen für Jobbik begeistern möchte.** Er hat es einfach, denn Brenner ist im Zivilleben Germanist, habilitierter Privatdozent an der Eötvös-Universität, wo er den Ruf eines strengen Lehrers besaß. Er hat kein Problem damit, Kontakte zu knüpfen oder mit deutschen Journalisten und Politikern in ihrer Muttersprache zu kommunizieren. Er kann auch Programme schreiben, wie zum Beispiel das neueste Jobbik-Programm. Mutatis mutandis stimmte die ursprünglich EU-feindliche Partei bereits 2009 für ein Europa der Nationen. Später ging sie noch weiter und sucht nun nach gemeinsamen Interessen, einer gemeinsamen europäischen Strategie für die globalen Herausforderungen und die Möglichkeit der Zusammenarbeit.

*In Ungarn hat Jobbik mit allen linken Parteien zusammen ein gemeinsames Ziel: Viktor Orbán um jeden Preis zu besiegen. Die Antwort auf die Herausforderung in Ungarn ist die gemeinsame Strategie und Zusammenarbeit mit allen.*

Früher einmal war die Jobbik enttäuscht über *“den rapiden Verfall der Parteien, ihr ideologisches Taumeln, ihre Gesinnungslumperei, ihre Korruption, ihre Aushöhlung und die Tatsache, dass das politische Establishment in Fragen der nationalen Strategie regelmäßig gemeinsam gegen das ungarische Interesse stimmte“.* Nun haben auch sie sich um einer einheitlichen Strategie willen für die ideologische Kehrtwende entschieden und sich mit den kommunistischen Nachfolgeparteien, den mit ihnen verbündeten extremistischen Liberalen und all jenen zusammengetan, die gerade sie zuvor selbst von der Macht entfernen wollten.

Hier zu Hause kratzen wir uns am Kopf über die makabren Augenblicke der oppositionellen Einigkeit, wenn **zum Beispiel der Jobbik-Parteichef Jakab den Sozialistischen, der Gyurcsány Partei DK, den grünen LMP Politikern seine Unterstützung zusichert, während er Jobbik-Kandidaten zurückzieht.** „Vorwärts Ági (MSZP), Márta (LMP), Laci (DK)“ usw.! – schreit er auf seine ungehobelte Art den Jubel der ungarischen Heiduken und Fußballfans, vorwärts zum Sieg!

*Fragt er sich nicht, ob die Wähler mit rechter Identität damit überhaupt einverstanden seien?*

Denn **sie haben diese Partei einmal wegen ihrer eher rechtsnationalen Gesinnung gewählt, nicht um Ági, Márta, Laci Varjú und den Rest der Pseudodemokraten an die Macht zu hieven.** Jakab glaubt, dass zwei Minuten Orwellscher Hass pro Tag ausreichen würden, um seine Wählerbasis gegen die diebischen Reichen und das Orbán-Regime aufzuwiegeln, so, dass diese Hasssucht das Kreuz auf dem Stimmzettel magnetisch anziehen wird.

Während Jakab zu Hause die für ihn vorgesehene, eher schäbige Rolle in der Regenbogen-Koalition spielt, versucht sein europakompatibler Parteikollege Kolomán Brenner die Westen weiß zu waschen und den Westen von der Notwendigkeit der oppositionellen Einheit zu überzeugen.

“Wir haben das kommunistische Einparteiensystem nicht besiegt, um in die Fänge eines korrupten, autokratischen Regimes zu geraten. Ungarns Wahlsystem macht es den Oppositionsparteien unmöglich, die Fidesz von der Macht zu entfernen“, sagt er, und das gefällt dort vor Ort allen. Und sie sind sehr schnell dabei, Brenner zu glauben, dass die

heutige Jobbik nicht mehr die radikale, antisemitische, rassistische Partei ist, die sie einmal war, und jetzt die einzige Volkspartei Ungarns sei. Und er macht uns glauben, dass die Sechs-Parteien-Opposition – wie der oppositionelle runde Tisch zur Zeit der Wende 1989 – durch die innenpolitische Situation notwendig geworden sei.

*Gibt es denn in der demokratischen Welt keinen moralischen Zweifel, ob ein Bündnis mit Jobbik von links überhaupt akzeptabel sei? (Zum besseren Verständnis: als ob in Deutschland die Grünen, die FDP, Die Linke und die SPD eine Wahlkoalition mit der AfD bilden würden, um die CDU-CSU Regierung gemeinsam aus der Macht zu entfernen.)*

Wo ist links, wo ist rechts? Es gibt keine Richtung mehr, sang der Liedermacher Tamás Cseh zu Beginn der Wendezeit. In der Tat gibt es hier keine Richtung mehr, es gibt ein strategisches Ziel, die Niederlage von Viktor Orbán und die Machtergreifung um jeden Preis. **Und dazu sind alle Mittel erlaubt, der Wählerwille kann ignoriert, die Regeln können außer Kraft gesetzt und die Wähler können getäuscht werden.** Aber nur dann, wenn die Wähler es zulassen.

Die Autorin Dr. phil. Iren Rab ist Kulturhistorikerin.

## **Ungarnreal**

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#) und in deutscher Übersetzung (von Dr. dent.med. Andrea Marti) bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### 38) Gergely Karácsony, der Mann, der Orbán entthronen möchte

Von Marcell Dengi

22. 05. 2021



Gergely Karácsony - Foto: Centro Machiavelli

Gergely Karácsony, Bürgermeister von Budapest, hat angekündigt, dass er bei den kommenden ungarischen Parlamentswahlen für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren möchte. Obwohl er bei den Wahlen 2018 nur 11% der Stimmen bekam und die Parteien, die ihn derzeit unterstützen, gerade einmal 5% zusammenkratzen konnten, sind seine Chancen nach jüngsten Untersuchungen gar nicht so gering. Schauen wir mal, warum.

Nach den letzten Wahlen haben sich die Oppositionsparteien zusammengeschlossen und eine neue politische Gruppierung gebildet, die als eine einzige Partei auf dem Stimmzettel erscheinen wird. Einzeln betrachtet sind sie in der Tat zu schwach, um sich Orbán entgegenzustellen. Aber solche unterschiedlichen Realitäten zusammenzuhalten ist nicht immer einfach. Viele Stimmen behaupten, dass die Koalition weniger stark ist, als sie scheint. Im Moment gibt es fünf Kandidaten für den Ministerpräsidenten: Klára Dobrev (Demokratische Koalition), Péter Márki-Zay (Unabhängiger), András Fekete-Győr (Momentum), Péter Jakab (Jobbik) und natürlich Gergely Karácsony, der von LMP, MSZP und Párbeszéd unterstützt wird. Einer von ihnen – derjenige, der in den Vorwahlen gewinnt – wird also der offizielle Kandidat der Oppositionskoalition gegen Fidesz sein. Laut den Umfragen ist Péter Jakab der Beliebteste, aber derjenige mit den besten Chancen, Orbán zu besiegen, ist Karácsony. Aber wer ist er und warum wäre er der geeignete Herausforderer?

Gergely Karácsony wurde in Ostungarn geboren und wuchs in einem kleinen Dorf auf. Sein Vater starb, als er erst sechs Jahre alt war, und seine Mutter musste ihn zusammen mit seinen Brüdern im Dorf Nyírtass aufziehen. Nach der Mittelschule besuchte er die Universität in Budapest, wo er 1997 seinen Abschluss machte. 2004 war er Dozent an der Corvinus Universität und dort nach 2008 als Forscher tätig. Sein aktives politisches Leben begann im Sommer 2009 bei der LMP, eine Partei, die er 2013 verließ, um der neu gegründeten Együtt-Partei beizutreten und Parteiohmann von Zugló, einem Bezirk der Hauptstadt, zu werden. Im Jahr 2018 war er der Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, der auch von der sozialistischen MSZP-Partei unterstützt wurde. Er erhielt 11,91 % der Stimmen und lag damit auf Platz drei hinter Orbán und Gábor Vona (Jobbik).

Sein größter politischer Erfolg war jedoch 2019 die Wahl zum Bürgermeister von Budapest, bei der er mit über 50% der Stimmen den Fidesz-Kandidaten besiegte, der bei 44,1% stehen blieb. Dies war ein großer Sieg für die Opposition und ein böses Erwachen für die Regierungspartei, die feststellen musste, dass sie sich sorgfältig auf die Parlamentswahlen 2022 vorbereiten muss. Deshalb gilt Karácsony als Orbáns härtester Herausforderer. Lange Zeit versteckte er sich, leugnete öffentlich jegliche Ambitionen, aber schließlich, am 15. Mai, erklärte er seine Kandidatur. Diese hat die öffentliche Meinung auf beiden Seiten, der Opposition und der Rechten, erschüttert, denn es scheint, dass der stärkste Spieler das Feld betreten hat.

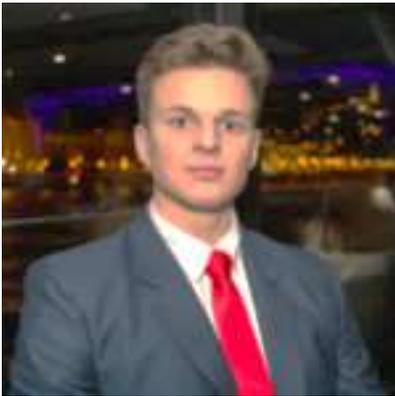
Ausgehend von der aktuellen Situation kann man sagen, dass die Unterstützung für Karácsony vor allem aus den großen Städten kommen wird, wobei die Hauptstadt die Nase vorn hat, während in den kleineren Zentren der Fidesz die Nase vorn hat. Wie ich in einem früheren Artikel erklärt habe, hat die Koalition der Opposition nur dann Hoffnung auf einen Sieg, wenn diese fest zusammenhält.

Karácsony hat nicht nur seine persönliche Kandidatur angekündigt, sondern auch den Start einer neuen Bewegung namens „99“. Sie will parallel zu den Oppositionsparteien agieren und ist nach jenen 99% des ungarischen Volkes benannt, deren Geld von den reichsten 1% „gestohlen“ worden sein soll und das sie zurückgeben möchte. Das genaue Programm ist noch nicht veröffentlicht, aber es soll, in Karácsonys Worten, ein Werk der Wiederherstellung der Demokratie, der „Entthronung“ beginnen. Die Botschaft ist die eines totalen politischen Wandels für Ungarn.

Das Bild von Karácsony ist jedoch nicht so eindeutig und makellos. In Ungarn gibt es viele Kontroversen um ihn. Die erste ist die Tatsache, dass er keine Fremdsprachen spricht, obwohl er als Universitätsprofessor gearbeitet hat und über Publikationen in der ihm unbekanntem Sprache Englisch verfügt. Für die Stelle an der Universität wird eine Sprachprüfung erwähnt, die er nie abgelegt hat: in Wirklichkeit ist es nur ein einfaches Papier, das vom Rektor ausgestellt wird. Derselbe Rektor, der erklärt hat, dass „Ihr Fremdsprachenniveau ziemlich unbefriedigend ist“. Interessant, wenn man bedenkt, dass man in Ungarn eine Sprachprüfung abgelegt haben muss, um einen Dokortitel zu bekommen. Ein Doktorat, von dem er ausgeschlossen wurde, obwohl er zwei zusätzliche Jahre dafür bekam. Aber in der Zwischenzeit hatte er begonnen, als Berater für die Regierung zu arbeiten.

Eine weitere Kontroverse betrifft das Geld, das seine Firma zwischen 2006 und 2008 von der sozialdemokratischen Regierung von Ferenc Gyurcsány erhalten hat: 20 Millionen Forint, umgerechnet 60.000 Euro. Und viele halten ihn für ein bloßes Werkzeug des ehemaligen Premierministers. Karácsony arbeitet seit 2004 mit Gyurcsány, seinem Mentor, zusammen. Als Karácsony Direktor des Forschungsinstituts „Medián“ war, erhielt dieses 700 Millionen Forint, also 2,2 Millionen Euro, von der Regierung.

Kurz gesagt: Der Politiker, der verspricht, das Geld der reichsten 1% zu nehmen, ist derselbe, der in der Vergangenheit viel Geld von der befreundeten Regierung genommen hat. Er vergaß, dieses Detail in den Lebenslauf zu schreiben, mit dem er für das Amt des Ministerpräsidenten kandidierte.



Marcell Dengi

MCC Visiting Fellow am Centro Studi Machiavelli. Student der Internationalen Wirtschaft an der Budapester Universität für Technologie und Wirtschaft und der School of Economics am Mathias Corvinus Collegium.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **39) Ungarn: positive Aussichten für die wirtschaftliche Erholung**

Von Marcell Dengi

21. 05. 2021



*Foto: Centro Machiavelli*

Das gerade abgelaufene Jahr hat, völlig von Covid geprägt, nicht nur eine gesundheitliche, sondern auch eine wirtschaftliche Krise verursacht. Auch das stetige Wachstum der ungarischen Wirtschaft – [4,3 % im Jahr 2017, 5,4 % im Jahr 2018, 4,6 % im Jahr 2019](#) – kam zum Stillstand, ebenso wie in vielen anderen EU-Staaten und darüber hinaus. Viele Analysten glauben, dass Trump die Wahl wegen der weit verbreiteten Arbeitslosigkeit, die

durch die Pandemie verursacht wurde, verloren hat. In Europa wurde inzwischen der 750-Milliarden-Fonds „New Generation Fund“ aufgelegt, um die Wirtschaft der Mitgliedsstaaten zu sanieren.

Der April war der Monat der Finanzanalyse, da eine Reihe von britischen Analyseunternehmen ihre jeweiligen Berichte mit Vorhersagen über die Zukunft veröffentlicht haben. Diese Analysen zeigen eine glänzende Zukunft für Ungarn. Eine der führenden Londoner Firmen, Capital Economics, behauptet, dass sich die ungarische Wirtschaft in der Region am schnellsten erholen wird. Zwar war Ungarn im ersten Quartal finanziell eher schwach, aber immer noch weit vor dem mittel- und osteuropäischen Kontext in der Impfkampagne, weshalb seine wirtschaftliche Erholung früher als in anderen Ländern einsetzen wird. Der Rückgang im ersten Quartal war auf die Industrieproduktion und den Einzelhandelskonsum zurückzuführen, aber es wird mit einer Erholung im zweiten Quartal gerechnet, auch dank der staatlichen Unterstützung.

Zoltán Török, Analyst bei der Raiffeisenbank, erklärte im Interview mit „[Pénzcentrum.hu](https://www.penzcentrum.hu/)“, dass Ungarn dank der Impfkampagne im zweiten Quartal von einer vollen Wiedereröffnung profitieren wird. Im nächsten Jahr wird das Wirtschaftswachstum dank der Erholung des Tourismus und der europäischen Fonds intensiver sein. Laut Török hat Budapest weder von den Rating-Agenturen noch von der EU etwas zu befürchten, da es sich um eine „völlig akzeptable Wirtschaftspolitik“ handelt.

Die Inflationsrate steigt, ist aber kein Grund zur Sorge, da sie in den kommenden Jahren durch eine wachstumsorientierte Geldpolitik und eine defizitäre Finanzpolitik unterstützt wird. Nach der Verlangsamung im ersten Quartal erwarten die Analysten der Takarékbank im zweiten Quartal einen deutlichen Anstieg im Industriesegment mit einem geschätzten Einfluss auf das BIP von 8–9%. Der Basiseffekt wird laut Gergely Suppan dazu führen, dass die Industrieproduktion um bis zu 60–70% steigt. Suppan glaubt, dass die Arbeitslosenquote, teilweise saisonal bedingt, über 4,5 % bleiben wird, aber in der zweiten Jahreshälfte ist es plausibel, dass sie sinken wird. Im Durchschnitt des letzten Jahres lag die Arbeitslosigkeit bei 4,1 % und soll bis 2021 auf 3,9 % sinken.

[Capital Economics](https://www.capitaleconomics.com/) versuchte sich auch an einer längerfristigen Projektion und prognostizierte, dass die ungarische Wirtschaft bis 2023 um 4,5 % wachsen könnte. Im vergangenen Jahr lag die Defizitquote bei 8,1 %, was angesichts der Pandemie nicht überraschend ist. Die Prognose sieht einen Rückgang auf 5,1 % in diesem Jahr und 4,1 % im Jahr 2022 vor, um dann im Jahr 2023 3,3 % zu erreichen. Budapest hat eine hohe Schuldenquote, die während der Pandemie auf 78% anstieg, aber auch hier ist die Prognose optimistisch: Reduzierung auf 76,5% in diesem Jahr, 75,5% im nächsten Jahr und 74,3% im Jahr 2023. Aus diesen Prognosen und denen von [Fitch Ratings](https://www.fitchratings.com/) können wir schließen, dass die Auswirkungen des Next Generation EU-Fonds ab 2022 spürbar sein werden. Deshalb dürfte das BIP in diesem Jahr moderat (3,2 %) und im nächsten Jahr deutlicher (5,6 %) wachsen.



Marcell Dengi

MCC Visiting Fellow am Centro Studi Machiavelli. Student der Internationalen Wirtschaft an der Budapester Universität für Technologie und Wirtschaft und der School of Economics des Mathias Corvinus Collegiums.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

#### **40) Slowenien liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt**

Von Vida Kocjan

29. 05. 2021



Ljubljana · Foto: Sami C / Wikimedia CC 2.0

Die wirtschaftlichen Aussichten sind sehr ermutigend und wir können optimistisch in die Zukunft blicken. Das ist die Grundaussage von Daten internationaler Institutionen, die auf Basis makroökonomischer Indikatoren ein überdurchschnittliches Wachstum von Bruttoinlandsprodukt (BIP), Investitionen und Beschäftigung für Slowenien prognostizieren. Slowenien liegt bei allen Indikatoren deutlich über dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten und der Länder der Eurozone.

Die aktuelle Situation und die Aussichten sind der beste Indikator für den Erfolg der Maßnahmen der slowenischen Regierung zur Unterstützung der Wirtschaft und der Bevölkerung während der COVID-19-Epidemie.

Es ist sehr ermutigend, dass die exportorientierten Aktivitäten in Slowenien weiter wachsen und dass der exportorientierte Teil der Wirtschaft positive Trends aufweist. Die Exporteure haben bereits Ende letzten Jahres das Vorkrisenniveau erreicht, und auch in diesem Jahr steigen die Exporte weiter an. Dies hängt auch mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes zusammen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist zwar immer noch angespannt, verbessert sich aber allmählich. Während der schlimmsten Krise aller Zeiten ging in Slowenien nur ein guter Prozentsatz der Arbeitsplätze verloren, und nach Erhebungen des Arbeitsamtes plant die Wirtschaft in der zweiten Hälfte dieses Jahres rund 29 000 Arbeitsplätze, davon 14 000 neue. Das bedeutet, dass wir auch im Bereich der Arbeitsplätze die verlorenen Stellen bis zum Ende des Jahres wieder aufholen werden.

Die Investitionen werden durch die europäische Förderung noch weiter steigen.

All dies wird sich in einem höheren Wirtschaftswachstum und einem höheren BIP niederschlagen, so dass das derzeitige Defizit in der konsolidierten Bilanz der öffentlichen Finanzen kein Grund zur Sorge ist. Sie wurde durch den Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität und die Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen während der Epidemie verursacht.

Die Maßnahmen haben sich als richtig, schnell und vor allem zeitnah erwiesen. Es ist also nicht zu befürchten, dass wir aus dieser Krise nicht erfolgreich hervorgehen werden, insbesondere dank der Regierung von Janez Janša und einem wichtigen Teil der Wirtschaft.



**Vida Kocjan** ist Journalistin bei Demokracija.

**DEMOKRACIJA**

Dieser Beitrag erschien zuerst bei

[DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*